



Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
University of Applied Sciences

**HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE
VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG**

Finanzielle Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen – Kriterien zur Modellauswahl

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer

Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Vanessa Nadine Ruder

Studienjahr 2015 – 15.09.2015

Erstgutachter: Prof. Klaus Ade
Zweitgutachter: Tilman Hepperle

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EINLEITUNG	1
2.	BÜRGERWINDENERGIEANLAGEN	2
2.1.	Akzeptanz von Windenergie	3
2.2.	Akzeptanzbildung	4
3.	VERFAHRENSGERECHTIGKEIT DURCH BÜRGERBETEILIGUNG	7
3.1.	Einflussgrade von Bürgerbeteiligung.....	9
3.2.	Begrenzung von Bürgerbeteiligung	12
4.	VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT DURCH MODELLE DER FINANZIELLEN BÜRGERBETEILIGUNG.....	15
4.1.	Schuldrechtliche Beteiligung	16
4.2.	Gesellschafterische Beteiligung	17
4.2.1.	Die GmbH & Co. KG	20
4.2.2.	Die eingetragene Genossenschaft.....	23
4.2.3.	Kriterienableitung aus Rechtsgrundlagen	26
4.3.	Konkrete Beispiele finanzieller Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen.....	27
4.3.1.	Albuch-Wind Bürgerwindkraftwerk Gnannenweiler GmbH & Co. KG ..	28
4.3.2.	SWE Bürgerwind I GmbH & Co. KG	29
4.3.3.	Hohenlohe Wind eG	30
4.3.4.	eG Ingersheim und Umgebung	31
5.	KRITERIEN ZUR MODELLAUSWAHL DER FINANZIELLEN BÜRGERBETEILIGUNG	32
5.1.	Kriterium 1: Einflussgrad der Beteiligten	33
5.2.	Kriterium 2: Kreis der Beteiligten.....	38
5.3.	Kriterium 3: Verwaltungsaufwand der Geschäftsführung.....	40
5.4.	Kriterium 4: Finanzieller Einsatz der Beteiligten	44
5.5.	Zusammenfassende Handlungsempfehlung	48
6.	AUSBLICK.....	49
	Anhang I – Fragebogen für Experteninterviews	51
	Anhang II – Gedächtnisprotokoll Gnannenweiler	52
	Anhang III – Protokoll Weißmoos/Emmendingen	56
	Anhang IV – Protokoll Ingersheim.....	61
	Anhang V – Protokoll Hohenlohe/Kirchberg	66
	Anhang VI – Zitierte Homepages	77
	Literaturverzeichnis.....	82
	Erklärung des Verfassers.....	85

1. EINLEITUNG

Im Zuge der bundesweiten Energiewende hat sich die amtierende Landesregierung Baden-Württembergs das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 mindestens zehn Prozent des landesweiten Strombedarfs aus Windenergie zu decken.¹ Dafür müssen rund 1000 weitere Windenergieanlagen errichtet werden – eine Aufgabe, die auf kommunaler Ebene und in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern gelöst werden soll. Die Landesregierung unterstützt dabei ausdrücklich „Errichtung und Betrieb von Bürgerwindenergieanlagen/Bürgerwindparks“², an denen Anwohner³ konzeptionell und finanziell beteiligt werden können.

Modelle zur finanziellen Beteiligung an Windenergieanlagen gibt es grundsätzlich viele, meist werden die Rechtsformen Genossenschaft oder GmbH & Co. KG gewählt.⁴ Doch nach welchen Kriterien kann entschieden werden, welches der beiden Modelle eine finanzielle Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen unter Berücksichtigung individueller Rahmenbedingungen besser realisieren kann? Um diese zentrale Fragestellung zu beantworten, werden in der vorliegenden Arbeit vier Kriterien herausgearbeitet, anhand derer die beiden Beteiligungsmodelle einander gegenübergestellt und deren Vor- und Nachteile diskutiert werden. Als Ergebnis werden Argumente und Einschätzungen geliefert, die das Abwägen beider Beteiligungsmodelle gegeneinander unter Berücksichtigung individueller Rahmenbedingungen erleichtern sollen.

In Kapitel 2 werden die Fragen gestellt, ob es überhaupt beteiligungsbereite Bürger gibt, und wie es um die Akzeptanz gegenüber Windenergie steht. Außerdem wird die Notwendigkeit von Beteiligungsmodellen aufgezeigt. In Kapitel 3 werden die Verfahrensseite von Bürgerbeteiligung beleuchtet sowie verschiedene Einflussgrade und Beteiligungsumfänge

¹ Vgl. Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des UM, MLR, MVI und MFW, 2012, S. 5.

² Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des UM, MLR, MVI und MFW, 2012, S. 6.

³ Der Einfachheit halber wird auf die Nennung beider Geschlechter verzichtet. Jede männliche Form, die in dieser Arbeit genannt wird, schließt weibliche Personen mit ein.

⁴ Vgl. Hentschel, 2012, S. 13; vgl. Hentschel, 2012, S. 14; vgl. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, 2013, S. 46; vgl. Zenke/Dessau, 2013, S. 289.

beschrieben. In Kapitel 4 rückt schließlich die finanzielle Bürgerbeteiligung in den Fokus. Verschiedene Beteiligungsmodelle werden vorgestellt und eine Eingrenzung auf die Beteiligungsmodelle GmbH & Co. KG und Genossenschaft wird vorgenommen. In Kapitel 5 erfolgt schließlich die Gegenüberstellung der beiden Beteiligungsmodelle anhand der vier Kriterien *Einflussgrad der Beteiligten*, *Kreis der Beteiligten*, *Verwaltungsaufwand der Geschäftsführung* und *Finanzieller Einsatz der Beteiligten*. Der Modellvergleich wird inhaltlich von vier ausgewählten Experten unterstützt – zwei Genossenschaftsvorstände und zwei GmbH & Co. KG-Geschäftsführer –, die ihre Erfahrungen zum Thema *Finanzielle Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen* in Interviews schilderten.

2. BÜRGERWINDENERGIEANLAGEN

Die Landesregierung möchte laut Windenergieerlass die konzeptionelle und finanzielle Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Windenergie unterstützen, also Bürgerwindenergieanlagen schaffen. Mit *Bürgern* sind Privatpersonen, häufig insbesondere Ortsansässige konkreter Bauvorhaben für Windenergieanlagen gemeint.⁵ *Konzeptionelle Beteiligung* zielt darauf ab, die *Bürger* in Planungs- und Entscheidungsprozesse der geplanten Anlage einzubeziehen, beispielsweise zu Standort, naturschutzrechtlichen Maßnahmen und Betreibergesellschaft. Bei *finanzieller Beteiligung* stellen die *Bürger* Geld aus ihrem Privatvermögen bereit, um Planung, Bau und Betrieb der Windenergieanlage mitzufinanzieren (siehe Kapitel 4).⁶

Um Bürgerwindenergieanlagen realisieren zu können, müssen folglich zwei Voraussetzungen erfüllt sein: eine ausreichende Zahl beteiligungsbereiter Bürger, um die Finanzierung sicherstellen zu können, sowie nach den Wünschen der Beteiligten ausgestaltete Beteiligungsmodelle. Beteiligungsbereitschaft könnte bestehen, wenn Windenergie akzeptiert

⁵ Vgl. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg/LUBW, 2012, S. 6.

⁶ Vgl. Zenke/Dessau, 2013, S. 288; vgl. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, 2013, S. 48.

oder besser noch explizit befürwortet wird. Denn im Gegensatz zu Solarenergie ist Windenergie aufgrund der hohen Investitionssummen und wenigen geeigneten Standorte kaum von einzelnen Privatpersonen realisierbar, obgleich solche Handlungswünsche vorhanden sein könnten. Beteiligungsmodelle könnten den Befürwortern der Windenergie eine Handlungsplattform zur Realisierung von Windenergieanlagen bieten. Daher behandelt dieses Kapitel die Akzeptanz von Windenergie und wodurch diese Akzeptanz beeinflusst werden kann. Außerdem wird herausgearbeitet, weshalb konzeptionelle und finanzielle Bürgerbeteiligung sinnvoll und notwendig ist.

2.1. Akzeptanz von Windenergie

Akzeptanz kann als „positive Bewertung eines Akzeptanzobjektes durch ein Akzeptanzsubjekt“⁷ definiert werden. Bezogen auf Windenergieanlagen können Subjekte „Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung, [...] die allgemeine Öffentlichkeit oder auch Anwohner in der Umgebung von Energieerzeugungsanlagen“⁸ sein, also Personen, die in jedweder Form von einer geplanten Windenergieanlage betroffen sind. Das Akzeptanzobjekt kann hier die Technologie Windenergie im Allgemeinen sein oder der konkrete Bau einer neuen Windenergieanlage an einem bestimmten Ort.⁹

Für eine Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen ist zunächst relevant, wie das Akzeptanzsubjekt Bürger, insbesondere Anwohner von geplanten Windenergiestandorten, zum Akzeptanzobjekt Windenergie steht. Die Agentur für Erneuerbare Energien lässt jährlich repräsentative, bundesweite Umfragen zur Akzeptanz von erneuerbaren Energien erstellen.¹⁰ Im Jahr 2014 befürworteten 61 Prozent der Befragten Windenergieanlagen in

⁷ Wunderlich, 2012, S. 4.

⁸ Wunderlich, 2012, S. 4.

⁹ Vgl. Wunderlich, 2012, S. 4.

¹⁰ Das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid befragt eine vierstellige Anzahl Personen ab 14 Jahren in einer telefonischen Mehrthemenumfrage. Die Ergebnisse sind anhand soziodemographischer Daten aufgeschlüsselt. Im Jahr 2014 wurden 1.015 Personen befragt, im Jahr 2013 1.003 Personen und im Jahr 2012 3.798 Personen.

ihrer Nachbarschaft.¹¹ Bei Befragten, die bereits Erfahrung mit Windenergieanlagen in der Nachbarschaft haben, fiel die Zustimmung mit 74 Prozent sogar höher aus. Verglichen mit der Zustimmung zu Nutzung und Ausbau von erneuerbaren Energien im Allgemeinen – 92 Prozent der Befragten finden dies „wichtig“ oder „sehr wichtig“ – zeigt sich aber, dass Windenergie bei Anwohnern potenzieller Anlagenstandorten offenbar weniger beliebt ist, was sich negativ auf deren Beteiligungsbereitschaft auswirken könnte. Doch wo könnten die Gründe hierfür zu finden sein? Und wie könnten die Bürger für eine Beteiligung gewonnen werden? Antworten auf diese Fragen könnten zwei Studien von Wolsink und Schweizer-Ries liefern, die im Folgenden vorgestellt und zu einem Lösungsansatz kombiniert werden.

2.2. Akzeptanzbildung

Der Umweltpolitik und –geographieforscher Maarten Wolsink wertete in einer Metastudie Umfragedaten aus verschiedenen Ländern und Windenergiestandorten in Europa aus, die zwischen 1986 und 2002 erhoben wurden und fand heraus, dass die Veränderung des Landschaftsbildes der schwerwiegendste Grund für die Ablehnung von Windenergie ist.¹² Zudem zeigte er, dass trotz mehrheitlicher Zustimmung gegenüber Windenergieanlagen die Zustimmungswerte dann am niedrigsten sind, wenn konkrete Planungen bekannt gemacht und öffentlich diskutiert werden.¹³ Dieses Ergebnis schreibt er einem Denkprozess der betroffenen Anwohner zu, der durch die Bekanntmachung erst angestoßen wird. Ebendieser Denkprozess führt dazu, dass die positive Einstellung gegenüber Windenergie kritisch überdacht wird und sich gegebenenfalls zum Negativen wandelt.¹⁴ Wolsink schlussfolgert aus seiner Metastudie, dass Anwohner nicht per se gegen Windenergieanlagen in ihrer Umgebung sind. Vielmehr nähmen sie die damit verbundenen

¹¹ Vgl. Agentur für Erneuerbare Energien e.V., 2014, S. 2. Nachweis gilt auch für die beiden folgenden Umfragewerte.

¹² Vgl. Wolsink, 2007, S. 1194.

¹³ Vgl. Wolsink, 2007, S. 1198.

¹⁴ Vgl. Wolsink, 2007, S. 1199.

Entscheidungsprozesse als ungerecht wahr, insbesondere, weil sie abweichende Vorstellungen über die Berücksichtigung von Umweltrisiken und die Einbeziehung der betroffenen Interessengruppen in den Prozess der Entscheidungsfindung hätten.¹⁵

Demnach könnte die Akzeptanz von Windenergieanlagen steigen, wenn Beteiligungsmöglichkeiten so ausgestaltet werden, dass sie von den betroffenen Interessengruppen als gerecht empfunden werden. Dadurch könnte auch die Anzahl der beteiligungswilligen Personen erhöht werden. Doch wie können Beteiligungsmöglichkeiten gerechter gestaltet werden?

Die Umweltpsychologin Schweizer-Ries erforschte Einflussfaktoren auf die Akzeptanz von unterschiedlichen Formen erneuerbarer Energien innerhalb Deutschlands. Bei der Wahrnehmung von Gerechtigkeit bezüglich Energieanlagen konnte sie zwei verschiedene Aspekte identifizieren: Verfahrensgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit.¹⁶

Verfahrensgerechtigkeit liegt laut Schweizer-Ries vor, wenn alle betroffenen Interessengruppen an den Planungs- und Entscheidungsprozessen einer neuen Energieanlage beteiligt sind.¹⁷ Sie kann also durch Bürgerbeteiligung an Entscheidungen erzeugt werden und bemisst sich nach Anzahl und Art konkreter Beteiligungsangebote und nach den Einflussmöglichkeiten der Beteiligten auf das Ergebnis des Planungsprozesses. Dabei ist nachrangig, ob die Wünsche der Beteiligten tatsächlich erfüllt werden.¹⁸ Um Verfahrensgerechtigkeit zu schaffen, müssten die Betroffenen also ihre Interessen äußern können, diese müssten aber auch ernsthaft in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Dies ist aber nur möglich, wenn das Ergebnis des Beteiligungsprozesses offen ist, sodass die Beteiligten tatsächlich Einfluss auf das Ergebnis nehmen können.

¹⁵ Vgl. Wolsink, 2007, S. 1203.

¹⁶ Vgl. Schweizer-Ries, 2008, S. 120 f.

¹⁷ Vgl. Wunderlich, 2012, S. 13.

¹⁸ Vgl. Schweizer-Ries, 2008, S. 116; vgl. Wunderlich, 2012, S. 13.

Verteilungsgerechtigkeit liegt hingegen vor, wenn der Nutzen der Anlage auf möglichst viele Personen verteilt ist und die Lasten gleichzeitig nicht nur von Einzelnen getragen werden müssen.¹⁹ Sie sagt also aus, wer finanziell von der Anlage profitiert und wer dadurch Nachteile erfährt. Um Verteilungsgerechtigkeit zu erzeugen, sollten möglichst viele Personen durch den Betrieb der Windenergieanlage profitieren. Indirekt profitieren alle Anwohner einer Standortgemeinde finanziell vom Anlagenbetrieb, da die Standortgemeinde mindestens 70 Prozent der Gewerbesteuer aus dem Anlagenbetrieb erhält und diese Einnahmen zugunsten aller Bürger reinvestieren kann.²⁰ Anwohner können aber auch direkt finanziell profitieren, indem Möglichkeiten zur finanziellen Beteiligung am Anlagenbetrieb geschaffen werden (siehe Kapitel 4).²¹

Schweizer-Ries schlussfolgert aus ihrer Studie, dass die Akzeptanz einer Energieanlage sinkt, wenn Planungsverfahren und Entscheidungsprozesse intransparent sind oder keine Beteiligungsmöglichkeiten bieten, da diese dann „als ungerecht empfunden [werden] und dieses Werturteil mit der Anlage verknüpft“²² wird. Daher empfiehlt sie, Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, die über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen, dem Kontrollbedürfnis der Beteiligten entsprechen und individuelle, finanzielle Beteiligung ermöglichen.²³

Die Ausführungen von Wolsink und Schweizer-Ries besagen zusammengefasst, dass die Akzeptanz von Windenergieanlagen durch die Ausgestaltung der Beteiligungsmöglichkeiten für betroffene Interessengruppen beeinflusst wird. Werden die Planungs- und Entscheidungsprozesse hinsichtlich Verfahren und finanzieller Verteilung als gerecht empfunden, wirkt sich dies positiv auf die Akzeptanz von Windenergieanlagen aus.

¹⁹ Vgl. Wunderlich, 2012, S. 13.

²⁰ „Seit 2009 gilt vereinfacht ausgedrückt: 30 Prozent der Gewerbesteuer fällt am Sitz der Betreibergesellschaft und 70 Prozent in der Standortgemeinde der Windkraftanlagen an. Durch die Gründung einer ortsansässigen GmbH & Co. KG, wie es bei Bürgerbeteiligungen durch die Ökonergie AG der Fall ist, steht der Standortgemeinde die volle Höhe der Gewerbesteuer zu.“ Keller, 2013, S. 561.

²¹ Vgl. Schweizer-Ries, 2008, S. 116.

²² Schweizer-Ries, 2008, S. 115.

²³ Vgl. Schweizer-Ries, 2008, S. 115.

Schlussendlich hinge demnach die Beteiligungsbereitschaft an finanzieller Beteiligung von der Ausgestaltung und Durchführung des angebotenen Beteiligungsmodells ab.

Die erste Voraussetzung für die Realisierung von konzeptioneller und finanzieller Beteiligung, die die Landesregierung im Windenergieerlass angeregt hat – eine ausreichende Anzahl beteiligungswilliger Bürger – scheint laut der Akzeptanzumfragen in Kapitel 2.1 grundsätzlich erfüllt zu sein. Die zweite Voraussetzung – ein Modell, dass den Wünschen der Bürger nach Beteiligung an Entscheidungen entspricht – sollte, wie oben dargelegt, die Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigen. Daher wird in Kapitel 3 die Verfahrensgerechtigkeit behandelt, indem verschiedene Ansätze der Partizipationsforschung aufgezeigt werden, die bei der Auswahl eines Beteiligungsmodells berücksichtigt werden sollten. In Kapitel 4 liegt der Fokus auf Verteilungsgerechtigkeit. Nach der Vorstellung von einzelnen Modellen der finanziellen Bürgerbeteiligung wird dargelegt, welche beiden Modelle viele Beteiligte aufnehmen und dabei sowohl Verfahrens-, als auch Verteilungsgerechtigkeit erzeugen können.

3. VERFAHRENSGERECHTIGKEIT DURCH BÜRGERBETEILIGUNG

Wie in Kapitel 2 gezeigt wird, ist bei der Ausgestaltung eines Beteiligungsmodells die von Beteiligten wahrgenommene Verfahrensgerechtigkeit zu berücksichtigen. Verfahrensgerechtigkeit beinhaltet, wie bereits in Kapitel 2.2 ausführlich erläutert, betroffene Interessengruppen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, etwa durch Meinungsäußerungen oder Stimmrechte, also durch Verfahren der Bürgerbeteiligung. Hierfür sind Transparenz, Einbezug aller betroffenen Interessengruppen, Mitsprache- und Kontrollrechte sowie Einflussmöglichkeiten auf einen zu Beginn ergebnisoffenen Prozess notwendig. In diesem Kapitel werden die theoretischen Grundlagen der Partizipationsforschung beleuchtet und es wird erläutert, wie Verfahrensgerechtigkeit bei der Ausgestaltung von Beteiligungsmodellen berücksichtigt werden kann. Daraus werden zudem

zwei konkrete Kriterien abgeleitet, die für den Vergleich der Beteiligungsmodelle in Kapitel 5 herangezogen werden.

Bürgerbeteiligung (Fachbegriff: *Partizipation*) bezeichnet die aktive Teilhabe der Bürger an politischer Willensbildung und Entscheidungsprozessen.²⁴ Dieser Definition folgend sollen nicht nur Repräsentanten, sondern vereinzelt auch Bürger über politische Fragen entscheiden. Laut Partizipationsforscher Archon Fung verfolgt Bürgerbeteiligung drei Hauptziele: Legitimation, Gerechtigkeit und effektives Regieren.²⁵ Diese könnten so ausgelegt werden, dass Bürger einerseits das Regierungshandeln nicht nur akzeptieren, sondern ausdrücklich damit einverstanden sein sollen (Legitimation). Andererseits sollen Bürger Entscheidungsprozesse als gerecht empfinden (Gerechtigkeit). Schließlich soll Konflikten vorgegriffen werden, indem gemeinsam mit den Betroffenen umsetzbare, auf lokale Besonderheiten zugeschnittene Entscheidungen getroffen werden (effektives Regieren).

Durch sogenannte *Referenden*, *Bürger-* oder *Volksentscheide* räumen die sechzehn Länderverfassungen derartige Mitspracherechte ein. Auch in einzelnen Gesetzen ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung für bestimmte Fälle vorgesehen, wie in den Rechtsgrundlagen für das Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren von Windenergieanlagen: In der Regionalplanung (§ 9 Abs. 4 LPlG), der Bauleitplanung (§ 3 BauGB) und der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung (§ 10 Abs. 3 BImSchG sowie §§ 5, 14h UVPg) sind Einsichtnahmerechte in die Planungsunterlagen enthalten sowie das Recht, Einwendungen dagegen vorzubringen, welche öffentlich erörtert und gegebenenfalls in der weiteren Planung berücksichtigt werden. Diese gesetzliche Beteiligung bietet jedoch nur eingeschränkten Einfluss auf Planungs- und Entscheidungsprozesse. Zur Erhöhung der wahrgenommenen Verfahrensgerechtigkeit ist es daher empfehlenswert, zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen.²⁶

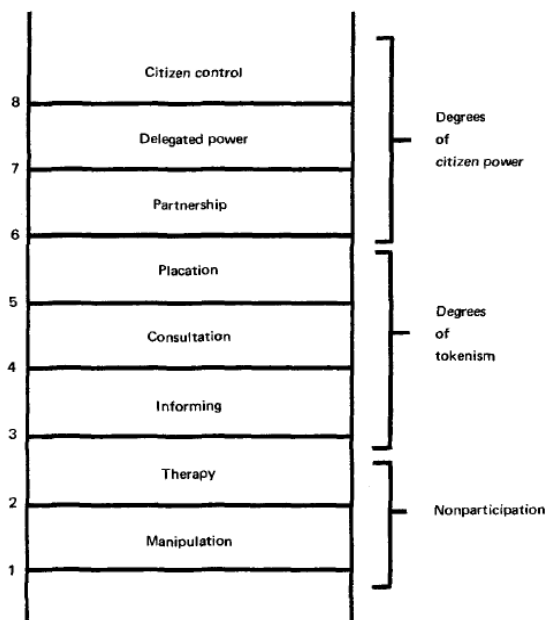
²⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2015.

²⁵ Vgl. Fung, 2006, S. 66.

²⁶ Vgl. C.A.R.M.E.N. e.V., 2014, S. 13.

3.1. Einflussgrade von Bürgerbeteiligung

Um geeignete Beteiligungsmöglichkeiten zu identifizieren, ist zunächst zu klären, welche Einflussgrade Bürgerbeteiligung haben kann, denn je höher der Einflussgrad, desto höher könnten die Beteiligten auch die wahrgenommene Verfahrensgerechtigkeit bewerten. Eines der wichtigsten²⁷ Modelle der Partizipationsforschung aus dem Jahr 1969 hilft bei der Betrachtung der Einflussgrade: Die „*ladder of participation*“ von Sherry R. Arnstein.²⁸ Das Modell stellt die verschiedenen Einflussgrade von Bürgerbeteiligung auf das Ergebnis von Entscheidungsprozessen anhand einer achtsprossigen Leiter dar. Für Arnstein existieren grundsätzlich drei



Einflussgrade: Nichtbeteiligung (*nonparticipation*), Alibipartizipation (*degrees of tokenism*) und Bürgermacht (*degrees of citizen power*).

Nichtpartizipation liegt vor, wenn *Manipulation* oder *Therapie* angewandt wird, also wenn nur einseitige Kommunikation stattfindet, die Beteiligten nur Informationsempfänger sind und nur die Informationen vermittelt

werden, die Zustimmung erzeugen. Aufgrund unvollständiger Information ist den Beteiligten die Bildung einer eigenen Meinung nicht möglich. Zudem haben die Meinungen der Beteiligten, auch wenn diese angehört werden, keinen Einfluss auf das Ergebnis des Entscheidungsprozesses, da dieses bereits feststeht. Daher liegt laut Arnstein keine echte Bürgerbeteiligung vor.²⁹

Der zweite Einflussgrad, die Alibipartizipation, liegt vor, wenn Maßnahmen zur *Information*, *Konsultation* oder *Beschwichtigung* durchgeführt werden.

²⁷ Google Scholar verzeichnet 10.505 Zitationen des Originalartikels.

²⁸ Vgl. Arnstein, 1969, S. 217. Nachweis gilt für den gesamten Abschnitt, der die wesentlichen Punkte des Modells wiedergibt und durch eigene Erläuterungen ergänzt wird.

²⁹ Vgl. hierzu auch Schweizer-Ries et al., 2010, S. 14.

Für Arnstein beginnt Bürgerbeteiligung mit neutraler, umfassender und allgemein zugänglicher Information als Basis aller weiteren Beteiligungsmöglichkeiten.³⁰ Durch neutrale und umfassende Informationsvermittlung ist die Bildung einer eigenen Meinung erst möglich, die dann bei der Konsultation eingebracht werden kann. Konsultation bedeutet hier, dass die Meinungen der Beteiligten explizit eingefordert werden, sie sollen die Entscheidungsträger beraten.³¹ Beschwichtigungsmaßnahmen gehen noch einen Schritt weiter: Ausgewählte Bürger, die einzelne Interessengruppen vertreten, erhalten Stimmrechte in Entscheidungen, bleiben jedoch in der Unterzahl und können daher leicht überstimmt werden.³² Bei der Alibipartizipation können die Beteiligten also nicht sicherstellen, dass ihre geäußerten Meinungen Einfluss auf das Ergebnis des Entscheidungsprozesses haben; ihr direkter Einfluss bleibt begrenzt. Jedoch kann indirekter Einfluss entstehen, da die Meinungsäußerungen öffentliche Diskussionen und Denkprozesse anstoßen und somit Druck auf die Entscheidungsträger ausüben werden kann.³³

Beim dritten Einflussgrad, der Bürgermacht, können Beteiligte sicher Einfluss ausüben, indem Entscheidungen durch *Partnerschaft*, *Delegierte Macht* oder *Bürgerkontrolle* getroffen werden. Die Partnerschaft befähigt die beteiligten Bürger, auf Augenhöhe mit den Entscheidungsträgern zu verhandeln.³⁴ *Delegierte Macht* verleiht den Bürgern die Mehrheit der Stimmrechte, sodass sie das Ergebnis des Entscheidungsprozesses entscheidend beeinflussen können.³⁵ Bei der *Bürgerkontrolle* verfügen sie über die alleinige Entscheidungsmacht.³⁶ Zusammenfassend wird in Arnsteins Publikation erst bei diesem Einflussgrad von echter Bürgerbeteiligung gesprochen, da Entscheidungen gemeinsam mit oder alleine von den beteiligten Bürgern getroffen werden.

³⁰ Vgl. Arnstein, 1969, S. 219.

³¹ Vgl. Arnstein, 1969, S. 219.

³² Vgl. Arnstein, 1969, S. 220.

³³ Vgl. Nanz/Fritsche, 2012, S. 33.

³⁴ Vgl. Arnstein, 1969, S. 221 f.

³⁵ Vgl. Arnstein, 1969, S. 222.

³⁶ Vgl. Arnstein, 1969, S. 223.

Obwohl Arnsteins Modell stark vereinfacht und knapp 50 Jahre alt ist, ist es bis heute bedeutend in der Partizipationsforschung, da insbesondere ihre Unterscheidung in *Information*, *Konsultation* und Partnerschaft (heute meist als *Kooperation* bezeichnet) weit verbreitet ist und als Basis anderer Partizipationsmodelle, wie dem *Stufenmodell der Partizipation* von Lüttringhaus, dient.³⁷ In diesen Modellen werden diese drei Einflussgrade durch den Einflussgrad der *Selbstbestimmung* vervollständigt. Da sich die Partizipationsforschung über die vier Einflussgrade Information, Konsultation, Kooperation und Selbstbestimmung offenbar einig ist, werden diese für die weitere Betrachtung zugrunde gelegt. Anhand dieser Einflussgrade kann beurteilt werden, inwiefern die Beteiligten auf das Ergebnis von Entscheidungsprozessen Einfluss nehmen können, wodurch Verfahrensgerechtigkeit erhöht werden kann, daher wird hieraus das erste Kriterium für den Vergleich der Beteiligungsmodelle in Kapitel 5 abgeleitet:

Kriterium 1: Einflussgrad der Beteiligten

Dass dieses Kriterium praktische Relevanz für den Modellvergleich besitzt, kann unter anderem Schweizer-Ries nachweisen. Sie wertete Umfragebögen von 859 Befragten aus und untersuchte deren Wahrnehmung von angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten bei der Einführung von Anlagen erneuerbarer Energien. Dabei stellte sie einen deutlichen „Wunsch nach Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Beteiligungsstufen“³⁸ fest, besonders bei Information und Konsultation. Allerdings wurden die angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten als nicht ausreichend bewertet oder nicht als solche wahrgenommen.³⁹ Die Diskrepanz zwischen gewünschter und empfundener Beteiligung beziehungsweise Verfahrensgerechtigkeit ist insofern überraschend, als dass eine Vielzahl von Maßnahmen mit großer Reichweite zur Verfügung stehen, durch die mit verhältnismäßig geringem

³⁷ Vgl. Wunderlich, 2012, S. 16 f; Vgl. C.A.R.M.E.N. e.V., 2014, S. 13; vgl. Lüttringhaus, 2003, S. 67.

³⁸ Schweizer-Ries et al., 2010, S. 91 f. Die 859 Befragten wurden per Fragebogen befragt und stammen aus 13 verschiedenen Regionen Deutschlands.

³⁹ Vgl. Schweizer-Ries et al., 2010, S. 91 f. Für ähnliche Ergebnisse siehe auch Kress/Landwehr, 2012, S. 25.

Zeit- und Kostenaufwand seitens der Entscheidungsträger Informationen vermittelt oder Konsultationen eingeholt werden können. Als Beispiele seien Artikel in Print- und Onlinemedien, Flyer, Internetauftritte, Radio- und Fernsehbeiträge oder Informationsveranstaltungen genannt.⁴⁰ Einer Umfrage zufolge informieren sich interessierte Personen am häufigsten über regionale Zeitungen (72 Prozent der Befragten), Regionalsender (43 Prozent) und Informationsveranstaltungen (25 Prozent) über geplante Anlagen erneuerbarer Energien.⁴¹ Als Beispiele für Konsultationen seien Fragebögen, Interviews, Diskussionen in Internetforen oder bei Veranstaltungen, Leserbriefe und Workshops genannt.⁴² Für den Einflussgrad Kooperation müssen Beteiligte mehr Zeit und Aufwand investieren, da sie an Treffen zur Planung und Entscheidungsfindung mit verschiedenen Interessengruppen teilnehmen und sich intensiv mit der Thematik auseinandersetzen müssen.⁴³ Der Einflussgrad der Selbstbestimmung kann durch finanzielle Beteiligung erreicht werden, beispielsweise indem der Beteiligte Gesellschafteranteile an der Betreibergesellschaft einer Windenergieanlage erwirbt (siehe hierzu Kapitel 4.2).⁴⁴ Je nach Modellgestaltung zur finanziellen Beteiligung ließe sich argumentieren, dass die Beteiligten über die Nutzung ihrer Stimmrechte, die sie mit den Gesellschafteranteilen erwerben, nur den Einflussgrad der Kooperation erreichen; der Einflussgrad der Selbstbestimmung würde demnach den Mitgliedern der Geschäftsführung oder der Bei- und Aufsichtsräte vorbehalten bleiben (siehe hierzu Kapitel 5.1).

3.2. Begrenzung von Bürgerbeteiligung

Ein weiterer wichtiger Schritt, um geeignete Beteiligungsmöglichkeiten zu identifizieren, ist die Überlegung, für welche und wie viele Personen ein Beteiligungsmodell ausgestaltet werden soll. Zunächst ist einleuchtend, dass nicht jeder an einer Beteiligung interessiert ist – andererseits könnte

⁴⁰ Vgl. Schweizer-Ries et al., 2010, S. 142 f; vgl. C.A.R.M.E.N. e.V., 2014, S. 16.

⁴¹ Vgl. Kress/Landwehr, 2012, S. 30.

⁴² Vgl. C.A.R.M.E.N. e.V., 2014, S. 16 f.

⁴³ Vgl. C.A.R.M.E.N. e.V., 2014, S. 17.

⁴⁴ Vgl. C.A.R.M.E.N. e.V., 2014, S. 17.

es aber auch notwendig sein, die Anzahl der Beteiligten zum Beispiel aus Kosten- oder Platzgründen zu begrenzen. Außerdem wurde in Kapitel 3.1 dargelegt, dass Bürgerbeteiligung unterschiedliche Einflussgrade haben kann. Es lässt sich jedoch argumentieren, dass nicht jeder Einflussgrad von allen Beteiligten gemeinsam erreicht werden kann. Nimmt man zum Beispiel den obersten Einflussgrad, die Selbstbestimmung, würden alle beteiligten Personen gemeinsam alle Entscheidungen treffen. Übertragen auf Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen würde dies bedeuten, dass jede einzelne Frage – von der Uhrzeit der Straßensperrungen für Bauteile bis hin zur Auswahl des Mobiliars für die Verwaltungsräume der Betreiber-gesellschaft – von allen gemeinsam getroffen würde. Der Zeit- und Kostenaufwand für alle Beteiligten wäre wohl unverhältnismäßig. Daraus folgt, dass für jede einzelne konkrete Beteiligungsmaßnahme Überlegungen zur Begrenzung der Beteiligtenanzahl angestellt werden sollten. Ebenso stellt sich die Frage, mit welchen Beteiligten die begrenzten Plätze zu besetzen sind, also wonach diese ausgewählt werden.

Hilfe bei der Auswahlmethode bietet der Partizipationsforscher Fung. Er unterscheidet Beteiligungsmaßnahmen nach den Merkmalen *Einflussgrad*, *Modus der Kommunikation und Entscheidungsfindung* sowie *Kreis der Beteiligten*.⁴⁵ Fungs Einflussgrade entsprechen im Wesentlichen Arnsteins *ladder of participation* (siehe Kapitel 3.1). Bei den Kommunikationsmodi unterscheidet er nach dem Zweck der Kommunikation: einerseits Kommunikationsmethoden ohne Einflussnahme auf Entscheidungen und andererseits Kommunikationsmethoden zur gemeinsamen Entscheidungsfindung.⁴⁶ Diese beiden Merkmale sind bereits in *Kriterium 1: Einflussgrad der Beteiligten* enthalten. Das dritte Merkmal, der Kreis der Beteiligten, zeigt jedoch einige Aspekte zur Auswahl der Beteiligten auf:

Fung nennt fünf Auswahlmethoden, um Beteiligte zu bestimmen.⁴⁷ Bei der *Selbstselektion* steht die Beteiligung allen Interessierten offen – jeder, der

⁴⁵ Vgl. Fung, 2006, S. 66.

⁴⁶ Vgl. Fung, 2006, S. 68 f.

⁴⁷ Vgl. Fung, 2006, S. 67 f.

möchte, kann teilnehmen. Die *selektive Rekrutierung* beteiligt Personen aus beteiligungsschwachen Interessengruppen. Beide Methoden sind jedoch nicht repräsentativ. Daher wird bei der *zufälligen Selektion* aus der Gesamtbevölkerung zufällig rekrutiert, um keine Gruppen bewusst über- oder unterzurepräsentieren. Schließlich können *Laienvertreter* (unbezahlte Bürger, beispielsweise Mitglieder von Bürgerinitiativen) oder *professionelle Vertreter* (bezahlte Bürger, beispielsweise gewählte Politiker oder Experten) zur Beteiligung ausgewählt werden, die die Interessen bestimmter Gruppen vertreten.

Die obenstehenden Überlegungen machen deutlich, dass die Identität und Zusammensetzung der Beteiligten Einfluss auf die Ausgestaltung eines Beteiligungsmodells nehmen können und daher als Kriterium für den Vergleich der Beteiligungsmodelle in Kapitel 5 dienen kann:

Kriterium 2: Kreis der Beteiligten

Im Kapitel über Bürgerbeteiligung wurde gezeigt, dass die wahrgenommene Verfahrensgerechtigkeit bei der Ausgestaltung eines Beteiligungsmodells einerseits über den Einflussgrad der Beteiligten erhöht werden kann. Andererseits wurde dargelegt, wie die Beteiligten ausgewählt werden können, um sicherzustellen, dass alle betroffenen Interessengruppen in Entscheidungen einbezogen werden, wodurch die wahrgenommene Verfahrensgerechtigkeit ebenfalls erhöht werden kann.

Im folgenden Kapitel wird geklärt, wie die wahrgenommene Verteilungsgerechtigkeit in Beteiligungsmodellen erhöht werden kann. Wie in Kapitel 2.2 erläutert, ist Verteilungsgerechtigkeit davon abhängig, wer finanziellen Nutzen hat, wer finanzielle und andere Lasten trägt und ob ein finanzieller Lastenausgleich geschaffen wird. Da nur Modelle der finanziellen Bürgerbeteiligung direkten finanziellen Nutzen für die Beteiligten generieren, wird im Weiteren angenommen, dass nur Modelle der finanziellen Bürgerbeteiligung sowohl Verfahrens- als auch Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigen.

4. VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT DURCH MODELLE DER FINANZIELLEN BÜRGERBETEILIGUNG

Wie eben erläutert, wird angenommen, dass nur Modelle der finanziellen Bürgerbeteiligung sowohl Verfahrens- als auch Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigen. Im letzten Kapitel wurde bereits erläutert, wie Verfahrensgerechtigkeit erzeugt werden kann. Der Fokus dieses Kapitels liegt auf der Verbesserung der wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit.

Zunächst sollte der Nutzen, in diesem Fall aus dem Betrieb einer Windenergieanlage, auf möglichst viele Personen verteilt werden.⁴⁸ So könnten auch wahrgenommene Lasten – insbesondere von Anwohnern, die sich durch den Anlagenbetrieb gestört fühlen – ausgeglichen werden. In einer niederländischen Studie über das Störimpfinden durch Geräusche von Windenergieanlagen konnten Pedersen et al. nachweisen, dass finanzielle Beteiligung das Störimpfinden reduzieren kann: Bei einer Lärmbelastung von 30-35 dBA fühlten sich 17 Prozent der finanziell Nichtbeteiligten gestört, jedoch nur drei Prozent der finanziell Beteiligten.⁴⁹

Für finanzielle Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen stehen diverse Modelle zur Auswahl. Allen gemeinsam ist, dass Personen private finanzielle Mittel für Planung, Bau und Betrieb der Anlage bereitstellen und so zu Beteiligten werden. Der Hauptunterschied der Modelle besteht jedoch in der Art der Bereitstellung finanzieller Mittel, denn diese können entweder als Fremdkapital oder als Eigenkapital eingebracht werden.

Bei der Bereitstellung von Fremdkapital liegt eine schuldrechtliche Beteiligung vor. Durch einen Vertrag überlässt eine Person einer anderen Person oder Gesellschaft zu vereinbarten Konditionen eine bestimmte Geldmenge, die zu einem vereinbarten Zeitpunkt fällig wird. Die Person ist reiner Kapitalgeber und hat keine Mitspracherechte an der Gesellschaft.

Bei der Bereitstellung von Eigenkapital liegt eine gesellschaftliche Beteiligung vor. Eine Person kauft Anteile an der Gesellschaft, die die Investition – hier: Planung, Bau und Betrieb einer Windenergieanlage –

⁴⁸ Vgl. Wunderlich, 2012, S. 14.

⁴⁹ Vgl. Pedersen et al., 2009, S. 637 f.

tätigt, bringt dadurch ihr Geld als Eigenkapital ein und unterzeichnet einen Gesellschaftervertrag. Als Gesellschafter erhält die Person Eigentums- und Stimmrechte an der Gesellschaft.

Im Folgenden werden verschiedene Modelle finanzieller Beteiligung kurz dargestellt und ihre Geeignetheit für Bürgerbeteiligungen an Windenergieanlagen bewertet. Besonderes Augenmerk wird auf die Beteiligungsmodelle *GmbH & Co. KG* und *eingetragene Genossenschaft* gelegt. Abschließend werden vier Praxisbeispiele finanzieller Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen vorgestellt.

4.1. Schuldrechtliche Beteiligung

Eine schuldrechtliche Beteiligung liegt vor, wenn eine Person Geld als Fremdkapital einbringt, also finanzielle Mittel auf Basis eines Vertrages zur Verfügung stellt, dafür jedoch keine Eigentums- oder Stimmrechte erhält. In der Praxis finden sich mehrere Modelle schuldrechtlicher Beteiligung; die gängigsten sind das Darlehen und die Inhaberschuldverschreibung.⁵⁰

Darlehen, § 488 ff BGB: Der Darlehensgeber überlässt dem Darlehensnehmer einen bestimmten Geldbetrag für einen vereinbarten Zeitraum zu einem vereinbarten Zinssatz. Eine praxisrelevante Sonderform ist das *Nachrangdarlehen*. Dieses eignet sich für Bürgerbeteiligungen besonders, da erstens die Forderungen der Nachrangdarlehensgeber im Insolvenzfall hinter denen anderer Gläubiger zurücktreten müssen und zweitens die Rückzahlung dieser Darlehen nicht zur Insolvenz des Darlehensnehmers führen darf.⁵¹ Nachrangdarlehen können außerdem mit dem Erwerb von Gesellschaftsanteilen verbunden werden (siehe hierzu Kapitel 4.2.2). Die Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH finanzierte so eine Bürgersolaranlage zu 137.000 Euro; die Höhe der einzelnen Darlehen lag zwischen 500 und 2000 Euro.⁵²

⁵⁰ Vgl. Kaler/Kneuper, 2012, S. 791.

⁵¹ Vgl. EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 21.

⁵² Vgl. Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH, 2010, S. 2.

Inhaberschuldverschreibung, § 793 I BGB: Der Darlehensnehmer stellt eine Urkunde aus, die dem Urkundeninhaber eine bestimmte Leistung verspricht, wie die Rückzahlung eines verzinslichen Darlehens mit vereinbarter Fälligkeit.⁵³ Da die Urkunde nicht personengebunden ist, kann sie weiterverkauft und auf andere Personen übertragen werden. In der Praxis können der Darlehensnehmer die örtlichen Stadtwerke und die Darlehensgeber deren Privatkunden sein, wie bei den „hertenfonds“ der Hertener Stadtwerke zur Bürgerbeteiligung am Offshore-Windpark Borkum West.⁵⁴ Wie oben erwähnt, erhält der Fremdkapitalgeber keinerlei Eigentums- und Stimmrechte am Investitionsobjekt – hier also an Planung, Bau und Betrieb einer Windenergieanlage. Das bedeutet, dass die kapitelgebende Person nicht in Entscheidungsprozesse einbezogen wird, also keine Beteiligung an Verfahren erfährt. Auf diese Weise würde, der Erklärung von Verfahrensgerechtigkeit aus Kapitel 2.2 folgend, die wahrgenommene Verfahrensgerechtigkeit nicht erhöht, sondern eher minimiert. Aus diesem Grund werden schuldrechtliche Beteiligungsmodelle für die Fragestellung als ungeeignet erachtet und in der Modellauswahl nicht weiter betrachtet.

4.2. Gesellschafterische Beteiligung

Eine gesellschafterische Beteiligung liegt vor, wenn eine Person Geld als Eigenkapital einbringt, also finanzielle Mittel auf Basis eines Gesellschaftsvertrages zur Verfügung stellt, und dafür Eigentums- und Stimmrechte erhält. Auch für die gesellschafterische Beteiligung gibt es mehrere Modelle, nämlich verschiedene Gesellschaftsformen. Grundsätzlich wird zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften unterschieden. Personengesellschaften sind im Gegensatz zu Kapitalgesellschaften in ihrem Bestand an natürliche Personen gebunden und unterscheiden sich zudem in Geschäftsführungsbefugnis, Haftung und Besteuerung.⁵⁵ Im Folgenden werden die Gesellschaftsformen, die die gesellschafterische Beteiligung

⁵³ Vgl. Zenke/Dessau, 2013, S. 288 f; Kaler/Kneuper, 2012, S. 793; vgl. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg/LUBW, 2012, S. 34.

⁵⁴ Vgl. Hertener Stadtwerke, 2015.

⁵⁵ Vgl. Schneck, 2007, S. 718.

mehrerer Personen erlauben, kurz dargelegt und bewertet, ob diese sich für eine finanzielle Beteiligung an Windenergieanlagen eignen. Die *GmbH & Co. KG* und die *eingetragene Genossenschaft* werden näher betrachtet, da diese sich in der Praxis bei Bürgerbeteiligungen an Windenergieanlagen durchgesetzt haben.⁵⁶ Aus der detaillierten Betrachtung dieser beiden Beteiligungsmodelle und deren Rechtsgrundlagen werden schließlich zwei weitere Kriterien abgeleitet, anhand derer der Vergleich von GmbH & Co. KG und Genossenschaft in Kapitel 5 durchgeführt wird.

Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), §§ 705 ff BGB: Personengesellschaft, die durch mindestens zwei natürliche Personen auf Basis eines Gesellschaftsvertrags gegründet wird. Die Gründung der GbR muss weder eingetragen noch beurkundet werden und ist daher die zeit- und kostengünstigste Variante aller Gesellschaftsformen.⁵⁷ Alle Gesellschafter haben Vertretungsbefugnis und führen die Geschäfte gemeinsam. Für eine breite Bürgerbeteiligung ist dies allerdings nicht praktikabel. Ein großer Nachteil liegt zudem in der vollumfänglichen Privathaftung der Gesellschafter.⁵⁸ Da Windenergieanlagen bereits im Genehmigungsprozess große Investitionen erfordern, wäre das finanzielle Risiko der Gesellschafter unverhältnismäßig hoch.⁵⁹ Daher erscheint dieses Beteiligungsmodell nicht geeignet und wird nicht näher betrachtet.

Kommanditgesellschaft (KG), §§ 161 ff HGB:⁶⁰ Personengesellschaft mit mindestens zwei natürlichen Personen, die ins Handelsregister einzutragen ist und einen Jahresabschluss erstellen muss. Eine Person, der Komplementär, haftet unbeschränkt mit ihrem Privatvermögen und führt die Geschäfte alleine. Alle anderen Personen sind Kommanditisten, deren Haftung zwar auf die Höhe ihrer Kapitaleinlage beschränkt ist, die dafür

⁵⁶ Vgl. Zenke/Dessau, 2013, S. 289; vgl. Hentschel, 2012, S. 13.

⁵⁷ Vgl. EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 7.

⁵⁸ Vgl. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg/LUBW, 2012, S. 8 f.

⁵⁹ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, 2013, S. 43.

⁶⁰ Vgl. EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 14.

aber grundsätzlich auch nicht geschäftsführungsbefugt sind. An dieser Gesellschaftsform können sich zwar viele Bürger beteiligen und gemeinsam große Summen aufbringen; aber das hohe finanzielle Risiko für den Komplementär verbleibt als gravierender Nachteil, was vermutlich der Grund ist, weswegen sich dieses Beteiligungsmodell in der Praxis für Windenergieanlagen nicht durchgesetzt hat.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), GmbHG:⁶¹ Kapitalgesellschaft, bei der die Haftung der Gesellschafter auf die Höhe ihrer Einlagen begrenzt ist. Zur Leitung der GmbH bestellen die Gesellschafter mindestens eine natürliche Person zum Geschäftsführer (§§ 6, 35 GmbHG), die selbst nicht Gesellschafter sein muss. Über die Gesellschafterversammlung (§ 48 ff. GmbHG) sowie über ein generelles Auskunfts- und Einsichtsrecht (§ 51a GmbHG) können die Gesellschafter die Geschäftsführung kontrollieren; auch ein Aufsichtsrat kann bestellt werden. Das Stimmgewicht der einzelnen Gesellschafter bestimmt sich nach der Höhe ihrer Kapitaleinlagen. In der Praxis hat sich dieses Beteiligungsmodell jedoch auch nicht durchgesetzt, möglicherweise aufgrund der nachteiligen Besteuerung von Kapitalgesellschaften, weswegen es hier nicht näher betrachtet wird.

Aktiengesellschaft (AG), AktG:⁶² Kapitalgesellschaft, bei der Eigenkapital durch die Ausgabe von Aktien beschafft wird, sodass sehr viele Personen beteiligt werden können. Die Aktionäre wählen bei der Hauptversammlung aus ihrem Kreis den Aufsichtsrat, der wiederum den Vorstand bestellt, der die Geschäfte der AG führt. Die Einflussmöglichkeiten des Einzelnen sind daher als gering zu beurteilen. Die Haftung der Aktionäre ist auf den Kaufpreis der Aktien begrenzt. Der Aktiennennwert zum Verkaufszeitpunkt entscheidet über Gewinn oder Verlust der Investition. Aktien können beliebig weiter- und verkauft werden, die Identität der Aktionäre ist für das Unternehmen irrelevant. Durch diese Unpersönlichkeit ist auch der für

⁶¹ Vgl. EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 15.

⁶² Vgl. EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 14.

Windenergieanlagen oft gewünscht regionale Bezug nicht gesichert.⁶³ Die AG spielt in der Praxis wegen der hohen Gründungsaufwendungen keine Rolle und wird daher nicht näher betrachtet.⁶⁴

4.2.1. Die GmbH & Co. KG

Ein beliebtes⁶⁵ Modell finanzieller Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen ist GmbH & Co. KG, eine Personengesellschaft, die juristische und natürliche Personen vereint. Die Rechtsgrundlagen richten sich hauptsächlich nach Regelungen für die Kommanditgesellschaft (§§ 161-177a HGB). Für die GmbH gilt darüber hinaus das GmbHG.

Gründung & Verwaltung: Ursprünglicher Zweck der GmbH & Co. KG ist der gemeinschaftliche Betrieb eines Handelsgewerbes. Zur Gründung sind mindestens zwei Gesellschafter erforderlich – eine GmbH als juristische Person und eine natürliche, die auch gleichzeitig alleiniger Eigentümer der GmbH sein kann. Besteht die GmbH noch nicht, muss diese unter Beachtung des GmbH-Gesetzes zuerst gegründet werden: Eine oder mehrere Personen vereinbaren in einem notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag ihre Zusammenschließung zu jedwedem legalen Zweck (§ 2 GmbHG). Ein Stammkapital in Höhe von 25.000 Euro (§ 5 GmbHG) sowie die Eintragung in das Handelsregister (§ 7 GmbHG) sind zu leisten. Zur Gründung der GmbH & Co. KG schließen die Gesellschafter zunächst einen formfreien Gesellschaftsvertrag ab (§ 705 BGB i. V. m. §§ 105 Abs. 3, 161 Abs. 2 HGB), in dem auch die Identität von Komplementären und Kommanditisten sowie die Höhe der Kapitaleinlagen bestimmt werden. Bezeichnung und Einlagenhöhe der Gesellschafter sind zudem in das Handelsregister eintragen zu lassen (§ 106 i. V. m. § 162 HGB), ebenso wie jede Veränderung des Kommanditistenkreises (§107 HGB).

⁶³ Vgl. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg/LUBW, 2012, S. 33.

⁶⁴ Vgl. EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 15.

⁶⁵ Vgl. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg/LUBW, 2012, S. 12; vgl. Zenke/Dessau, 2013, S. 289.

Die Bedingungen, zu welchen ein Kommanditist in die Gesellschaft eintreten darf, können im Gesellschaftsvertrag geregelt werden. Der Eintritt eines Kommanditisten auch in die bereits bestehende GmbH & Co. KG kann daher unkompliziert gestaltet werden. Der Austritt erfolgt durch formlose Kündigung zum Ende des Geschäftsjahres unter Wahrung einer sechsmonatigen Frist (§ 161 Abs. 2 i. V. m. § 132 HGB).

Als Gesellschaftsmischform gelten für die GmbH & Co. KG nicht nur die allgemeinen Buchführungs- und Jahresabschlusspflichten jedes Kaufmannes (§ 238 HGB). Da der Komplementär eine juristische Person ist, sind gemäß § 264a HGB auch die ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften bei der Erstellung des Jahresabschlusses zu beachten, die sich nach der Größe der Gesellschaft gemäß § 267 HGB richten. In jedem Fall muss der Jahresabschluss um einen Anhang erweitert und beim Bundesanzeiger eingereicht werden. Zudem gilt, dass für die GmbH zusätzlich ein separater Jahresabschluss erstellt werden muss.

Organe & Befugnisse: Anders als bei anderen Personengesellschaften liegt die Geschäftsführung selten in der Hand eines Gesellschafters. Die GmbH ist als Komplementär zur alleinigen Vertretung und Geschäftsführung der GmbH & Co. KG berechtigt, ist als juristische Person aber selbst nicht handlungsfähig. Daher müssen die GmbH-Gesellschafter eine natürliche Person zum Geschäftsführer bestellen und kontrollieren. Dabei kann es sich auch um einen Dritten handeln, der keine Gesellschaftsanteile besitzt. Der GmbH-Geschäftsführer leitet zugleich die GmbH & Co. KG. Die Kommanditisten sind gemäß § 164 HGB grundsätzlich von der Geschäftsführung ausgeschlossen, sofern der Gesellschaftsvertrag als dispositives Recht keine abweichenden Regelungen enthält.⁶⁶ Die Vertretungsbefugnis bleibt Kommanditisten stets verwehrt (§ 170 HGB). Die Gesellschafterversammlung bietet den Kommanditisten aber Einflussmöglichkeiten auf die Geschäftsführung. Bei Grundlagengeschäften ist die Zustimmung aller Gesellschafter erforderlich (§ 116 Abs. 2 HGB), bei

⁶⁶ Vgl. Preißer/Rönn, 2013, S. 394; vgl. Wagner/Rux, 2013, S. 124.

außergewöhnlichen Geschäften können die Kommanditisten ihr Widerspruchsrecht aus §164 Abs. 1 HGB ausüben. In der Regel wird das Stimmgewicht der einzelnen Gesellschafter nach der Höhe ihrer Anteile an der GmbH & Co. KG bemessen;⁶⁷ das exakte Verhältnis von Beteiligungshöhe und Stimmenanzahl regelt der Gesellschaftsvertrag.

Der Grundsatz der Vertragsfreiheit sowie die personengesellschaftliche Natur der KG erlauben zudem die freiwillige Einrichtung eines Beirats, dessen Befugnisse im Gesellschaftsvertrag festgelegt werden.⁶⁸ Er kann beraten, kontrollieren oder bei gewöhnlichen Geschäften sogar zustimmungspflichtig sein. Die Komplementär-GmbH kann zusätzlich einen Aufsichtsrat einrichten, an dem die Kommanditisten der GmbH & Co. KG jedoch nicht teilhaben können.

Haftung & Investition: Der Komplementär muss gemäß § 161 Abs. 1 HGB mit seinem gesamten Privatvermögen haften. Dieser Nachteil der KG-Gesellschaftsform wird durch das Konstrukt der GmbH & Co. KG jedoch umgangen, da der Komplementär hier eine juristische Person, eine GmbH, ist. Das Privatvermögen entspricht dem GmbH-Gesellschaftsvermögen, sodass ein Rückgriff auf das Privatvermögen der dahinter stehenden natürlichen Personen ausgeschlossen ist. Die Haftung der Kommanditisten ist auf die Höhe ihrer im Handelsregister eingetragenen Haftungssummen begrenzt, die jedoch üblicherweise der Höhe der gesellschaftsvertraglich vereinbarten Einlagen entspricht. Somit ist die Haftung aller beteiligten natürlichen Personen de facto beschränkt.⁶⁹

Die Mindestbeteiligung der Kommanditisten wird im Gesellschaftsvertrag geregelt. Dort wird festgelegt, welcher Einlagenhöhe ein Geschäftsanteil und somit einer Stimme entspricht. Durch eine Maximalbeteiligung kann zudem die Stimmenanzahl pro Kommanditist begrenzt und eine Dominanz von Einzelinteressen ausgeschlossen werden.⁷⁰

⁶⁷ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, 2013, S. 11.

⁶⁸ Vgl. Preißer/Rönn, 2013, S. 112 f.

⁶⁹ Vgl. EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 9.

⁷⁰ Vgl. Anhang II – Gedächtnisprotokoll Gnannenweiler.

Einkünfte aus der Beteiligung als Kommanditist sind einkommensteuerpflichtig und werden mit dem persönlichen Einkommensteuersatz der belegt. Die Einkünfte der Beteiligten gelten als „Einkünfte aus Gewerbebetrieben, für die kein Freibetrag besteht“⁷¹. Demnach ist alles ab dem ersten Euro zu versteuern. Allerdings können auch Verluste, die beispielsweise wegen der hohen Tilgungsraten gerade in der ersten Hälfte der Betriebsdauer einer Windenergieanlage anfallen können, mit ihren anderen Einkünften verrechnen, sodass die Steuerlast sinkt.⁷²

4.2.2. Die eingetragene Genossenschaft

Ebenfalls beliebt als Bürgerbeteiligungsmodell ist die eingetragene Genossenschaft. Rechtsgrundlage das Genossenschaftsgesetz (GenG). Nach § 17 GenG ist die Genossenschaft eine juristische Person und gilt als Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB).

Gründung & Verwaltung: Zweck der Genossenschaft ist es laut § 1 GenG, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder zu fördern. Die wirtschaftliche Betätigung ist daher die Kernaufgabe einer Genossenschaft. Alle Mitglieder sind Eigentümer der Genossenschaft, führen die Geschäfte gemeinsam und verwalten sich selbst, während sie gleichzeitig Kunden der Genossenschaft sind (*Identitätsprinzip*).⁷³ Dabei muss die Genossenschaft nicht selbst operativ tätig sein, sondern kann sich stattdessen auch anderen Gesellschaften oder Personenvereinigungen beteiligen. Demnach kann eine Genossenschaft sowohl selbst Betreiber-gesellschaft einer Windenergieanlage sein, wie die *eG Ingersheim und Umgebung* (siehe Kapitel 4.3.4), als auch Beteiligter an einer Betreiber-gesellschaft, wie die *Hohenlohe Wind eG* als Kommanditist der *Windpark Kirchberg/Jagst GmbH & Co. KG* (siehe Kapitel 4.3.3).

⁷¹ Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, 2013, S. 46.

⁷² Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, 2013, S. 41.

⁷³ Vgl. Agentur für Erneuerbare Energien e.V./DGRV-Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband, 2013, S. 44; vgl. Geschwandtner, 2007, S. 54.

Gemäß § 4 GenG besteht eine Genossenschaft aus mindestens drei natürlichen oder juristischen Personen. Der Eintritt erfolgt durch schriftliche Erklärung des Beitrittswilligen gemäß § 15a GenG, die vereinbarten Geschäftsanteile einzuzahlen. Die Mitgliedschaft oder einzelne Geschäftsanteile können grundsätzlich drei Monate⁷⁴ vor Geschäftsjahresende schriftlich gekündigt werden. Das Mitglied hat gemäß § 73 GenG Anspruch auf Auszahlung seiner gekündigten Geschäftsanteile, sofern und solange ein in der Satzung festgelegtes Mindestkapital der Genossenschaft durch die Auszahlung nicht unterschritten würde. Ein Mindestkapitalbetrag ist gesetzlich nicht vorgeschrieben, kann aber gemäß § 8a GenG in der Satzung festgelegt werden kann.

Die Genossenschaft muss neben dem Jahresabschluss auch einen Lagebericht erstellen, der zunächst ihrem Aufsichtsrat und danach der Generalversammlung vorzulegen ist (§ 33 Abs. 1 GenG). Zudem muss jede Genossenschaft Mitglied in einem genossenschaftlichen Prüfverband sein (§ 54 GenG). Dieser überprüft die Genossenschaftsgründung in Hinblick auf „die wirtschaftliche Tragfähigkeit, die wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse der Genossenschaft, die rechtlichen Grundlagen (Satzung) und die Effektivität der Mitgliederförderung; erst dann kann die Eintragung in das Genossenschaftsregister erfolgen.“⁷⁵ Zudem prüft der Prüfverband gemäß § 53 GenG mindestens in jedem zweiten Geschäftsjahr die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung der Genossenschaft.

Organe & Befugnisse: Nach § 9 Abs. 2 GenG muss jede Genossenschaft einen Vorstand und einen Aufsichtsrat einrichten, die von der Generalversammlung aus dem Kreis der Mitglieder gewählt.

In der Generalversammlung üben die Mitglieder ihre Mitspracherechte an allen Angelegenheiten der Genossenschaft aus (§ 43 Abs. 1 GenG). Die Beschlussfassung erfolgt in der Regel durch einfache Stimmenmehrheit.

⁷⁴ In der Satzung können maximal fünf Jahre als Kündigungsfrist für natürliche Personen festgelegt werden.

⁷⁵ Agentur für Erneuerbare Energien e.V./DGRV-Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband, 2013, S. 43.

Gemäß dem *Ein-Stimmen-Prinzip* aus § 43 Abs. 3 GenG verfügt jedes Mitglied grundsätzlich über eine Stimme, unabhängig von Anzahl und Höhe der erworbenen Geschäftsanteile. Die Satzung kann allerdings bestimmen, dass ein bestimmtes Mitglied bis zu drei Stimmen erhält, sofern dies den Geschäftsbetrieb besonders fördert. Ein dominierender Einfluss von Einzelinteressen innerhalb einer Genossenschaft ist dadurch ausgeschlossen, insbesondere durch die Zusatzregelung, dass bei Entscheidungen, die gesetzlich mehr als die einfache Stimmmehrheit erfordern, das Mehrstimmrecht einzelner Mitglieder außer Kraft gesetzt ist. Die Einberufung der Generalversammlung kann neben der satzungsmäßigen Regelmäßigkeit auch erfolgen, wenn eine in der Satzung bestimmte Minderheit dies ausdrücklich verlangt.

Nach § 24 GenG ist der Vorstand die Vertretung der Genossenschaft nach außen, hat die Geschäftsführungsbefugnis und leitet die Angelegenheiten, zum Beispiel die Generalversammlung, die Buchführungspflichten oder die Mitgliederverwaltung. Er besteht aus zwei Genossenschaftsmitgliedern, die in der Generalversammlung gewählt werden.

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei in der Generalversammlung gewählten Mitgliedern, die den Vorstand überwachen (§ 36 Abs. GenG). Die Aufgaben des Aufsichtsrats bestimmt die Satzung; in jedem Fall kontrolliert er die Bücher und kann jederzeit Auskünfte von der Geschäftsführung und Einsichtnahme in Unterlagen verlangen (§ 38 GenG).

Haftung & Investition: Da die Haftung der Genossenschaft auf deren Vermögen beschränkt ist, tragen die Mitglieder das unternehmerische Risiko grundsätzlich nur in Höhe ihres Geschäftsanteils (§§ 2, 23 GenG), sofern die Satzung keine Nachschüsse zur Insolvenzmasse vorsieht (§ 22a GenG). Somit ist die Haftung aller beteiligten Personen beschränkt. Da die Satzung die Höhe der Geschäftsanteile bestimmt, ist das finanzielle Risiko für einen Beitrittswilligen darüber hinaus kalkulierbar.⁷⁶

⁷⁶ Vgl. Agentur für Erneuerbare Energien e.V./DGRV-Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband, 2013, S. 45.

Die Mindestbeteiligung pro Mitglied wird ebenfalls in der Satzung festgehalten. Bei Genossenschaften liegt diese zumeist unter den Mindestbeteiligungsbeträgen einer GmbH & Co. KG, beispielsweise bei 2.500 Euro in der *eG Ingersheim und Umgebung* (siehe Kapitel 4.3.4).⁷⁷ Bei der *eG Starkenburg* liegt die Mindestbeteiligung sogar nur bei zwei Geschäftsanteilen zu je 100 Euro sowie einem obligatorischen Nachrangdarlehen⁷⁸ von 1.800 Euro, das für ein bestimmtes Projekt zur Verfügung gestellt wird, sodass insgesamt 2.000 Euro investiert werden müssen.⁷⁹ Bei der *BürgerEnergiegenossenschaft Emmendingen* ist eine Beteiligung schon ab 200 Euro möglich, allerdings ist diese Genossenschaft selbst nur Kommanditist einer Betreibergesellschaft (siehe Kapitel 4.3.2). Die Einkünfte der Beteiligten werden als Einkünfte aus Kapitalvermögen behandelt – pro Person liegt der jährliche Steuerfreibetrag bei 801 Euro. Darüber hinaus gehende Einkünfte müssen nach dem individuellen Einkommensteuersatz versteuert werden.⁸⁰ Verluste aus der Genossenschaftsbeteiligung können steuerlich nicht geltend gemacht werden.

4.2.3. Kriterienableitung aus Rechtsgrundlagen

Wie oben gezeigt, enthalten die unterschiedlichen Rechtsgrundlagen – HGB und BGB für die GmbH & Co. KG sowie das GenG für die Genossenschaft – mehrere, teils voneinander abweichende Vorschriften bezüglich Gesellschaftsgründung, Mitgliederverwaltung und Buchführung. Auch die Interviewpartner sprachen Inhalte an, die von den bisher identifizierten Kriterien nicht abgedeckt werden und ebenfalls den Verwaltungsaufwand der Beteiligungsgesellschaften betreffen. Daher ist es notwendig, ein weiteres Kriterium für den Modellvergleich einzuführen:

Kriterium 3: Verwaltungsaufwand der Geschäftsführung

⁷⁷ Vgl. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg/LUBW, 2012, S. 30 f.

⁷⁸ Dient der Finanzierung eines bestimmten Projektes der Energiegenossenschaft. Bei höheren Einnahmen des Projektes (z. B. mehr Sonne oder mehr Wind als kalkuliert) sind zusätzliche Ausschüttungen über den Geschäftsanteil möglich.

⁷⁹ Vgl. Energiegenossenschaft Starkenburg, 2015.

⁸⁰ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, 2013, S. 43.

Die gesetzlichen Bestimmungen und dispositiven Regelungen zu den Gesellschaftsorganen bestimmen deren Zusammensetzungen und Zusammenarbeit und können dem *Kriterium 1: Einflussgrad der Beteiligten* (siehe Kapitel 5.1) zugeordnet werden.

Auffällig ist außerdem, dass jede der interviewten Beteiligungsgesellschaften ein anderes Finanzierungsverhältnis gewählt hat, woraus sich unterschiedliche hohe Renditen und Risiken für die Beteiligten ergeben. Auch die Mindestbeteiligungsbeträge sind bei jeder Beteiligungsgesellschaft unterschiedlich hoch. Dies lässt vermuten, dass individuelle Rahmenbedingungen und Faktoren bei der Festlegung dieser finanziellen Größen eine Rolle spielen, was auch von den Interviewpartnern angedeutet wurde. Zudem ist die Besteuerung der Gesellschaftsformen verschieden, denn die GmbH & Co. KG gilt steuerrechtlich als Personengesellschaft,⁸¹ während die Genossenschaft den Kapitalgesellschaften und Vereinen gleichgestellt ist.⁸² Dieser steuerrechtliche Unterschied wirkt sich auch auf die Beteiligten aus, wie alle vier Interviewpartner hervorhoben. Daher wird der finanzielle Einsatz der Beteiligten im vierten Kriterium verglichen:

Kriterium 4: Finanzieller Einsatz der Beteiligten

4.3. Konkrete Beispiele finanzieller Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen

Nachdem die theoretischen Grundlagen der beiden Beteiligungsmodelle aufgezeigt wurden, werden auf den folgenden Seiten vier Praxisbeispiele finanzieller Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen vorgestellt: zwei GmbH & Co. KGen als Betreibergesellschaften von Windenergieanlagen und zwei Genossenschaften, wovon eine selbst Betreibergesellschaft, die andere Kommanditistin einer Betreibergesellschaft ist. Die nachfolgenden Inhalte sind den Interviews entnommen, die die Geschäftsführer und

⁸¹ Vgl. Wagner/Rux, 2013, S. 88.

⁸² Vgl. Geschwandtner, 2007, S. 75.

Vorstände der Gesellschaften gaben (Protokolle im Anhang).⁸³ Die Entscheidung zur qualitativen Datenerhebung durch Interviews wurde aus folgenden Gründen getroffen: Das qualitative Interview ist eine bekannte und daher gerne angenommene Methode der Datenerhebung, das sehr spezifische, zugleich aber auch sehr weite und komplexe Themen adressieren kann, sodass ein besseres Verständnis für Zusammenhänge entstehen kann.⁸⁴ Zudem ist der Personenkreis, der umfassende Erfahrungen mit der Thematik hat, sehr klein. Die vier Experten wurden ausgewählt, da sie als Initiatoren von finanzieller Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen selbst vor der Wahl eines geeigneten Beteiligungsmodells standen. Die Interviews wurden anhand eines teilstrukturierten Fragebogens mit offenen Fragen geführt, sodass alle Experten dieselben Schlüsselfragen gestellt bekamen, jedoch wurden individuell auch antwortabhängige Detailfragen oder Eventualfragen gestellt.⁸⁵ Dies ist sinnvoll und notwendig, da die Praxisbeispiele unterschiedliche Ausprägungen und Rahmenbedingungen besitzen. In den Kapiteln 4.3.1 bis 4.3.4 werden Eckdaten, Grundvoraussetzungen und Verlauf der Windenergieanlagenbeteiligungen vorgestellt. Die Meinungen und Erfahrungen der Experten zu den beiden Beteiligungsmodellen werden anschließend in der Kriteriendiskussion in Kapitel 5 verarbeitet.

4.3.1. Albuch-Wind Bürgerwindkraftwerk Gnannenweiler GmbH & Co. KG

Die 2008 gegründete Betreibergesellschaft Albuch-Wind Bürgerwindkraftwerk Gnannenweiler GmbH & Co. KG ist Eigentümer der Maschine 8 des Windparks Gnannenweiler in 89555 Steinheim am Albuch. Gesellschafter der GmbH & Co. KG sind die zeitgleich gegründete Albuch-Wind GmbH als Komplementärin sowie 82 Privatpersonen als Kommanditisten.

⁸³ Uli Rink, Geschäftsführer der Albuch-Wind Bürgerwindkraftwerk Gnannenweiler GmbH & Co. KG; Georg Hille, Geschäftsführer der SWE Bürgerwind I GmbH & Co. KG; Gerhard Borchers, Vorstand der Hohenlohe Wind eG; Dieter Hallmann, Vorstand der Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung eG.

⁸⁴ Vgl. Cassell/Symon, 2004, S. 21.

⁸⁵ Vgl. Atteslander, 2008, S. 132.

Initiiert wurde die finanzielle Bürgerbeteiligung von den Gesellschaftern der Albuch-Wind GmbH, Uli Rink und Bernd Junginger. Beweggrund war der als zu langsam empfundene Vollzug der bundesweiten Energiewende und das persönliche Bedürfnis nach Deckung des eigenen Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien. Obwohl sich während der gesamten Planungs- und Bauphase kein organisierter Widerstand regte, war die konkrete Nachfrage nach Gesellschaftsanteilen gering. Erst nach sieben Informationsveranstaltungen in der Region waren die 82 Kommanditisten gefunden. Die Gesamtkosten für die Enercon-Maschine Typ 82 mit 2 MW Leistung und 98 m Nabenhöhe beliefen sich auf 3,04 Millionen Euro, davon sind etwas mehr als 40 Prozent durch Eigenkapital finanziert. Ein Gesellschafteranteil liegt bei 5.000 Euro und entspricht einer Stimme; es konnten maximal 40 Anteile pro Person erworben werden.

4.3.2. SWE Bürgerwind I GmbH & Co. KG

Die Gesellschaft ist Eigentümer einer Windenergieanlage auf dem Weißmoos in 77978 Schuttertal. Die Enercon-Anlage des Typs 101 mit 3 MW und 135 m Nabenhöhe ersetzte im Wege des Repowering zwei alte Anlagen aus den 90er Jahren. Gesellschafter der GmbH & Co. KG sind die ecovision GmbH als Komplementärin sowie 20 Kommanditisten, darunter drei juristische Personen.

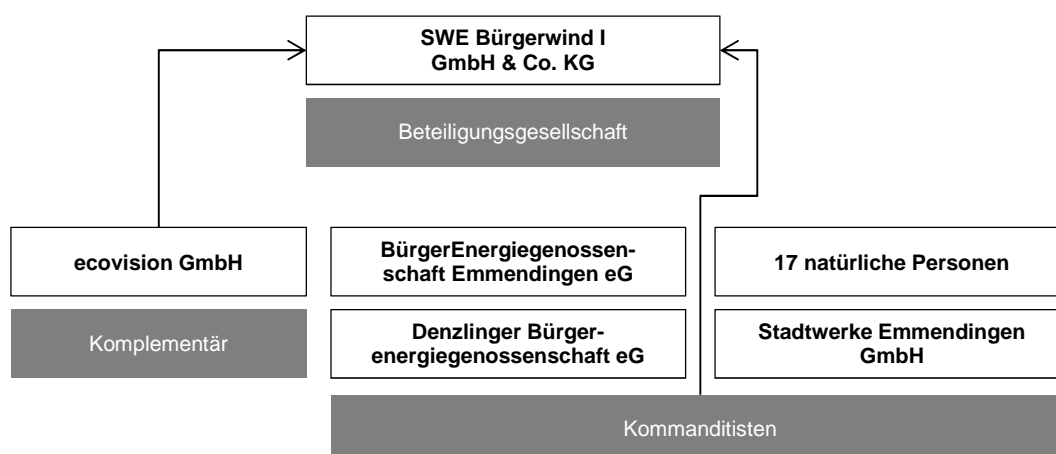


Abbildung 2 – Organigramm SWE Bürgerwind I GmbH & Co. KG, eigene Darstellung.

Initiiert wurde die finanzielle Bürgerbeteiligung durch die Komplementärin ecovision GmbH mit ihrem Geschäftsführer Georg Hille, die bereits seit

zwei Jahrzehnten Projekte im Bereich erneuerbarer Energien mit finanzieller Bürgerbeteiligung durchführt. Zielsetzung der ecovision GmbH ist es, den Menschen zu vermitteln, dass erneuerbare Energien klimatisch und langfristig auch finanziell zukunftsfähig sind. Die Beteiligung wird daher mit dem Hauptargument des Zusatzeinkommens für die Privatpersonen beworben. Die Nachfrage nach Beteiligungsanteilen war so hoch, dass die gesamten Investitionskosten in Höhe von 5,05 Millionen Euro mit Eigenkapital hätten gedeckt werden können; benötigt und gedeckt wurden schließlich nur 1,5 Millionen Euro. Die Mindestbeteiligung betrug für einen Kommanditisten 15.000 Euro, was 15 Anteilen und 15 Stimmen entspricht.

4.3.3. Hohenlohe Wind eG

Der Windpark in 74592 Kirchberg an der Jagst wird aus acht Vestas-Anlagen des Typs V126 mit jeweils 3,3 MW Leistung und 137 m Nabenhöhe bestehen und 2016 in Betrieb gehen. Die acht Windanlagen sind auf drei Betreibergesellschaften verteilt, die juristisch eigenständig sind, aber wirtschaftlich eine Einheit bilden. Die Hohenlohe Wind eG ist einer von rund 130 Kommanditisten des gesamten Windparks und ist juristisch an der Betreibergesellschaft Windenergie Kirchberg/Jagst GmbH & Co. KG beteiligt, die im Besitz von fünf der acht Anlagen ist. Die Hohenlohe Wind eG selbst zählt rund 170 Mitglieder und wird von den Vorständen Gerhard Borchers und Hans Henning Ley geführt.

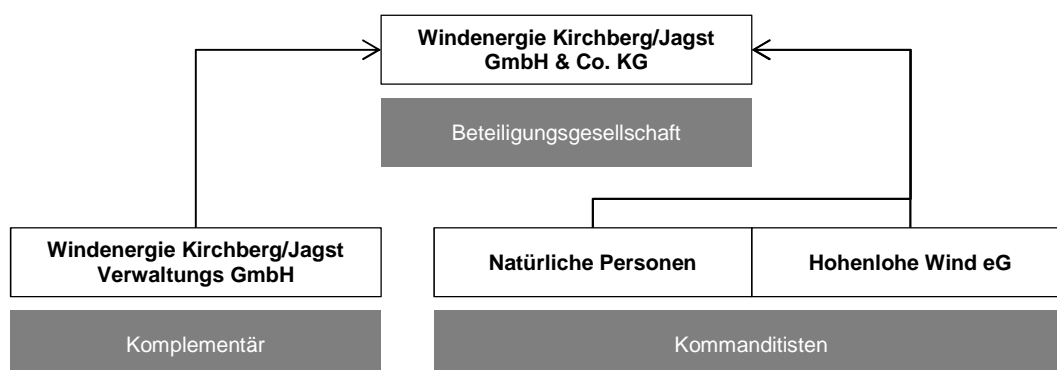


Abbildung 3 – Organigramm Windenergie Kirchberg/Jagst GmbH & Co. KG, eigene Darstellung.

Das Bürgerwindenergieprojekt wurde von Borchers gemeinsam mit einer Solarentwicklungsfirma und einem Windenergieprojektierer, der Firma reencon, initiiert. Die aus diesen drei Partnern gegründete Projektierungsgesellschaft, die die Planung- und Bauphase des Windparks Kirchberg koordiniert, wird nach Inbetriebnahme des Windparks im Jahr 2016 an die drei Betreibergesellschaften des Windparks verkauft. Ziel dieses Windparks ist die vollständige Regionalisierung der gesamten Wertschöpfungskette mit einer möglichst breiten Bürgerbeteiligung.

Die Nachfrage nach Beteiligungsanteilen an der Hohenlohe Wind eG war seit der Gründung 2012 lange gering, doch nach Erhalt der Genehmigung für den Windpark verdoppelten sich innerhalb von acht Wochen Kapital und Mitgliederzahl. Die Gesamtinvestitionskosten für den Windpark betrugen 43,6 Millionen Euro, davon werden insgesamt 11,2 Millionen Euro von rund 130 Kommanditisten erbracht. Die Hohenlohe Wind eG erbringt als größter Kommanditist durch die Genossenschaftsmitglieder 2,1 Millionen Euro Eigenkapital. Für Genossenschaftsmitglieder lag die Mindestbeteiligung bei 2.500 Euro, die Maximalbeteiligung bei 50.000 Euro. Diese Summe entspricht zugleich der Mindestbeteiligung eines Kommanditisten. 10.000 Euro Beteiligung entsprechen einer Stimme an der Betreibergesellschaft, sodass die Hohenlohe Wind eG über 210 Stimmen verfügt – rund 30 Prozent.

4.3.4. eG Ingersheim und Umgebung

Die Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung ist Eigentümer und Betreiber einer Enercon-Windenergieanlage des Typs E82 mit 2 MW Leistung und 138 m Nabenhöhe in 74379 Ingersheim. Die beiden Vorstände sind Dieter Hallmann und Jürgen Bothner, die diese Tätigkeit in ihrer Freizeit ausüben. Die Genossenschaft hat 360 Mitglieder, darunter nur eine juristische Person, den BUND.

Initiiert wurde die Planung der Windenergieanlage zunächst durch fünf Personen im Jahr 2002, die auch die Ausweisung einer Vorrangfläche auf der Ingersheimer Gemarkung in den Gemeinderat brachten. Bei der

Genossenschaftsgründung 2008 gab es elf Gründungsmitglieder. Ziel der genossenschaftlichen Bürgerbeteiligung war es, vielen Personen eine Beteiligung an erneuerbaren Energien zu ermöglichen, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen und dabei demokratisch zu handeln. Während die Gründungsmitglieder das finanzielle Risiko der Baugenehmigung privat trugen, wurde durch fünf Informationsveranstaltungen für die Beteiligung an Bau und Betrieb der Windenergieanlage geworben. Innerhalb eines halben Jahres wurden Beteiligungen in Höhe von 80 Prozent gesammelt, wobei die meisten Beteiligten nicht bei den Informationsveranstaltungen anwesend waren. Auch nach Abschluss der Beteiligungsphase war die Nachfrage noch vorhanden, da viele Personen erst nach sichtbarem Baubeginn auf die Windenergieanlage aufmerksam wurden. Die Gesamtkosten für die Windenergieanlage lagen bei 3,6 Millionen Euro, davon wurden 2,8 Millionen Euro durch finanzielle Bürgerbeteiligung als Eigenkapital erbracht. Die Mindestbeteiligung lag bei 2.500 Euro und konnte um jedes Vielfache dieses Betrags erhöht werden. Eine Maximalbeteiligung gab es nicht; einzelne Beteiligungen lagen jedoch trotz des Ein-Stimmen-Prinzips im sechsstelligen Bereich.

5. KRITERIEN ZUR MODELLAUSWAHL DER FINANZIELLEN BÜRGERBETEILIGUNG

Um abwägen zu können, welches Beteiligungsmodell – Genossenschaft oder GmbH & Co. KG – in einer konkreten Situation vorzuziehen ist, wurden in dieser Arbeit vier Kriterien erarbeitet, anhand derer ein Modellvergleich stattfinden kann. Im Folgenden werden diese Kriterien einzeln betrachtet und in ihrer Ausprägung bei den beiden Beteiligungsmodellen diskutiert. Bereichert wird dies durch die Meinungen und Erfahrungen der vier Experten, gekennzeichnet durch Namenservähnung oder indirekte Rede. Jede Kriteriumsdiskussion schließt mit einer zusammenfassenden Darlegung, welche Aspekte eher für oder gegen die GmbH & Co. KG beziehungsweise die eingetragene Genossenschaft sprechen.

5.1. Kriterium 1: Einflussgrad der Beteiligten

Dieses Kriterium wurde aus Arnsteins „*ladder of participation*“ (Kapitel 3.1) abgeleitet und betrachtet die vier Einflussgrade Information, Konsultation, Kooperation und Selbstbestimmung. Im Folgenden werden die Informations- und Einflussmöglichkeiten der finanziell Beteiligten auf die Organe der beiden Gesellschaftsformen gegenübergestellt.

Grundsätzlich kann das Informationsniveau von finanziell Beteiligten im Vergleich zu finanziell Nichtbeteiligten höher eingestuft werden, da sie Zutritt zu Gesellschafterversammlungen haben und dort Informationen aus erster Hand erhalten. Inhalt und Umfang der Informationen für finanziell Nichtbeteiligte sind abhängig vom Engagement der Initiatoren und geschäftsführenden Personen und unabhängig von der Gesellschaftsform. Obwohl die Genossen der Hohenlohe Wind eG finanziell Beteiligte sind, ist deren Informationsniveau aus folgendem Grund ebenfalls niedriger: Die Hohenlohe Wind eG ist selbst Kommanditistin und wird bei den Gesellschafterversammlungen der Betreiber-GmbH & Co. KG durch ihren Vorstand Borchers vertreten. Dieser gibt die Informationen bei der Generalversammlung der Genossenschaft weiter. Darunter leidet die wahrgenommene Verfahrensgerechtigkeit, da die Genossen Informationen nur aus zweiter Hand erhalten und die Geschäftsführung der GmbH & Co. KG nicht selbst befragen können.

Die Ausübung der Stimmrechte bei den Gesellschafterversammlungen und die Mitwirkung in einem Bei- oder Aufsichtsrat können der Ebene Kooperation zugeordnet werden, da hierbei direkter Einfluss auf die Geschäftsführung und deren Entscheidungen ausgeübt wird.

Bei einer GmbH & Co. KG ist die Anzahl der Stimmen pro Kommanditist abhängig von der Höhe seiner finanziellen Beteiligung: je höher die finanzielle Beteiligung, desto höher der Einflussgrad. Dies benachteiligt finanzschwache Kommanditisten, wie die folgende Tabelle zeigt:

GmbH & Co. KG	Mindestbeteiligung	Verhältnis zu Gesamtstimmen
SWE Bürgerwind I	15 Anteile zu je 1.000 €	15 Stimmen / 1.500 Stimmen = 1 %
Albuch-Wind Bürgerwindkraftwerk Gnannenweiler	1 Anteil zu je 5.000 €	1 Stimme / 313 Stimmen = 0,32 %

Die Einflussmöglichkeit über Stimmrechteausübung ist hier ohne hohe Kapitalbeteiligung sehr gering. Zugleich könnten einzelne Kommanditisten durch hohe Investitionen viel Einfluss erkaufen, somit in Entscheidungen dominieren und Kleininvestoren, auch wenn diese in der Mehrzahl sein sollten, überstimmen. Daher kann argumentiert werden, dass eine Stimmenverteilung gemäß Anteilshöhe die Verfahrensgerechtigkeit des Beteiligungsmodells GmbH & Co. KG senkt, weil der Einflussgrad auf Entscheidungen erkauft werden muss oder kann. Dies könnte aber durch eine Deckelung von Beteiligungsanteilen oder Stimmrechten entschärft werden.⁸⁶ In Gnannenweiler beträgt die Maximalbeteiligung 200.000 Euro mit 40 Stimmen, also 12,78 Prozent der Stimmrechte. Zudem verwies Geschäftsführer Uli Rink darauf, dass man Entscheidungen vollständig in die Hände der Kommanditisten legen könne, indem die Stimmenanteile der Komplementär-GmbH ausgesetzt würden. Dadurch erreichen die Kommanditisten den Einflussgrad der Selbstbestimmung, was zu einer Erhöhung der Verfahrensgerechtigkeit führt, da die finanziell Beteiligten alleine Entscheidungen treffen können. Alternativ zur Maximalbeteiligung schlägt Georg Hille, Geschäftsführer der SWE Bürgerwind I GmbH & Co.KG einen maximalen Stimmenanteil vor. So können Kommanditisten beliebig viel investieren, erhalten aber nur bis zu einer bestimmten Summe Stimmrechte. Diese beiden Begrenzungsvarianten können einen dominierenden Einfluss einzelner Kommanditisten zwar abschwächen, auf finanzstarke Investoren aber auch abschreckend wirken, was die Finanzierung des Windenergieprojekts erschweren würde.

⁸⁶ Vgl. Hentschel, 2012, S. 14.

Bei einer eG gilt das Ein-Stimmen-Prinzip: Jeder Genosse hat unabhängig von der Höhe seiner Investition nur eine Stimme. Dies ist im Sinne einer breiten Bürgerbeteiligung, da finanzschwache Genossen keine Einflussmöglichkeiten einbüßen. Bei wenig Kapitaleinsatz erhält man verhältnismäßig viel Mitspracherecht. Außerdem kann kein Genosse beherrschenden Einfluss ausüben, was bei der GmbH & Co. KG passieren kann. Andererseits ist anzumerken, dass Genossen mit hohem Kapitaleinsatz Einfluss abgeben, was zu Konflikten bei Abstimmungen führen könnte. Dieter Hallmann, Vorstand der eG Ingersheim, berichtet jedoch, dass es diesbezüglich nie Probleme oder Diskussionen gegeben habe, was seiner Ansicht nach auf die Bekanntheit des Ein-Stimmen-Prinzips durch die weitverbreiteten Volks- und Raiffeisenbanken zurückzuführen sei. Nicht abgeschätzt werden kann allerdings, inwiefern sich das Ein-Stimmen-Prinzip negativ auf die Investitionsentscheidung potenzieller Eigenkapitalgeber ausgewirkt hat. Eventuell hätten sich mehr Personen für eine Investition entschieden oder einzelne Investoren hätten mehr Geld investiert, wenn sie dafür mehr Stimmrechte erhalten hätten.

Der Einflussgrad Selbstbestimmung wird von den geschäftsführenden und kontrollierenden Organen der GmbH & Co. KG und der Genossenschaft eingenommen, da diese die Entscheidungen der alltäglichen Geschäftstätigkeit treffen. Über die Gesellschafter- oder Generalversammlung kann der einzelne Kommanditist oder Genosse nur indirekten Einfluss auf diese Entscheidungen ausüben, nämlich wenn sie mit Grundlagengeschäften zusammenhängen. Direkten Einfluss übt nur die Geschäftsführung, der Berat oder der Aufsichtsrat aus.

Die Geschäftsführung der GmbH & Co. KG ist für Kommanditisten kaum zugänglich. Diese ist per Gesetz der Komplementär-GmbH vorbehalten. Als Kommanditist müsste man also zugleich GmbH-Geschäftsführer sein, um den Einflussgrad Selbstbestimmung zu erreichen, wie Georg Hille als Geschäftsführer und Kommanditist der SWE Bürgerwind I GmbH & Co. KG. Dieser Weg steht jedoch den wenigsten Kommanditisten offen und ist

daher extrem eingeschränkt. Allerdings können die Kommanditisten von der GmbH-Geschäftsführung profitieren, da Dritte mit dem notwendigen Fachwissen eingestellt werden können.⁸⁷ Deren Professionalität könnte sich in der Wirtschaftlichkeit der GmbH & Co. KG und somit in der Höhe der Ausschüttungen für die Kommanditisten bemerkbar machen. Andererseits muss die Geschäftsführung das Wohl der haftenden Komplementär-GmbH in ihren Entscheidungen berücksichtigen, sodass Interessenkonflikte zulasten der Kommanditisten entstehen könnten.

Der Beirat einer GmbH & Co. KG ist für Kommanditisten zugänglicher, da die Beiräte von der Gesellschaftsversammlung aus ihrem Kreis gewählt werden. Jedoch ist die Errichtung eines Beirats freiwillig. Keine der beiden betrachteten GmbH & Co. KGen hat einen Beirat errichtet. So ist der Einflussgrad Selbstbestimmung hier eher schwer erreichbar.

Bei einer Genossenschaft ist der Zugang zu den Kontroll- und Entscheidungsorganen deutlich einfacher. Der geschäftsführende Vorstand sowie der obligatorisch zu errichtende Aufsichtsrat werden von der Generalversammlung aus dem Kreis der Genossen gewählt. Für die Genossen ist daran vorteilhaft, dass sich die gewählten Personen stark mit dem Genossenschaftszweck – der Windenergieanlage – identifizieren und finanziell selbst von der Qualität und Professionalität der Geschäftsführung beeinflusst sind. Werden die Geschäfte nicht gut geführt, wirkt sich dies auch auf ihre eigenen Genossenschaftsanteile negativ aus. Grundsätzlich kann sich also jeder Genosse für die Wahl zu einem der beiden Organe aufstellen lassen, um die Ebene Selbstbestimmung zu erreichen. Im Sinne der Verfahrensgerechtigkeit ist dies zwar positiv zu bewerten, da die Beteiligten einen hohen Einflussgrad auf Entscheidungen erreichen können. Georg Hille gibt jedoch zu bedenken, dass es im Kreis der Genossenschaftsmitglieder am notwendigen Fachwissen zur Betriebsführung einer Windenergieanlage mangeln könnte,⁸⁸ sodass der Vorstand

⁸⁷ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, 2013, S. 12; vgl. Zenke/Dessau, 2013, S. 290; vgl. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, 2013, S. 12.

⁸⁸ Vgl. hierzu auch Zenke/Dessau, 2013, S. 289 f.

dieses teuer einkaufen müsste, beispielsweise in Form von externen Beratern. Außerdem könnte die Gefahr bestehen, dass schwierige Entscheidungen aufgrund mangelnder emotionaler Distanz zu den anderen Mitgliedern vermieden werden, was zulasten der Betriebsführung gehen könnte und wiederum die Mitglieder finanziell beeinflusst.

Doch nicht immer kann ein Genosse einen höheren Einflussgrad erreichen als ein Kommanditist. Bei der Hohenlohe Wind eG hat der einzelne Genosse laut Vorstand Gerhard Borchers de facto keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Geschäftsführung der Windpark Kirchberg/Jagst GmbH & Co. KG. Die Genossenschaft als Ganzes habe durchaus Einfluss, da sie über 30 Prozent der Stimmrechte verfüge und somit nicht ohne weiteres überstimmt werden könne. Der einzelne Genosse habe aber eben keine Stimmrechte und könnten lediglich ihren Vorstand in der der Generalversammlung beauftragen, die Kommanditistenstimmrechte der Genossenschaft in bestimmter Weise bei der Gesellschafterversammlung der GmbH & Co. KG auszuüben. Darüber hinaus hätten sie lediglich Einfluss auf den Umgang mit dem an die Genossenschaft ausgeschütteten Kommanditanteil und auf die Vorstandswahl.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass ein finanziell beteiligter Bürger grundsätzlich bei einer Genossenschaft sowohl hinsichtlich der Stimmrechte als auch hinsichtlich seiner Zugangsmöglichkeiten zu Kontroll- und Geschäftsführungsorganen deutlichen höheren Einfluss auf Entscheidungen der Geschäftsführung genießt als bei einer GmbH & Co. KG. Dadurch lässt sich die wahrgenommene Verfahrensgerechtigkeit der Beteiligten steigern. Der Nachteil der Genossenschaft liegt in der beschränkten Personalauswahl für die Organe, was der Professionalität der Geschäftsführung abträglich sein könnte, und in der Verzerrung der Stimmrechte, die Konfliktpotenzial und abschreckende Wirkung besitzt.

Die GmbH & Co. KG bietet für Großinvestoren durch die angepassten Stimmrechte mehr Kontrolle über das eigene, investierte Kapital und kann

so die wahrgenommene Verfahrensgerechtigkeit erhöhen. Zudem können die Kommanditisten von der Professionalität der GmbH-Geschäftsführung profitieren. Nachteilig ist für Kommanditisten die geringe Einflussmöglichkeit bei niedriger finanzieller Beteiligung, was nicht im Sinne der Verfahrensgerechtigkeit ist. Außerdem besteht die Gefahr eines Interessenkonflikts zwischen Komplementär-GmbH und Kommanditisten.

5.2. Kriterium 2: Kreis der Beteiligten

Dieses Kriterium leitete sich aus den Überlegungen zur Zusammensetzung der Beteiligten in Kapitel 3.2 ab und beinhaltet zwei zu berücksichtigende Fragen: Soll die Anzahl der Beteiligten nach oben begrenzt werden? Und wenn ja, wie sollen die Beteiligten ausgewählt werden? Die Begrenzungsfrage ist relevant, da sie Zeit- und Kostenaufwand der Verwaltung der Beteiligungsgesellschaft beeinflussen. Die Selektionsfrage sucht nach bestimmten Voraussetzungen, etwa einem regionalen Bezug, bestimmtem Expertenwissen oder der Vertretung von politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen.

Von den vier Experten begrenzte nur Georg Hille von Beginn an die Anzahl der Beteiligten: 20 Kommanditisten, mit der Begründung, dadurch die Prospektpflicht⁸⁹ umgehen zu können. Die Selektion der Kommanditisten erfolgte über die im Kommanditvertrag der SWE Bürgerwind I GmbH & Co. KG festgelegten Bedingungen.⁹⁰ Damit sollte sichergestellt werden, dass erstens die Anwohner bevorzugt sowie zweitens die Altgesellschafter der durch Repowering ersetzten Windenergieanlagen finanziell entschädigt würden. Mit den anderen drei Bedingungen könnten gezielt Kommanditisten gesucht worden sein, die bisher schon in erneuerbare Energien investiert haben und aufgrund

⁸⁹ Die Veräußerung von Gesellschafteranteilen an der Betreibergesellschaft einer Windenergieanlage ist eine Vermögensanlage, für die ein Prospekt zu erstellen ist, das bestimmte Inhalte für die Investoren enthalten muss. Dieses Prospekt wird vom BaFin eingefordert und geprüft. Vgl. hierzu Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen, 2015.

⁹⁰ § 5 Kommanditvertrag: Ein Kommanditist muss entweder SWE-Kunde, Erstwohnsitzinhaber in 77978, Gesellschafter von SWE- oder ecovision Solarfonds, eine Genossenschaft oder ein Altgesellschafter der durch Repowering ersetzten Anlagen sein.

dieser Einstellung bevorzugt werden sollen. Durch die Bevorzugung von Anwohnern und Altgesellschaftern kann deren wahrgenommene Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit erhöht werden.

Die anderen drei Experten begrenzten die Beteiligtezahl nicht, da sie die Nachfrage nach Beteiligungsanteilen nicht abschätzen konnten. Jeder, der wollte, durfte sich beteiligen. Dieter Hallmann schloss die Mitgliederaufnahme der eG Ingersheim und Umgebung aus Verwaltungsgründen bei 360 Mitgliedern, sodass diejenigen, die sich zuerst anmeldeten, den Zuschlag bekamen. Die anderen beiden Experten nahmen bis Ablauf der Finanzierungsfrist alle Beteiligungswilligen auf. Diese Nichtbegrenzung kann die wahrgenommene Verfahrensgerechtigkeit erhöhen, da die finanzielle Beteiligung grundsätzlich allen Interessierten offen stand.

Auffallend ist, dass die GmbH & Co. KGen deutlich weniger Kommanditisten aufweisen, als die Genossenschaften Mitglieder haben. Die 82 Kommanditisten der Albuch-Wind Bürgerwindkraftwerk Gnannenweiler GmbH & Co. KG sind ausschließlich natürliche Personen, die laut Geschäftsführer Uli Rink überwiegend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis stammen. An der SWE Bürgerwind I GmbH & Co. KG sind neben 17 natürlichen Personen die Bürgerenergiegenossenschaften Emmendingen und Denzlingen sowie die Stadtwerke Emmendingen beteiligt, also juristische Personen in unmittelbarer Standortnähe, die eng mit dem Sektor Erneuerbare Energien verbunden sind. Im Gegensatz dazu gewann Vorstand Gerhard Borchers 180 natürliche Personen als Mitglieder der Hohenlohe Wind eG, die zu 80 Prozent aus dem Landkreis Schwäbisch Hall, zu 20 Prozent aus den benachbarten Landkreisen kommen, jedoch keine juristischen Personen. Allerdings seien neben der Hohenlohe Wind eG drei⁹¹ weitere juristische Personen als Kommanditisten am Windpark beteiligt, die eng mit dem Sektor Erneuerbare Energien, aber weniger stark mit der Region verbunden sind – was möglicherweise in Kauf genommen wurde, um mit deren hohen

⁹¹ Die Stadtwerke Crailsheim, das Unternehmen ecoSWITCH und die Energiegenossenschaft Energie + Umwelt aus dem Neckar-Odenwald-Kreis.

Investitionsbeträgen eine bessere Eigenkapitalquote für die Finanzierung des Windparks zu erreichen. Unter den 360 Mitgliedern der eG Ingersheim und Umgebung ist nur eine juristische Person, der BUND. 75 Prozent der Mitglieder kommen laut Vorstand Dieter Hallmann aus Ingersheim und den umliegenden Gemeinden.

Die hohe Mitgliederzahl der Genossenschaften könnte auf das Einstimmen-Prinzip und vereinfachte Entscheidungsprozesse zurückzuführen sein. Allerdings scheinen sich juristische Personen eher an einer GmbH & Co. KG als an einer Genossenschaft zu beteiligen. Hierfür könnte der Grund in der Stimmrechteverteilung liegen: Da juristische Personen in der Regel aus mehreren natürlichen Personen bestehen, kann man annehmen, dass eine juristische Person mehr Eigenkapital einbringt als eine natürliche Person und somit mehr Stimmrechte an einer GmbH & Co. KG hat. Zur Erhöhung der Verfahrensgerechtigkeit kann es aber sinnvoll sein, bestimmte juristische Personen, beispielsweise lokale Interessengruppen oder Unternehmen, zu beteiligen. Dafür scheint eine GmbH & Co. KG empfehlenswerter zu sein.

Bezüglich der Herkunft der Beteiligten scheint die Rechtsform keine Auswirkungen zu haben. Alle Experten gaben an, gezielt in der Standortgemeinde und deren Umgebung für die finanzielle Beteiligung geworben zu haben, da sie vor allem Bürger aus der Region beteiligen wollten. Auch andere Selektionsbedingungen als Herkunft können grundsätzlich bei beiden Rechtsformen angewandt werden; doch ob dies durchführbar ist, hängt offenbar von der Nachfrage nach Beteiligungsanteilen ab. Da GmbH & Co. KGen tendenziell weniger Beteiligte haben, könnte sich dort eher ein Nachfrageüberhang ergeben, bei dem Selektionsmaßnahmen eingesetzt werden können.

5.3. Kriterium 3: Verwaltungsaufwand der Geschäftsführung

Dieses Kriterium wurde aus den Rechtsgrundlagen in Kapitel 4.2.3 und aus den Erfahrungen der Experten abgeleitet. Zeit- und Kostenaufwand für die Verwaltung von Genossenschaften und GmbH & Co. KGen werden

von den Gründungsmodalitäten, der Mitgliederverwaltung und den Buchführungspflichten bestimmt. Die unterschiedlichen Regelungen für die beiden Rechtsformen werden im Folgenden dargelegt und bewertet.

GmbH & Co. KG (siehe 4.2.1)	Genossenschaft (siehe 4.2.2)
Komplementär-GmbH – Notariell beurkundeter Gesellschaftsvertrag – Stammkapital – Eintragung Handelsregister	– Schriftliche Satzung (= Gesellschaftsvertrag) – Mitgliedschaftsantrag bei Genossenschaftsverband – Prüfung durch Genossenschaftsverband – Eintragung ins Genossenschaftsregister
GmbH & Co. KG – Formfreier Gesellschaftsvertrag – Eintragung ins Handelsregister inkl. Namen und Anteilshöhe aller Gesellschafter ⁹² – Prospektpflicht: Erstellung Verkaufsprospekt	

Die obige Tabelle zu Gründungsmodalitäten zeigt, dass bei einer GmbH & Co. KG – wie im Falle der Albuch-Wind Bürgerwindkraftwerk Gnannenweiler GmbH & Co. KG – zwei Gesellschaftsgründungen notwendig werden können, was mehr Kosten verursacht. Bei der Genossenschaft entfällt dies ebenso wie die Prospektpflicht⁸⁹. Sowohl die Albuch-Wind Bürgerwindkraftwerk Gnannenweiler GmbH & Co. KG als auch die Windpark Kirchberg/Jagst GmbH & Co. KG erstellten ein Verkaufsprospekt. Laut Gerhard Borchers beliefen sich die Kosten auf rund 70.000 Euro zuzüglich Druckkosten. Georg Hille schätzte, die Erstellung eines Verkaufsprospekts hätte die Verwaltungskosten der SWE Bürgerwind I GmbH & Co. KG verdoppelt, weswegen man mit der Begrenzung auf 20 Kommanditisten bewusst die Bagatellgrenze⁹³ unterschritten habe. Diese Maßnahme funktioniert aber nur, wenn die wenigen Kommanditisten gemeinsam das notwendige Eigenkapital aufbringen können – viele Privatpersonen werden sich dies wohl nicht leisten können. Eine Lösung wäre die Beteiligung mehrerer juristischen Personen, wie Genossen-

⁹² Siehe Kapitel 4.2.1.

⁹³ „Die Bagatellgrenze greift laut Vermögensanlagegesetz, wenn das Angebot von vorneherein auf 20 Anteile beschränkt ist, der Preis jedes Anteils mindestens 200.000 Euro oder die Summe aller angebotenen Anteile nicht mehr als 100.000 Euro je 12 Monate beträgt. [...] Ausgenommen von der Prospektpflicht sind außerdem Genossenschaftsanteile.“ EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 16.

schaften, an denen sich natürliche Personen mit geringeren Beträgen beteiligen können. Wie in Kapitel 5.1 beschrieben, führt diese zweistufige Struktur allerdings zu Einbußen beim Einflussgrad der Genossenschaftsmitglieder auf die GmbH & Co. KG und ist daher nicht im Sinne der Verfahrensgerechtigkeit.

Im Gegensatz zur GmbH & Co. KG erfährt die Genossenschaft eine Belastung durch den Genossenschaftsverband. Neben der Gründungsprüfung erfolgt mindestens zweijährlich eine weitere Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Genossenschaft, die laut Hallmann aufgrund der neutralen Stellung bei den Genossenschaftsmitgliedern zusätzliches Vertrauen schafft. Auch Gerhard Borchers sieht im Genossenschaftsverband jedoch ein zusätzliches, unterstützendes Kontrollorgan. Allerdings moniert Hallmann, die eG Ingersheim und Umgebung werde wegen ihrer Größe jährlich geprüft, was erheblichen Zeit- und Kostenaufwand verursache.

In der Mitgliederverwaltung profitiert die GmbH & Co. KG zunächst von der Tendenz, weniger beteiligte Personen aufzuweisen als eine Genossenschaft (siehe Kapitel 5.2). Laut Georg Hille verursacht jede Person dieselben Kosten pro Jahr, sodass die Verwaltungskosten bei einer GmbH & Co. KG mit weniger Beteiligten entsprechend niedriger seien als bei einer Genossenschaft. Beispielsweise monierte Gerhard Borchers, dass er jedes der 180 Hohenlohe Wind eG-Mitglied selbst erfasst und die Abbuchungen der Genossenschaftsanteile vorgenommen habe. Bei niedrigen Anteilen meldeten sich umso mehr Mitglieder an und erhöhten so den Verwaltungsaufwand. Dieter Hallmann steht vor dem Problem, in Ingersheim keine Halle zu finden, die groß genug für die Generalversammlung der 360 Genossenschaftsmitglieder ist.

Aus buchhalterischer Sicht müssen sowohl die GmbH & Co. KG als auch die Genossenschaft mindestens einen Jahresabschluss und einen Lagebericht erstellen. Für die Komplementär-GmbH der GmbH & Co. KG

muss jedoch ein separater Jahresabschluss gemacht werden und je nach Größe können gemäß § 264a HGB weitere Buchführungspflichten für die GmbH & Co. KG anfallen. Insgesamt fällt so mehr Verwaltungsaufwand für die Geschäftsführung an als bei einer Genossenschaft. Allerdings ist die Handhabung der Ausschüttungen an die Kommanditisten einfacher: Steuerlich gilt die finanzielle Beteiligung an der GmbH & Co. KG als Einnahme aus Gewerbebetrieb, sodass jeder Kommanditist eine Teilsteuererklärung des Betriebsergebnisses erhält – der Mehraufwand in Vergleich zur ohnehin erstellten Steuererklärung der Gesellschaft bleibt überschaubar. Die Einnahmen aus der finanziellen Beteiligung an einer Genossenschaft werden steuerlich wie Kapitalerträge behandelt. Vorstand Gerhard Borchers erläutert, er müsse für alle 180 Mitglieder der Hohenlohe Wind eG selbst Kapitalertragsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag mithilfe einer teuren Software berechnen und an das Finanzamt abführen. Dieser Mehraufwand wiegt für eine Genossenschaft schwer, denn diese wird in der Regel ehrenamtlich geführt, sodass alle Verwaltungshandlungen in der Freizeit und unentgeltlich übernommen werden.⁹⁴ Vorstand Gerhard Borchers meint, dieser Verwaltungsaufwand sei ehrenamtlich auf Dauer nicht zu bewältigen, weswegen er überlegt, die Genossenschaftsverwaltung an eine andere Kommanditisten-GmbH abzugeben. Die GmbH & Co. KG hat hingegen meist eine hauptamtliche Geschäftsführung und ist daher nicht auf das Engagement von Einzelpersonen angewiesen.⁹⁵ Dieser Aufwand kann von einer hauptamtlichen Geschäftsführung besser gestemmt werden, weil hierfür Personen mit den notwendigen Kenntnissen eingestellt werden können.

Zusammenfassend haben beide Rechtsformen mit hohem Gründungsaufwand zu kämpfen: Die Genossenschaft braucht den Genossenschaftsverband, die GmbH & Co. KG benötigt eine Komplementär-GmbH und ein

⁹⁴ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, 2013, S. 12.

⁹⁵ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, 2013, S. 12.

Verkaufsprospekt. Die höheren Mitgliederzahlen führen bei der Genossenschaft zu größeren Verwaltungsaufwendungen im laufenden Betrieb, dafür muss die GmbH & Co. KG umfassendere Buchführungspflichten erfüllen. Insgesamt ist der Verwaltungsaufwand bei beiden Beteiligungsmodellen hoch, was für die Genossenschaft allerdings schwerer wiegt als für die GmbH & Co. KG: Aufgrund der ehrenamtlichen Geschäftsführung besteht eher die Gefahr, dass es an Zeit oder Fachkenntnis mangelt, worunter letztendlich die Beteiligten leiden könnten. Daher scheint eine GmbH & Co. KG mit hauptamtlicher Geschäftsführung eher im Sinne der Beteiligten zu sein

5.4. Kriterium 4: Finanzieller Einsatz der Beteiligten

Dieses Kriterium wurde ebenfalls aus den Rechtsgrundlagen in Kapitel 4.2.3 und aus den Erfahrungen der Experten abgeleitet und enthält Aspekte, die auf die finanzielle Situation der Beteiligten einwirken können. Zunächst wird nach dem Insolvenz- und Haftungsrisiko der Investition gefragt. In diesem Zusammenhang sind auch die Höhe der Beteiligungsbeträge sowie das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital interessant. Schließlich werden die Auswirkungen der unterschiedlichen Modellbesteuerung betrachtet.

Die *Agentur für Erneuerbare Energien* erklärt, die Genossenschaft sei mit einem statistischen Insolvenzrisiko von 0,1 Prozent die sicherste Rechtsform in Deutschland, was auch auf die zusätzliche Prüfung durch den Genossenschaftsverband zurückzuführen sei.⁹⁶ Demnach sollte das Vermögen der Beteiligten bei einer Genossenschaft besser aufgehoben sein als bei einer GmbH & Co. KG.

Bezüglich der Haftungsregelungen besteht zwischen den beiden Rechtsformen kein gewichtiger Unterschied, da die Haftung für alle Beteiligten de facto auf ihre Kapitaleinlage begrenzt ist. Zwar haftet die Komplementär-GmbH der GmbH & Co. KG persönlich, also mit ihrem

⁹⁶ Vgl. Agentur für Erneuerbare Energien e.V./DGRV-Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband, 2013, S. 12.

gesamten Gesellschaftsvermögen – das Privatvermögen der natürlichen Gesellschafter der Komplementär-GmbH wird jedoch nicht berührt.

Das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital bei der Finanzierung der Windenergieanlage wird individuell gewählt. In den Interviews wurden zwei unterschiedliche Überlegungen diesbezüglich geäußert, die aber nicht von der Rechtsform der Beteiligungsgesellschaft abzuhängen scheinen, sondern schlichtweg Rendite und Risiko der Beteiligten gegeneinander abwägen. Georg Hille sammelte mit der SWE Bürgerwind I GmbH & Co. KG 30 Prozent Eigenkapital für die 5,05 Millionen Euro Gesamtkosten. Zwar hätte die hohe Nachfrage an Beteiligungsanteilen die Gesamtkosten decken können, doch wegen des Leverage-Effektes⁹⁷ entschied er sich gegen die Erhöhung des Eigenkapitalanteils. Vorstand Dieter Hallmann deckte mit der eG Ingersheim und Umgebung 80 Prozent der 3,6 Millionen Euro Gesamtkosten durch Eigenkapital, da er finanziell weitgehend unabhängig von Fremdkapitalgebern sein und maximale Stabilität sowie minimales Risiko erreichen wollte. Dies begründete er damit, dass die eG Ingersheim und Umgebung die erste genossenschaftliche Windenergieanlagenbetreiberin in Deutschland gewesen sei, weswegen keine Erfahrungswerte zur Beurteilung des wirtschaftlichen Risikos für Fremdkapitalgeber vorlagen. Doch mit dieser hohen Eigenkapitalquote habe er keine Probleme mit der Fremdfinanzierung gehabt.

Die Höhe der Mindestbeteiligungen beeinflusst die Anzahl der Personen, die sich diese leisten können – je niedriger die Anteile kalkuliert sind, desto mehr Personen können sich beteiligen.⁹⁸ Die eG Ingersheim und Umgebung und die Hohenlohe Wind eG legten 2.500 Euro als Mindestbeteiligung fest. Vorstand Gerhard Borchers meint, dieser Betrag sei noch

⁹⁷ Je nach Höhe des Fremdkapitalzinssatzes kann es sich lohnen, nur einen Teil des verfügbaren Eigenkapitals zu investieren, der dann eine höhere Eigenkapitalrendite erzielt. Das nicht investierte Eigenkapital kann dann anderweitig zu einem passenden Zinssatz angelegt werden und zusätzliche Einnahmen generieren. Vgl. Gabler Wirtschaftslexikon, 2015.

⁹⁸ Vgl. Zenke/Dessau, 2013, S. 289 f; Kaler/Kneuper, 2012, S. 791 f.

für viele Leute leistbar und halte zugleich den Verwaltungsaufwand in Grenzen. An der Bürgerenergiegenossenschaft Emmendingen hingegen, die wie die Hohenlohe Wind eG selbst Kommanditist ist, kann man sich bereits mit 200 Euro beteiligen. Dieser niedrige Betrag gründet aber möglicherweise darauf, dass dort nur eine Anlage finanziert wurde, während die Hohenlohe Wind eG an einem Windpark mit acht Anlagen beteiligt ist, der entsprechend mehr Eigenkapital benötigt.

Die Kommanditisten investieren höhere Mindestbeteiligungen: 5.000 Euro in die Albuch-Wind Bürgerwindkraftwerk Gnannenweiler GmbH & Co. KG, 15.000 Euro in die SWE Bürgerwind I GmbH & Co. KG und sogar 50.000 Euro in die Windpark Kirchberg/Jagst GmbH & Co. KG. In den vier Beispielprojekten sind bei den Genossenschaften niedrigere Mindestbeteiligungen zu finden als bei den GmbH & Co. KGen. Wahrscheinlich sind die niedrigen Mindestbeträge auf den Grundgedanken der Genossenschaft zurückzuführen, finanziell Schwache zu unterstützen.⁹⁹ Allerdings könnte auch das Ein-Stimmen-Prinzip den Anreiz senken, höhere Beträge zu investieren. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die wahrgenommene Verteilungsgerechtigkeit durch eine Genossenschaft besser erhöht werden kann als durch eine GmbH & Co. KG, da sich mehr Personen eine Beteiligung leisten können und der finanzielle Nutzen aus dem Anlagenbetrieb somit auf mehr Personen verteilt werden kann.

Schließlich werden die beiden Beteiligungsmodelle auch unterschiedlich besteuert. Die GmbH & Co. KG ist eine Personengesellschaft, erhält bei der Gewerbesteuer daher einen Freibetrag in Höhe von 24.500 Euro (§ 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GewStG). Die Kommanditisten, sofern sie natürliche Personen sind, versteuern ihre Ausschüttungen als Einkünfte aus Gewerbebetrieben über ihre Einkommensteuer (siehe Kapitel 4.2.1). Daher können Kommanditisten auch Verluste steuerlich absetzen. Geschäftsführer Uli Rink findet, dies sei vorteilhaft, da Verluste gerade in den ersten Betriebsjahren einer Windenergieanlage vorkämen.

⁹⁹ Vgl. Geschwandtner, 2007, S. 22.

Die Genossenschaft wird hingegen steuerlich wie eine Kapitalgesellschaft behandelt.¹⁰⁰ Der Freibetrag bei der Gewerbesteuer entfällt, zusätzlich muss Körperschaftsteuer entrichtet werden (§ 1 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 KStG). Der Steuersatz liegt bundesweit bei 15 Prozent (§ 23 Abs. 1 KStG). Damit liegt eine Doppelbesteuerung vor, die Vorstand Dieter Hallmann als deutlichen Nachteil dieser Rechtsform einstuft. Die Genossenschaftsmitglieder müssen die Einkünfte aus der Genossenschaft als Kapitalerträge versteuern, sodass neben der Kapitalertragsteuer auch Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer abgehen. Allerdings besteht pro Person ein Freibetrag in Höhe von 801 Euro pro Jahr, der für sämtliche Kapitalerträge gilt. Vorstand Gerhard Borchers meint, bei Mehrzahl der Personen sei – abhängig von der Höhe des individuellen Einkommensteuersatzes – die Nachsteuerrendite des investierten Eigenkapitals bei einer Genossenschaft schlechter als bei einer GmbH & Co. KG, was er als großen Nachteil der Genossenschaft sieht. Schlussendlich bedeutet dies, dass die finanzielle Beteiligung an einer Genossenschaft im Verhältnis weniger Einnahmen generiert als die Beteiligung an einer GmbH & Co. KG. Die Verteilungsgerechtigkeit wird also bei einer GmbH & Co. KG-Beteiligung besser bedient als bei Genossenschaft.

Zusammenfassend liegt der Vorteil der Genossenschaft bei niedrigen Insolvenzquote und den geringen Mindestbeteiligungsbeträgen, sodass Verteilungsgerechtigkeit für viele Personen geschaffen werden kann. Allerdings ist die Genossenschaft steuerlich gegenüber der GmbH & Co. KG benachteiligt, sodass das, was tatsächlich an die Beteiligten verteilt wird, im Verhältnis niedriger ist als bei einer GmbH & Co. KG. Diese hat zudem den Vorteil, dass nicht nur Einnahmen, sondern auch Verluste versteuert werden können. Die hohen Mindestbeteiligungsbeträge für Kommanditisten sind allerdings weder im Sinne der Verfahrens- noch der Verteilungsgerechtigkeit, da sie die Anzahl der Beteiligten senken.

¹⁰⁰ Vgl. Geschwandtner, 2007, S. 75.

5.5. Zusammenfassende Handlungsempfehlung

Das Beteiligungsmodell GmbH & Co. KG eignet sich, basierend auf der betrachteten Literatur und ausgehend von den Erfahrungen der Experten eher, wenn viel Kapital akquiriert und von wenigen Entscheidungsträgern verwaltet werden soll. Durch die anteilsabhängige Stimmenvergabe und den Ausschluss der Kommanditisten von der Geschäftsführung können gerade Kleininvestoren kaum Einfluss auf Entscheidungen nehmen. Die wahrgenommene Verfahrensgerechtigkeit könnte bei den Beteiligten zwar erhöht werden, allerdings hat das Beteiligungsmodell Genossenschaft hier höheres Potenzial. Die wahrgenommene Verteilungsgerechtigkeit dürfte sich für die finanziell Beteiligten durch die Teilhabe an Ausschüttungen ebenfalls erhöhen, jedoch ist die Zahl der Profitierenden regelmäßig geringer als bei einer Genossenschaft.

Das Beteiligungsmodell Genossenschaft scheint sich eher zu eignen, wenn eine große Anzahl von Privatpersonen beteiligt werden soll. Es kann zur Erhöhung der wahrgenommenen Verfahrensgerechtigkeit beitragen, da das Ein-Stimmen-Prinzip (Einflussgrad Kooperation) und zugängliche Organe (Einflussgrad Selbstbestimmung) den Beteiligten gute Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungsprozesse einräumen. Durch die niedrige Insolvenzquote, geringe Mindestbeteiligungsbeiträge und Kapitalerträge aus der finanziellen Beteiligung lässt sich auch die wahrgenommene Verteilungsgerechtigkeit erhöhen. Zu bedenken sind jedoch insbesondere die negativen Aspekte Professionalität der Geschäftsführung, Stimmrechteverzerrung und Kapitalakquise. Die niedrigen Mindestbeteiligungsbeiträge führen dazu, dass sehr viele Privatpersonen als Beteiligte gewonnen werden müssten, um ein Windrad finanzieren zu können, was allerdings den Verwaltungsaufwand deutlich steigert. Daher sollten verstärkt juristische Personen als Genossen gewonnen werden. Insbesondere würden sich Kommunen und Stadtwerke anbieten, da deren Vertreter einerseits für die Geschäftsführung der Genossenschaft wertvolles Fachwissen einbringen könnten. Andererseits dürfte das Konfliktpotenzial aufgrund der Stimmrechteverzerrung bei diesen juristischen Personen geringer sein, da deren Beteiligung eher die

Umsetzung der Energiewende zum Ziel haben dürfte. Auch Naturschutzorganisationen, wie der BUND bei der eG Ingersheim und Umgebung, wäre daher eine mögliche Zielgruppe.

6. AUSBLICK

Im Rahmen der Energiewende hat sich die Landesregierung Baden-Württembergs, wie in der Einleitung geschildert, für finanzielle Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen ausgesprochen. Ziel dieser Arbeit war es daher, herauszufinden, welches der beiden gängigen Beteiligungsmodelle GmbH & Co. KG und eingetragene Genossenschaft für die Realisierung finanzieller Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen besser geeignet ist. Zunächst wurde herausgearbeitet, dass ein Beteiligungsmodell darauf abzielen sollte, die wahrgenommene Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit von betroffenen Interessengruppen zu erhöhen. Es wurde dargelegt, dass dies durch die Schaffung von Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungsprozesse (Verfahrensgerechtigkeit) und finanzielle Teilhabe an Betriebserträgen (Verteilungsgerechtigkeit) der Betreibergesellschaften von Windenergieanlagen realisiert werden kann. Der Vergleich der beiden gängigsten Beteiligungsmodelle hat gezeigt, dass eine eingetragene Genossenschaft besser geeignet ist als eine GmbH & Co. KG, eine breite Bürgerbeteiligung zu bieten. Die Verfahrensgerechtigkeit wird durch die hohe Anzahl Beteiligter sowie den Zugang zu Gesellschaftsorganen mit hohen Einflussgraden erhöht. Die Verteilungsgerechtigkeit wird durch die niedrigen Mindestbeteiligungsbeträge begünstigt. Zwar verbleiben einige Nachteile dieses Beteiligungsmodells; diese könnten jedoch durch Mitwirkung von Kommunen und Stadtwerken begrenzt werden. Das sieht auch die Landesregierung so, die im Windenergieerlass explizit auf eine solche aktive Mitwirkung hinweist.¹⁰¹ Diese ist auch notwendig, denn die Energiewende erfordert viele kleine, lokale Energieerzeugungsanlagen¹⁰², um den Strombedarf der Bundesrepublik ohne Atomkraft decken zu können. Bei deren

¹⁰¹ Vgl. Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des UM, MLR, MVI und MFW, 2012, S. 6.

¹⁰² Beispielsweise Photovoltaikanlagen, Blockheizkraftwerke, Biogasanlagen, etc.

Errichtung kommt den Kommunen und Stadtwerken eine Schlüsselrolle zu, denn sie stehen in direktem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, den Initiatoren solcher Projekte und den Grundbesitzern, können diese unterstützen und gemeinsam Konzepte zur nachhaltigen, lokalen Energieversorgung entwickeln, die auch individuelle Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang sind gesellschaftliche Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern für die Finanzierung von Energieerzeugungsanlagen unentbehrlich. Da diese Arbeit die Eignung von Genossenschaften für Windenergieanlagen hinsichtlich wahrgenommener Verfahrensgerechtigkeit aus theoretischer Sicht hervorgehoben hat, könnte man nun empirisch untersuchen, inwiefern sich die Einstellung von Anwohnern einerseits und Genossenschaftsmitgliedern andererseits gegenüber Windenergie durch das Beteiligungsangebot Genossenschaft verändert hat. Interessant wäre auch ein empirischer Vergleich der wahrgenommenen Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit von Genossen und Kommanditisten auf Basis des Modellvergleichs in Kapitel 5.

Verfahrens- und verteilungsorientierte Bürgerbeteiligung wird dabei jedoch stets zu berücksichtigen sein, denn ohne die Bereitstellung geeigneter Flächen und finanzieller Mittel wird die bundesweite Energiewende nicht rechtzeitig und flächendeckend zu vollziehen sein.

Anhang I – Fragebogen für Experteninterviews

„Finanzielle Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen – Kriterien zur
Modellauswahl“
- Interviewleitfaden -

1. FRAGEN ZU BETEILIGTEN AKTEUREN

- 1.1. Wer hat die Implementierung der Windenergieanlage initiiert? Welche Interessengruppen/Institutionen waren bzw. sind maßgeblich an der Planung, Bau und Betrieb beteiligt?
- 1.2. Wie haben Sie die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Windenergieanlage vor und nach der Inbetriebnahme wahrgenommen? Wie äußerte sich dies?
(*Falls negative Einstellung*: Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Einstellung zu verändern?)
- 1.3. Wie hoch war die Nachfrage der Bürger nach Beteiligungsanteilen?
(*Bei Nachfrageüberhang*: Gab es bestimmte Kriterien, nach denen die Beteiligten ausgewählt wurden?)
- 1.4. Wie viele Personen sind an der Anlage beteiligt? Sind auch juristische Personen beteiligt? Wenn ja, welche?

2. FRAGEN ZUR FINANZIERUNG

- 2.1. Wie hoch war die Investitionssumme für die Windenergieanlage?
- 2.2. Welcher Anteil an der Gesamtinvestition wird durch finanzielle Bürgerbeteiligung (Genossenschaftsmitglieder bzw. Kommanditisten) abgedeckt? Wie viel ist fremdfinanziert?
- 2.3. Wie hoch ist der Mindest- bzw. Maximalbeteiligungsbetrag pro Person? Weshalb wurden gerade diese Beträge festgesetzt?

3. FRAGEN ZUR BÜRGERBETEILIGUNG

- 3.1. Wie kam es zu der Idee, die Möglichkeit der finanziellen Bürgerbeteiligung zu schaffen? (z. B. Nachfrage, Aktivität einer Bürgerinitiative, etc.)
- 3.2. Welche Ziele wurden mit der finanziellen Bürgerbeteiligung verfolgt?
- 3.3. Welche Gründe sprachen dafür, die Beteiligungsgesellschaft in der von Ihnen gewählten Rechtsform (Genossenschaft/GmbH & Co. KG) zu organisieren?
Gab es auch Gründe, die gegen die Rechtsform sprachen?
- 3.4. Welche (positiven und negativen) Erfahrungen haben Sie seit der Gesellschaftsgründung mit dieser Rechtsform gemacht?
- 3.5. Wie beurteilen Sie die Einflussmöglichkeiten der finanziell beteiligten Bürger auf die Beteiligungsgesellschaft im Allgemeinen und auf die Geschäftsführung im Speziellen?
- 3.6. Gab oder gibt es neben der finanziellen Beteiligung auch noch andere Möglichkeiten für die Bürger, sich an Planungs-, Bau- und Betriebsphase der Anlage zu beteiligen? (z. B. Umfragen, Bürgergutachten)

Anhang II – Gedächtnisprotokoll Gnannenweiler

Interview mit Herrn Uli Rink am 10.07.2015 – Tonaufzeichnung war nicht möglich

1. FRAGEN ZU BETEILIGTEN AKTEUREN

- 1.1. Wer hat die Implementierung der Windenergieanlage initiiert? Welche Interessengruppen/Institutionen waren bzw. sind maßgeblich an der Planung, Bau und Betrieb beteiligt?

Nach Vorliegen der Baugenehmigung 2008 wurden die Albuch-Wind GmbH und die Betreibergesellschaft Albuch-Wind Bürgerwindkraftwerk Gnannenweiler GmbH+Co.KG durch Uli Rink und Bernd Junginger gegründet. Initiiert wurde die Anlage von Uli Rink, der bereits seit dem Jahr 2000 im Bereich Windenergieanlagen beruflich tätig ist. In der Planungs- und Bauphase waren Rink und Junginger Bauherren, die Maschine selbst ist eine Fertigung der Enercon (Typ E-82, 2 MW, 98 m Nabenhöhe).

- 1.2. Wie haben Sie die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Windenergieanlage vor und nach der Inbetriebnahme wahrgenommen? Wie äußerte sich dies?

Es gab keinen organisierten Widerstand gegen das Projekt (etwa in Form von Bürgerinitiativen). Das gesamte Genehmigungsverfahren ging reibungslos über die Bühne, sowohl von Verwaltungs- als auch von Anwohnerseite. Allerdings galt damals noch die alte Gesetzgebung. Ob die Genehmigung nach heutigen Standards erteilt würde, ist unklar.

Bei der späteren Süderweiterung des Parks, an der die Albuch Wind jedoch nicht beteiligt ist, regt sich Widerstand bezüglich des Abstandes zur Wohnbebauung. Man hätte gerne das „bayrische Modell“ – 2 km Mindestabstand. Der Windpark befindet sich auf einer Windvorrangfläche.

- 1.3. Wie hoch war die Nachfrage der Bürger nach Beteiligungsanteilen?

Nicht besonders. Die politisch und gesellschaftlich aktiv für Windkraft werbenden Personen waren überraschenderweise kaum für eine private Beteiligung zu gewinnen. Sieben oder acht Informationsveranstaltungen waren nötig, um genügend Privatpersonen für eine finanzielle Beteiligung zu gewinnen. Die Leute haben sich „nicht um eine Beteiligung gerissen“. Überzeugungsarbeit wurde vor allem mithilfe der Jahresstromrechnungen der Privatpersonen und den Appell an die eigene Energiewende geleistet.

- 1.4. Wie viele Personen sind an der Anlage beteiligt? Sind auch juristische Personen beteiligt?

82 Kommanditisten erwärmten sich für die Anlage in Gnannenweiler (Maschine 8), allesamt Privatpersonen und überwiegend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis. Die Maschine 5 gehört ausschließlich den Bauern aus der Region, ist also auch in Bürgerhand. Die Maschine 1 beispielsweise gehört den Stadtwerken Augsburg, die diese fast vollständig fremdfinanziert haben.

Für die Anlagen in Friedrichsruhe und Frauenmark wurden 78 bzw. 62 Kommanditisten gewonnen.

2. FRAGEN ZUR FINANZIERUNG

- 2.1. Wie hoch war die Investitionssumme für die Windenergieanlage?

3,04 Millionen Euro.

2.2. Welcher Anteil an der Gesamtinvestition wird durch finanzielle Bürgerbeteiligung (Genossenschaftsmitglieder bzw. Kommanditisten) abgedeckt? Wie viel ist fremdfinanziert?

50 % als Kapitaleinlage (EK), 50 % als Bankfinanzierung war das Ziel. Geworden sind es etwas über 40 % EK: $248+65 = 313$ Stimmen zu je 5.000 Euro = 1.565.000 €, davon wurden aber Zusatzkosten bezahlt.

2.3. Wie hoch ist der Mindest- bzw. Maximalbeteiligungsbetrag pro Person? Weshalb wurden gerade diese Beträge festgesetzt?

Gesellschafteranteile von mindestens 10.000 € (5.000 € Kapitaleinlage = indirekter Beitritt über Treuhandkommanditisten § 152 I KAGB; erst ab 20.000 € direkter Beitritt) bis maximal 400.000 € (200.000 € Kapitaleinlage) je Kommanditist sind möglich, zzgl. Gründungs- und Vertriebskosten (5 % auf die Kapitaleinlage). Der Gesellschaftsvertrag hat 40% der Investitionskosten als Mindest-Stammkapital festgelegt. Die Erhöhung des Stammkapitals erfolgt in 5.000 € Schritten. Soll auch für „kleine Geldbeutel“ möglich sein, daher 5.000 € pro Anteil und Stimme. Maximal 40 Anteile, da keiner die Gesellschaft kontrollieren soll.

3. FRAGEN ZUR BÜRGERBETEILIGUNG

3.1. Wie kam es zu der Idee, die Möglichkeit der finanziellen Bürgerbeteiligung zu schaffen? (z. B. Nachfrage, Aktivität einer Bürgerinitiative, etc.)

Energiewende wird durch Politik zu langsam vorangetrieben, daher sollen Bürger „ihre“ Energie selbst machen. Rink hatte Anfang der 2000er Jahre zunächst in Solaranlagen investiert, doch Windenergie ist effizienter. Als er durch Erbschaft das nötige Geld erhielt, initiierte er den Windpark und die Bürgerwindanlage. Sein Motto lautete „Aus der Region - für die Region“. Die finanzielle Beteiligung entstammt seinem privaten Bedürfnis nach Deckung des eigenen Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien und der Suche nach Gleichgesinnten. Rink ist Architekt und Ingenieur und arbeitet inzwischen im Bereich der energetischen Gebäudesanierung.

3.2. Welche Ziele wurden mit der finanziellen Bürgerbeteiligung verfolgt?

Mit drei bis vier Gesellschafteranteilen kann der Strombedarf einer Familie gedeckt werden. Durch die Beteiligung lässt sich die eigene Energiewende vollziehen. Dies ist das Motiv der meisten Kommanditisten. Außerdem ist der Kreis Heidenheim hoch industrialisiert, die Gesellschaft hat einen hohen Stromverbrauch. Die private Energiewende reicht nicht aus. Der gesamte Windpark mit seinen neun Maschinen produziert jährlich ca. 21 Mio kWh Strom, die PV-Anlage 6 Mio kWh. Das entspricht einem Anteil am Gesamtstromverbrauch des Landkreises von gerade einmal vier Prozent.

3.3. Welche Gründe sprachen dafür, die Beteiligungsgesellschaft in der von Ihnen gewählten Rechtsform (Genossenschaft/GmbH & Co. KG) zu organisieren? Gab es auch Gründe, die gegen die Rechtsform sprachen?

Kein Gesellschafter soll die Gesellschaft dominieren, dennoch werden die Stimmen nach Beteiligungsanteilen verteilt. Maximal können Anteile im Wert von 40 Stimmen erworben werden.

Bei einer AG ist der Verwaltungsaufwand zu hoch.

Haftungsbeschränkung des Komplementärs durch GmbH-Identität.

Steuerlich: Gesellschafter erhalten Teilerklärung vom Betriebsergebnis und können dieses bei Verlust geltend machen. Dies kommt gerade in den ersten Betriebsjahren vor. Steuerliche Vorteile für Gesellschafter.

Know-How: Rinks dritte GmbH, auch Junginger hatte damit Erfahrung. Konstrukt der GmbH & Co. KG war bekannt.

Albuch Wind ist Genosse bei einer PV-Genossenschaft. Auf deren Versammlungen zeigt sich immer wieder, dass das Ein-Stimmen-Prinzip die Verhältnisse völlig verzerrt, was nicht der Betriebsführung zugutekommt (Meinung von Rink).

Außerdem kann Genossenschaft nur ausschütten, wenn Gewinn erzielt wurde. GmbH & Co. KG kann aus der eigenen Liquidität heraus ausschütten. eG Ingersheim reduziert von Jahr zu Jahr ihr Stammkapital, um ausschütten zu können.

Negativ: Gründungsaufwand. Die BaFin verlangt ein Verkaufsprospekt, das genehmigt werden muss. Zusätzlich ist der Gesellschaftsvertrag und die Betriebs-/Finanzprognose (damals noch für die ersten drei Jahre) zur Prüfung vorzulegen. Notarielle Beurkundungen und Eintragungen ins Handelsregister.

3.4. Welche (positiven und negativen) Erfahrungen haben Sie seit der Gesellschaftsgründung mit dieser Rechtsform gemacht?

Keine negativen Erfahrungen aus Rinks Sicht, wobei man sich darüber im Klaren sein muss, dass die Bürgerbeteiligung tatsächlich gelebt werden muss. Die Gesellschafterversammlungen laufen oft sehr hitzig ab; es wird viel diskutiert.

Beispiel: Da ein anderes Investitionsprojekt in der Region platzte, suchten Rink und Junginger als Geschäftsführer der GmbH & Co. KG ein Ausweichprojekt und entschieden sich für die Anlage Friedrichsruhe in Mecklenburg-Vorpommern. Es gab einen großen Aufschrei unter den Gesellschaftern und eine außerordentliche Gesellschafterversammlung wurde einberufen. Schließlich wurde der Beteiligung zugestimmt. Nach dem ersten Betriebsjahr gab es keinen Widerstand mehr, da die Anlage erwartungsgemäß viel mehr einbrachte als die Anlage in Gnannenweiler.

Das KAGB hat weitere Kosten beschert: Kosten für Bilanzierung und Steuerberater sind gestiegen, ein Steuerprüfer muss nun auch bezahlt werden. Allerdings ist das bei einer Genossenschaft auch so.

3.5. Wie beurteilen Sie die Einflussmöglichkeiten der finanziell beteiligten Bürger auf die Beteiligungsgesellschaft im Allgemeinen und auf die Geschäftsführung im Speziellen?

Der Gesellschaftsvertrag bestimmt, dass ein Gesellschafteranteil = einer Stimme = 5.000 € entspricht. Die Kommanditisten halten 248 Stimmen, Rink und Junginger halten durch die GmbH zusammen nochmal 65 Stimmen. Insgesamt 313 Stimmen. Für die Kommanditisten gilt eine Maximalstimmenanzahl von 40. Das ist nur bei einer Person der Fall, die mit 200.000 Euro beteiligt ist.

Der Gesellschaftsvertrag räumt keine über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehenden Beteiligungsmöglichkeiten ein. Die Gesellschafterversammlung entscheidet per Mehrheitsentscheid.

Beispiel: Da das Windgutachten völlig daneben lag, kann die Anlage nur wirtschaftlich betrieben werden, weil seit Inbetriebnahme keine Ausschüttung stattgefunden hat. Dies wird so bleiben, bis die Tilgung nach 12 Jahren Betrieb erfolgt ist. Die Entscheidung darüber überließen Rink und Junginger den Kommanditisten – sie verzichteten bei der Abstimmung auf die Ausübung ihrer insgesamt 65 Stimmen und ließen nur die 248 Stimmen der Kommanditisten entscheiden.

3.6. Gab oder gibt es neben der finanziellen Beteiligung auch noch andere Möglichkeiten für die Bürger, sich an Planungs-, Bau- und Betriebsphase der Anlage zu beteiligen? (z. B. Umfragen, Bürgergutachten)

Nein. Rink und Junginger waren Bauherren und machen jetzt die kaufmännische Betriebsführung.

Zusätzliche Informationen aus Telefongespräch mit Herrn Rink am 08.07.2015:

- Die Verwaltung wird low-budget gestaltet. Es gibt keinen Briefverkehr, alles läuft per Email.
- Plädiert für zwei verschiedene Stromvergütungssätze in Nord- und Süddeutschland, damit es sich in Süddeutschland lohnt. Die Maschine in Friedrichsruhe/Mecklenburg-Vorpommern erwirtschaftet bei gleichen Baukosten jährlich 130-140 Tausend Euro mehr.
- Ab 2017 wird man bei der Bundesnetzagentur nur noch bieten können, um den Zuschlag für eine Vergütung zu bekommen. Wer den geringsten Vergütungssatz anbietet, bekommt den Zuschlag. Aber 8 ct. Sind eigentlich für Gnannenweiler schon zu wenig.
- Fledermausgutachten mussten im Rahmen der BImSch-Genehmigung erstellt werden. Aber es gibt nur eine Art, die überhaupt in die Nähe von Windrädern kommt. Im normalen Auto-/Zugverkehr sterben 8-10 Mal mehr Vögel als durch WEA im gesamten Bundesgebiet.
- Die WEA im Windpark Gnannenweiler sind nur 100 m hoch, da es damals Tieffluggebiet war.
- Die beiden erstellten Windgutachten sprachen von einem Windertrag von 4,18 Mio kWh jährlich pro Maschine. Rink und Junginger rechneten weniger optimistisch mit 3,7 Mio kWh. Tatsächlich werden aber nur 2,5-2,6 Mio kWh erzeugt. Die Maschine kann nur deshalb wirtschaftlich betrieben werden, weil die Gesellschafter vernünftig sind und auf eine Ausschüttung verzichten, bis die Tilgung erfolgt ist (nach 12 Jahren). So können Zins, Tilgung, Pacht, Betriebs-, Wartungskosten und Versicherungen durch die Stromerzeugung und EEG-Vergütung gedeckt werden. Gesellschafter sind also auf Null. Rink würde heute niemanden mehr um Geld bitten, wenn er wüsste, dass die Leute es „erst in 20 Jahren wiederbekommen und vielleicht noch ein paar Euros oben drauf“.

Anhang III – Protokoll Weißmoos/Emmendingen

Interview mit Herrn Georg Hille am 28.07.2015

1. FRAGEN ZU BETEILIGTEN AKTEUREN

- 1.1. Wer hat die Implementierung der Windenergieanlage initiiert? Welche Interessengruppen/Institutionen waren bzw. sind maßgeblich an der Planung, Bau und Betrieb beteiligt?

In diesem Fall kam die Idee von dem Projektentwickler, der gleichzeitig an diesem Standort zuvor schon Windkraftanlagen realisiert hatte. Maßgeblich an Planung, Bau und Betrieb ist eine Vielzahl von Personen beteiligt, das kann man gar nicht so eingrenzen. Wichtige Indikatoren sind die lokalen Entscheidungsgremien – gegen eine Gemeinde geht nichts, es muss aber andererseits nicht mit der Gemeinde realisiert werden. Beispiel: Wir haben einen Standort bei Wertheim mit der Bundesimmobilienanstalt, aber die dortige Gemeinde möchte an diesem Standort keine Windkraftanlagen. Wir könnten jetzt klagen, doch dieser Prozess geht über Jahre und ist nicht zielführend im Sinne neuer Standorte.

Aus Beteiligungsprospekt „Frischer Wind für den Klimaschutz“, S. 13:

Beteiligte Gesellschaften sind SW Emmendingen GmbH, Ecovision GmbH, Ökostrom Consulting Freiburg GmbH

- 1.2. Wie haben Sie die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Windenergieanlage vor und nach der Inbetriebnahme wahrgenommen? Wie äußerte sich dies?

Die erste Wahrnehmung sind immer die lauten und sichtbaren Gegner. Es gibt im Dorf Schilder zur Landschaftverschandelung, zum angeblichen Infraschall, zur angeblichen Lärmbelästigung und so weiter. Das heißt, man hat den Eindruck, vor Ort sind die Menschen dagegen. Dies stimmt generell nicht. In allen Umfragen sind Mehrheiten, zum Teil große Mehrheiten, für Windenergie, es sind aber schweigende Mehrheiten. Während des Baus ist das Interesse immens. Jeden Tag kommen Dutzende von Menschen, um sich die Baumaßnahmen anzuschauen. In unserem Fall steht die Anlage direkt an einem Wanderweg, das heißt, wir haben sehr, sehr viele, die vorbei laufen und sich die Anlage anschauen bzw. Informationen dazu wollen. Wir haben daher entschlossen, eine Schautafel mit umfangreichem Bildmaterial vor der Anlage aufzustellen, um nonverbal die Entwicklung der dortigen Bürgerbeteiligungsanlage am Weißmoos zu dokumentieren. Unsere andere Anlage werden wir ähnlich gestalten, sie ist aber derzeit noch in der Vorbereitung.

Aus Beteiligungsprospekt „Frischer Wind für den Klimaschutz“, S. 4:

Repoweringprojekt – Zwei alte Anlagen aus den 90ern wurden durch eine neue ersetzt.

(Falls negative Einstellung: Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Einstellung zu verändern?)

Ergänzung durch Hille per Telefon am 30.07.2015:

Der Kommanditvertrag sollte veröffentlicht werden, denn dies ist wichtig für die Transparenz. Außerdem will die (schweigende) Mehrheit die Argumente der Projektierer hören, daher ist es wichtig, auch bei vielen Gegnern immer die Gegenrede zu halten.

- 1.3. Wie hoch war die Nachfrage der Bürger nach Beteiligungsanteilen?

Generell haben wir bis zu dreifach überzeichnetes Eigenkapital. Wenn eine Windmaschine – als Zahlenbeispiel – 5 Millionen kostet, so benötigt man rund ein Viertel, also rund 1,3 Millionen an Eigenkapital. Wir könnten aber die Gesamtanlage aus Eigenkapital finanzieren. Warum machen wir das nicht – der Leverage-Effekt. Wir haben zum Beispiel am Weißmoos das ursprüngliche Eigenkapital von 1,25 Millionen auf 1,5 Millionen erhöht, also um rund 20 Prozent aufgrund der großen Nachfrage. Auch heute, zwei Jahre nach Inbetriebnahme, gibt es noch Menschen, die sich daran beteiligen wollen, die wir allerdings generell auf kommende Projekte vertrösten müssen, weil das Eigenkapital weit vor Inbetriebnahme benötigt, denn ohne Eigenkapital gibt es keinen Kredit und damit keine Finanzierung einer Windkraftanlage.

(Bei Nachfrageüberhang: Gab es bestimmte Kriterien, nach denen die Beteiligten ausgewählt wurden?)

Aus Beteiligungsprospekt „Frischer Wind für den Klimaschutz“, S. 20:

Laut § 5 des Kommanditvertrags müssen Kommanditisten eine der fünf Bedingungen erfüllen:

(1) SWE-Kunde, (2) Erstwohnsitz in 77978 = Gemeinde Schuttertal, (3) Gesellschafter von SWE- oder ecovision Solarfonds, (4) Genossenschaften, (5) Altgesellschafter der durch Repowering ersetzten Anlagen.

(Weswegen wurden diese Kriterien festgelegt?)

Ergänzung durch Hille per Telefon am 30.07.2015:

Da man beim Repowering eine andere Anlage vorzeitig abbaut, entsteht finanzieller Verlust für die Altgesellschafter. Daher werden diese bevorzugt. Zudem bekommen Bürger vor Ort in vielen Projekten Sonderkonditionen, wie beispielsweise eine bevorzugte Beteiligung oder geringere Beteiligungsbeträge.

1.4. Wie viele Personen sind an der Anlage beteiligt? Sind auch juristische Personen beteiligt? Wenn ja, welche?

Hier sind die Fragen aufzuspalten und für jedes Projekt neu zu definieren. Beispiel Weißmoos: 1,5 Mio Eigenkapital, davon 49 Prozent die Stadtwerke, es sind von der Stadt Emmendingen, also damit von den Bürgern ein besessenes Stadtwerk von 49 Prozent. Weitere rund 30 Prozent haben zwei Bürgergenossenschaften mit jeweils ca. 250 Personen gezeichnet und das restliche Kapital von knapp 20 Prozent 17 weitere Einzelpersonen als Kommanditisten. Diese – möglicherweise einmalige – Konstellation war der Notwendigkeit geschuldet, dass der Gesetzgeber laufend, so auch in 2012, die Regeln ändert, wie man Kapital für diese Art von Projekten am sogenannten grauen Kapitalmarkt einwerben kann. Die 20 Kommanditisten waren daher die Antwort auf verschärfte Bedingungen und die Lösung, damit wir kein vom BaFin geprüftes Prospekt machen mussten. Ich selbst habe bereits ein Dutzend BaFin-Prospekte gemacht und kann daher den Aufwand und die erheblichen laufenden Kosten über 20 Jahre abschätzen – in diesem konkreten Fall hätte es unsere Verwaltungskosten verdoppelt.

Aus Beteiligungsprospekt „Frischer Wind für den Klimaschutz“, S. 9:

Ecovision GmbH als Komplementärin, SWE GmbH, 2 Energiegenossenschaften (Emmendingen und Denzlingen) und 17 Bürger als Kommanditisten – insgesamt mehr als 500 Personen.

2. FRAGEN ZUR FINANZIERUNG

2.1. Wie hoch war die Investitionssumme für die Windenergieanlage?

Generell gesprochen kostet eine Windmaschine etwas zwischen 4 und 5 Millionen. Wenn man sich für Enercon entscheidet, so kauft man den Rollce Royce der Anlagen, die aber in Deutschland die bei weitem beste Reputation und die besten Langzeiterträge hat, weil

die Anlage immer läuft und nur laufende Anlagen produzieren Strom und damit Geld. Ein Einzelprojekt kostet zusätzlich zur Windmaschine rund 10 Prozent. Darin enthalten sind Planungskosten, Finanzierungskosten, die Gestaltung der Bürgerbeteiligung, sodass wir in unseren Projekten auf Summen kamen von 5 bis 5,7 Millionen mit Gründungskosten in der Größenordnung von ca. 6 Prozent.

Aus Beteiligungsprospekt „Frischer Wind für den Klimaschutz“, S. 14:

Geplant waren 5.050.000 €.

2.2. Welcher Anteil an der Gesamtinvestition wird durch finanzielle Bürgerbeteiligung (Genossenschaftsmitglieder bzw. Kommanditisten) abgedeckt? Wie viel ist fremdfinanziert?

Aus Beteiligungsprospekt „Frischer Wind für den Klimaschutz“, S. 14:

Geplant waren 1.285.000 € EK durch Kommanditeinlagen (25,4%) und 3.765.000 € durch Bankdarlehen (74,6 %). Geplante Rendite: 6 %

Ergänzung durch Hille per Telefon am 30.07.2015:

Die Messlatte für jede Verzinsung nach unten sind die Staatsanleihen. Darunter darf man nicht gehen.

2.3. Wie hoch ist der Mindest- bzw. Maximalbeteiligungsbetrag pro Person? Weshalb wurden gerade diese Beträge festgesetzt?

Die Mindestbeteiligung an einem solchen Projekt hängt stark von dessen Gestaltung ab. Insbesondere Genossenschaften bieten sehr geringe Beträge an, einige hundert Euro bis einige Tausend. Dies hat aber langfristig deutlich negative Auswirkungen. Jede Person verursacht die gleichen Verwaltungskosten pro Jahr. Das heißt, haben Sie 2000 Personen anstatt 200, so sind Ihre Verwaltungskosten zehn Mal so hoch. Übliche Größenordnungen – auch bei uns realisiert – sind Beteiligungen von wenigen Dutzend bis zu einigen Hundert. Konkret Weißmoos: Stadtwerk mit 24.000 Bürgern, zwei Genossenschaften mit rund 400-500 Personen und 17 Einzelpersonen. Windfond Maar: Dahinter eine Genossenschaft mit 15.000 Leuten, die jedoch nicht als Genossenschaft beteiligt sind, sondern wo jede Person die Möglichkeit hat, sich daran zu beteiligen. Wir hatten konkret 100 Beteiligte darin. Des Weiteren haben wir anderen Genossenschaften sogenannte partiarische Darlehen angeboten. Konsequenz: Es gibt kein Standortmodell für Projekte, es gibt aber gute Beispiele, wie man diese Bürgerbeteiligung realisieren kann.

Aus Beteiligungsprospekt „Frischer Wind für den Klimaschutz“, S. 24:

- *BürgerEnergiegenossenschaft Emmendingen eG: 200 € Mindestbeteiligung*
- *Als Kommanditist 15.000 € Mindestbeteiligung, Erhöhung in Tausenderschritten. Laut § 5 des Kommanditvertrags sollen maximal 20 Kommanditisten angenommen werden; die maximale Kapitaleinlage der Kommanditisten soll insgesamt 1.600.000 € nicht überschreiten (somit rechnerisch 80.000 € Maximalbeteiligung pro Kommanditist im Durchschnitt).*

Ergänzung durch Hille per Telefon am 30.07.2015:

Beobachtbar ist, dass Bürger bei einer Erstbeteiligung weniger investieren, weil sie das Risiko nicht einschätzen können. Bei der zweiten Beteiligung sind sie jedoch bereit, mehr zu investieren.

3. FRAGEN ZUR BÜRGERBETEILIGUNG

3.1. Wie kam es zu der Idee, die Möglichkeit der finanziellen Bürgerbeteiligung zu schaffen? (z. B. Nachfrage, Aktivität einer Bürgerinitiative, etc.)

Ich selber arbeite seit 25 Jahren in diesem Bereich, seit 2003 machen wir Bürgerbeteiligung, das ist unsere Grundidee. Oft werden Bürgerbeteiligungen aber aus der Not geboren, dass zunächst ein Widerstand, der stark wächst, vor Ort entsteht. Dann, und leider erst dann, kommt der Projektentwickler mit der Idee: „Ja, wir machen auch Bürgerbeteiligung“. Das ist nicht der richtige Weg, denn er ist nicht glaubwürdig.

3.2. Welche Ziele wurden mit der finanziellen Bürgerbeteiligung verfolgt?

Ziel der finanziellen Bürgerbeteiligung ist, den Menschen zu vermitteln, dass Erneuerbare Energien nicht nur unsere klimatische Zukunft sind, sondern auch, dass man damit langfristig Geld verdienen kann als Zusatzrente, als Zusatzeinkommen, als Kapitalanlage – jedoch niemals kurzfristig, denn die Projekte müssen mindestens 15-20, zum Teil auch 25-30 Jahre funktionieren.

3.3. Welche Gründe sprachen dafür, die Beteiligungsgesellschaft in der von Ihnen gewählten Rechtsform (Genossenschaft/GmbH & Co. KG) zu organisieren? Gab es auch Gründe, die gegen die Rechtsform sprachen?

Wir haben beide Formen realisiert. Es ist richtig, die häufigsten Formen heute sind a) die Genossenschaft oder b) die GmbH & Co. KG. Wenn man Solar und Wind nebeneinander stellt und vergleicht – ich bin Geschäftsführer von 18 Solar- und zwei Windfonds – so gibt es einen prinzipiellen Unterschied. Eine Solaranlage kann eine Genossenschaft eigenständig realisieren, weil durch seine Mitglieder oftmals genügend Know How für diese Realisierung möglich ist. Im Windbereich ist die Genehmigungsphase sehr viel komplexer, sehr viel risikoreicher und es besteht eine viel größere Gefahr, das Projekt nicht realisieren zu können – es bedarf eines sehr spezifischen Projektentwicklungs-Knowhows. Das kann sich eine Genossenschaft einkaufen, sie zahlt aber oft einen sehr hohen Preis dafür.

Die GmbH & Co. KG ist nicht basisdemokratisch wie die Genossenschaft, man kann jedoch durch Gewichtung der Stimmen sie angleichen. Beispiel: Wir haben einen Solarfond, wo ab 50.000 Euro es keine zusätzlichen Stimmen gibt. Wir haben dennoch Leute, die 100.000 Euro drin investiert haben. Das ist aber nur ein Nebeneffekt zur Demokratisierung. Persönlich halte ich die GmbH & Co. KG für die flexibler agierende Gesellschaftsform mit einem weiteren entscheidenden Vorteil – die Verwaltungskosten sind geringer als in einer Genossenschaft. Andererseits ist der Partizipationsgedanke in der Genossenschaft ausgeprägter und auch besser umzusetzen.

Damit habe ich auch 3.4 glaube ich begründet, positive und negative Erfahrungen. Eine Ergänzung möchte ich an dieser Stelle machen. Es gibt in der Windenergie zwei wesentliche Faktoren. Das eine ist der Standort. Er legt fest, wie viel Wind dort weht und damit, wie viel Wind und Strom dort erzeugt werden kann. Der zweite ist die Entscheidung der Anlage, also des Lieferanten der Windkraftanlage. Hier ist eine basisdemokratische Entscheidung zwar wünschenswert, es bedarf aber einer ausgeprägten Know-How-Entwicklung der gesamten Gruppe, um es wirklich umzusetzen. Mein Vorschlag daher ist: Ein Projektentwickler schlägt seine präferierte Anlage der Gesellschaft vor und lässt zu einem frühen Zeitpunkt über diese abstimmen. Zu einem späteren Zeitpunkt ist dieses nicht ohne erhebliche Verzögerungen und Mehrkosten möglich.

3.4. Welche (positiven und negativen) Erfahrungen haben Sie seit der Gesellschaftsgründung mit dieser Rechtsform gemacht?

Siehe 3.3

3.5. Wie beurteilen Sie die Einflussmöglichkeiten der finanziell beteiligten Bürger auf die Beteiligungsgesellschaft im Allgemeinen und auf die Geschäftsführung im Speziellen?

Prinzipiell gibt es eine jährliche Gesellschafterversammlung unabhängig von der Gesellschaftsform. Hier hat die Geschäftsführung Rede und Antwort zu stehen. Dennoch handelt die Geschäftsführung unterschiedlich. In einer GmbH & Co. KG ist per Rechtsform die GmbH haftend. Das heißt, die Geschäftsführung entscheidet Dinge unter dem Hauptaspekt der Haftung. In einer Genossenschaft ist der Vorstand der Genossenschaft agierend und der Aufsichtsrat haftend. Hier spiegelt sich die Verantwortung aller wesentlich besser wieder. Damit könnte – nicht muss – eine demokratischere Entscheidung stattfinden.

Aus Beteiligungsprospekt „Frischer Wind für den Klimaschutz“, S. 21:

Pro volle 1.000 € Kommanditeinlage eine Stimme, einfacher Mehrheitsbeschluss. Gesellschafterbeschlüsse sind erforderlich bei der Darlehensaufnahme, die nicht den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb decken, bei der Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen sowie bei sonstigen Geschäften ab 500.000 €.

3.6. Gab oder gibt es neben der finanziellen Beteiligung auch noch andere Möglichkeiten für die Bürger, sich an Planungs-, Bau- und Betriebsphase der Anlage zu beteiligen? (z. B. Umfragen, Bürgergutachten)

Diese ist eine sehr schwierige Frage. Wenn Sie die Bürger danach fragen würden, wo die Anlage am besten hinkommt, erhalten Sie möglicherweise einen Zielort, der aber mit den Kriterien der Planung nur seltenst zusammentrifft. Es müssen Dutzende, wenn nicht Hunderte von Parametern untersucht und der Standort daraufhin optimiert werden. Dies ist typisches Wissen von Fachleuten, nicht der Allgemeinheit. Ein Beispiel: Sie können eine Anlage weit weg platzieren, dass sie niemand sieht, und sind plötzlich in einem Naturschutzgebiet, Auerhahnschutzzone 1, das ist komplett verboten, dort Anlage zu installieren. Das weiß die Allgemeinheit aber nicht. Generell sind während der Bau- und der Betriebsphase häufige Besuche und Erläuterungen vor Ort ein wichtiger Teil der Bürgerkommunikation. Je mehr Kommunikation und Auseinandersetzung mit Gegnern, umso transparenter wird das Vorhaben und umso mehr wird es auch deutlich, dass die immer und überall vorhandenen lauten Gegner in der Minderzahl sind. Mehrere eigene Vorträge und Veranstaltungen könnte ich hier als Beweis anführen.

Anhang IV – Protokoll Ingersheim

Interview mit Herrn Dieter Hallmann am 17.08.2015

1. FRAGEN ZU BETEILIGTEN AKTEUREN

- 1.1. Wer hat die Implementierung der Windenergieanlage initiiert? Welche Interessengruppen/Institutionen waren bzw. sind maßgeblich an der Planung, Bau und Betrieb beteiligt?

Eigentlich war es ein Team, ein Freundeskreis, der sich da zusammengefunden hatte, und diese Idee für die Windkraftanlage erstmal gemeinsam geboren hatte, die man dann weiter ausdefiniert hatte, bevor man dann in die Gründung der Genossenschaft erstmal eingetreten ist. Das war halt so ein stufenweiser Vorgang. Also kleines Gründungsteam, ich glaube fünf, sechs Leute, die sich da mit der Idee beschäftigt haben über ein paar Jahre hinweg, bis man dann zu der Beschlussfassung gekommen ist, das zu konkretisieren. Dann hat man die Energiegenossenschaft gegründet, da gab es dann elf Gründungsmitglieder, die dann das konkret weiter überführt oder durchgesetzt haben. Also wo dann die Planung gestartet wurde mit dem Genehmigungsverfahren, immissionsschutzrechtliche Genehmigung. Übergang also von fünf Leuten, die die Idee hatten, über Jahre hinweg verfolgt hatten von 2002 bis 2008/2009 und wo man dann mit der Genossenschaft halt in Gründung dann die Projektierung und Planung vorangetrieben hat.

- 1.2. Wie haben Sie die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Windenergieanlage vor und nach der Inbetriebnahme wahrgenommen? Wie äußerte sich dies?

Eigentlich vorher indifferent, keine klare Meinung zu dem Thema, weil Ingersheim hat sich mit dem Thema Wind vorher eigentlich nie beschäftigt und hat auch keinen Anlass gesehen, das Thema Windenergie irgendwie breiter zu diskutieren. Also unvorbereitet war der Ort eigentlich – schon allein mit der Fragestellung „Ausweisung eines Vorranggebietes“, ob das überhaupt eine Relevanz hat für Ingersheim. Das ging eigentlich eher in den ersten Jahren an den meisten im Ort vorbei, bis dann der Antrag konkret gestellt wurde. Das ist aber nicht ganz unüblich, dass sich erstmal keiner dafür interessiert, obwohl es vielleicht im Gemeinderat schon diskutiert wurde, und ist dann eigentlich erst mit der konkreten Antragstellung hier im Ort diskutiert worden. Und selbst dort gab es dann die Phase, wo eine ganz große Zahl an Verunsicherung, also von Leuten, die verunsichert waren, entstanden ist, die eher kritisch bis ablehnend dem Thema gegenüber gestanden sind und das hat sich dann im Laufe der Zeit gewandelt. Bis heute, wo ich sage, eher eine große Zahl von Befürwortern. Am Anfang kleiner Kern, der sehr laut ist mit Gegenstimmen, eine große Mehrheit, die sehr unentschlossen ist und dem Thema ohne klare Meinungsbildung gegenüber steht, ein kleiner Kreis, der dem sehr positiv gegenübersteht wiederum, der aber deutlich größer ist als die Nein-Sager. Und das wandelt sich im Laufe einer Meinungsbildungsphase oder des Veränderungsprozesses, wie gut die Informationen vermittelt wurden, wie plausibel das erscheint, wo ich sag, heute 70 Prozent Befürworter, 70 bis 80 Prozent Befürworter am Ort. Heißt einschließlich Vereine, einschließlich Feuerwehr, einschließlich Schulen. Das geht nicht von einem halben bis einem Jahr, sondern das ist ein Veränderungsprozess, der dann mit dem Erleben dessen, was dann auch umgesetzt wurde, eigentlich erst abgeschlossen wird. Weil am Ende sieht man ja und erlebt man ja, ob das, was eigentlich an Bedenken geäußert wurde, überhaupt eintritt oder auch nicht. Und die Phase haben wir eigentlich jetzt.

- 1.3. Wie hoch war die Nachfrage der Bürger nach Beteiligungsanteilen?

(Frau Hallmann) Wir hatten fünf Informationsveranstaltungen und haben da für diese Windradbeteiligung geworben, alle mit dem gleichen Muster und dann kamen so nach

und nach die Beteiligungen, aber weit über die Interessenten hinaus, die bei dieser Infoveranstaltung saßen. Wir haben dann halt diese Beteiligung – eine verbindliche Beitrittserklärung zur Genossenschaft, wenn es denn gebaut wird. Also das Risiko der Baugenehmigung lag bei diesen Gründungsmitgliedern der Genossenschaft, aber die Leute haben verbindlich zugesagt, mit welchem Betrag sie sich beteiligen werden, wenn es denn gebaut wird. Und so hatten wir dann innerhalb von einem halben Jahr 80 Prozent von den Kosten. Und da sind dann halt Beitrittserklärungen von Leuten gekommen – die meisten waren nicht bei diesen Infoveranstaltungen. Gerade auch während der Bauzeit sind dann noch viele gekommen und wollten sich beteiligen, haben sich dann erst... „Ah, ein Windrad, wie kann ich mich denn da beteiligen?“. Es kam dann auch Fukushima noch. Aber da war unsere Finanzierung schon abgeschlossen. Weil wir einfach gemerkt haben, mit 360 Mitgliedern privat zu verwalten, dass das einfach genug ist. Es ist auch so, dass man jedes Jahr eine Generalversammlung machen muss und bei unseren Versammlungen kommen ja noch viele Mitglieder. Und dann gibt es hier in Ingersheim gar keine Halle, die so viele Personen fassen kann.

(Herr Hallmann) Das muss man ja auch alles managen, verwalten und administrieren können. Sind ja immer Großveranstaltungen dann.

1.3.1. Zusatzfrage: Gab es bestimmte Kriterien, nach denen die Beteiligten ausgewählt wurden?)

Es war ja am Anfang gar nicht klar, ob wir die Finanzierungssumme überhaupt zusammen bekommen können. Das, was wir jetzt gesagt haben, ist im Nachhinein so die Bewertung, dass das Finanzielle kein Problem war. Am Anfang hat man vor Augen, 2,8 Millionen finanzieren zu wollen oder zu müssen und da erschien das eher als Problem, sodass man eigentlich keine Einschränkung erstmal gemacht hatte auf Örtlichkeit oder Einstiegssummen, Beteiligungsgrenzen und so weiter. Das haben wir offen gelassen, bewusst, um einfach das Projekt zum Laufen zu bringen.

(Frau Hallmann) Es gab ja dann mal Tage, da kamen 5.000 Euro Beitrittserklärungen und wir wussten ja, wir brauchen Millionen. Dann kamen aber an einem Tag mal 120.000 Euro. Also es war ganz unterschiedlich.

1.4. Wie viele Personen sind an der Anlage beteiligt? Sind auch juristische Personen beteiligt? Wenn ja, welche?

(Herr Hallmann) Also es gibt eigentlich bis auf ganz wenige Ausnahmen, wo eine Organisation – der BUND ist da noch mit drin als Organisationseinheit, als einzige. Und sonst sind es... alles andere sind natürliche Personen. Vom Kindergartenalter bis zum 90-Jährigen, ganz breite Streuung. Berufsfeld sehr breit und auch Altersstruktur. 75 Prozent aus Ingersheim und den umliegenden Ortschaften.

Aus Infobroschüre „Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung eG“, Juli 2013, S. 8:

Über 360 Mitglieder (Stand Juli 2013)

http://www.eg-ingersheim.de/index.php?option=com_content&view=article&id=75&Itemid=88:

„Mehr als 75 % der Mitglieder kommen aus Ingersheim und den umliegenden Gemeinden (Ingersheim 38 %, Besigheim 8 %, Bietigheim-Bissingen 7 %, Pleidelsheim 6 %, Freiberg 5 %)“

2. FRAGEN ZUR FINANZIERUNG

2.1. Wie hoch war die Investitionssumme für die Windenergieanlage?

3,6 Millionen Euro Gesamtkosten.

2.2. Welcher Anteil an der Gesamtinvestition wird durch finanzielle Bürgerbeteiligung (Genossenschaftsmitglieder bzw. Kommanditisten) abgedeckt? Wie viel ist fremdfinanziert?

2,8 Millionen Euro Eigenkapital durch die Bürgerbeteiligung.

Aus Infobroschüre „Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung eG“, Juli 2013, S. 8:

Geplant waren laut Homepage 100 % EK-Finanzierung mit jährlicher anteiliger Rückerstattung des Eigenkapitals und jährlicher Dividendenausschüttung abhängig vom Windertrag.

Tatsächlich sind es rund 80 % EK-Finanzierung.

2.2.1. Zusatzfrage: Auf Ihrer Homepage hatten Sie ursprünglich mal angekündigt, dass Sie 100-Prozent-Eigenkapitalfinanzierung machen wollen. Haben Sie dann schlussendlich nicht gemacht weil Sie das nicht zusammengekliebt haben oder hatte das eher so Leverage-Effekt-Gründe?

Das war, glaube ich, am Anfang noch so die Euphorie, alles selber machen zu wollen, wo wir einfach gesagt haben, finanziell ist das einfach nicht sinnvoll. Zumal schon 80 Prozent von der Finanzierungsmodellbetrachtung her eher fragwürdig erscheint, weil man nicht zwingenderweise eine so hohe Eigenkapitalquote benötigt. Wir haben das deswegen gewählt, um die Stabilität auf jeden Fall sicherstellen zu können und hatten eigentlich keine Risiko... also wir haben eine Risikominimierung und nicht eine Renditemaximierung gewählt als Modell. Man hätte ja aus Renditesicht eine viel höhere Fremdfinanzierung wählen können mit – was weiß ich – Anteil Eigenkapital vielleicht 20, 30 Prozent. Wir sind da extrem hoch. Das sind Sachen, die man überlegen muss. Wenn man die erste Genossenschaft überhaupt ist, dann wie wichtig ist einem da die Stabilität, dass man es aus einer Hand dann auch treiben kann, dass man nicht abhängig ist von Finanzierungsgebern, von Banken und so weiter. Wir hatten schon ein Alleinstellungsmerkmal, mussten mit Banken in die Gespräche gehen, wo aber wir mit einer so hohen Eigenkapitalquote überhaupt kein Problem hatten.

2.3. Wie hoch ist der Mindest- bzw. Maximalbeteiligungsbetrag pro Person? Weshalb wurden gerade diese Beträge festgesetzt?

(Vanessa Ruder) Mindestbeteiligung ist bei Ihnen 2.500 Euro. Ich hab gelesen, das entspricht 20 Anteilen und Ihre Frau hat vorhin auch erklärt, dass das im Prinzip so kalkuliert ist, dass man dann jedes Jahr der Betriebszeit das anteilmäßig zurück bekommt, was man eingesetzt hat.

(Herr Hallmann) Ja.

(Vanessa Ruder) Einen Maximalbetrag haben Sie nicht festgesetzt?

(Herr Hallmann) Nein. Es gab aber auch kein Problem, obwohl das viel diskutiert wurde. Wir haben nie ein Problem damit gehabt, dass Kapitalinvestoren oder Mitglieder, die mit sehr viel Kapital eingestiegen sind, ein Problem darin gesehen haben, dass sie nur eine Stimme als Entscheidung mit einbringen dürfen. Wurde auch viel diskutiert vielleicht bei anderen, bei uns eigentlich nicht. Es hat auch nie ein Problem darüber gegeben.

Aus Infobroschüre „Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung eG“, Juli 2013, S. 8:

Mindestbetrag 2.500 € (entspricht 20 Anteilen je 125 €), Erhöhung in 2.500-Schritten.

3. FRAGEN ZUR BÜRGERBETEILIGUNG

- 3.1. Wie kam es zu der Idee, die Möglichkeit der finanziellen Bürgerbeteiligung zu schaffen? (z. B. Nachfrage, Aktivität einer Bürgerinitiative, etc.)

(Vanessa Ruder) Die Frage ist ähnlich zur ersten. Sie haben ja gesagt, Sie waren ein Kreis von zehn Leuten. Was hat Sie dazu bewogen zu sagen, wir versuchen alle anderen noch mit ins Boot zu holen? *(Direkter Übergang zu Frage 3.2, da 3.1 und 1.1 in diesem Fall dieselbe Antwort lieferten.)*

Aus Infobroschüre „Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung eG“, Juli 2013, S. 4:

Die Energiegenossenschaft hat sich aus einem Kreis von Bürgern gegründet, die seit mehr als 8 Jahren Projekte für eine regionale und regenerative Energieversorgung initiieren. (Solaranlagen)

- 3.2. Welche Ziele wurden mit der finanziellen Bürgerbeteiligung verfolgt?

Möglichst viele Leute noch in das Projekt mit aufzunehmen, das auf breite Füße zu stellen. Vielen Leuten die Möglichkeit geben, sich aktiv an einem Projekt für erneuerbare Energien zu beteiligen, also in die Energiewende praktisch aktiv mit einzusteigen. Ein demokratisches Konzept anzuwenden, wo jeder mit seiner Stimme sich beteiligen kann. Das waren so die Treiber. Hat sich auch dadurch bestätigt, wir haben ja Umfragen auch gemacht im Rahmen einer Doktorarbeit, wo das Mitgliederverhalten untersucht wurde, warum macht man sowas, warum investiert man Geld. Und da kam dann ganz klar raus, es sind Leute, die aktiv sind, die in einem Verein schon tätig sind, die durch ihre Glaubensrichtung geprägt sind und die positive Erfahrungen mit Genossenschaften haben und der Hauptmotivator war, selber einen aktiven Beitrag leisten zu können.

- 3.3. Welche Gründe sprachen dafür, die Beteiligungsgesellschaft in der von Ihnen gewählten Rechtsform (Genossenschaft/GmbH & Co. KG) zu organisieren? Gab es auch Gründe, die gegen die Rechtsform sprachen?

Abwägung demokratisches Prinzip, das ist so das Genossenschaftskonzept mit den Organen der Genossenschaften, wo es die Generalversammlung gibt als breite Beteiligung, die Aufsichtsratsstruktur und dann die Vorstandsstruktur mit Vier-Augen-Prinzip. Also in mehreren Ebenen die Beteiligung und die Prüfungsmechanismen dann auch aufzusetzen. Das ist jetzt in einfachen Worten gesprochen. Finanzierungstechnisch gibt es durchaus Nachteile, steuerrechtliche Aspekte, die haben eigentlich gegen die Genossenschaft gesprochen, aber unterm Strich kann man sagen ist den Leuten es wichtiger, die Erfahrungen mit Genossenschaften zu haben, wo Genossenschaften eigentlich für Nachhaltigkeit stehen und für ein demokratisches Prinzip stehen. Viel, viel, viel mehr wie Kommanditgesellschaften oder GmbH & Co. KGs, die eher über Anteile das Ganze ein bisschen auf eine neutralere Ebene oder abstraktere Ebene bringen, wo hier die direkte Beteiligung über Genossenschaften die Leute persönlich mit rein bringt und eine gute Erfahrung von Genossenschaften eigentlich da ist – Raiffeisenbanken stehen für Nachhaltigkeit. Das spricht eher für Genossenschaften, auch wenn die finanzielle Betrachtung nicht optimal erscheint.

(Vanessa Ruder) Darf ich da nochmal nachhaken, was finanzierungstechnisch jetzt genau die Nachteile sind?

Die Doppelbesteuerung letzten Endes. Dass sie Gewerbesteuer zahlen müssen auf der einen Seite als Genossenschaft und dann die Gewinne auch nochmal von jedem Mitglied in der persönlichen Besteuerung besteuert werden müssen. Das ist eine indirekte Doppelbesteuerung, die ist ungünstiger als bei einer Kommanditgesellschaft oder einer GmbH & Co. KG.

(Vanessa Ruder) Wie ist es mit den Verwaltungskosten? Ich habe von einem anderen Interviewpartner gehört, der sich das auch durchgerechnet hatte und meinte, er käme da auf die doppelten Verwaltungskosten mit einer Genossenschaft.

(Herr Hallmann) Das können wir nicht sagen. Wir haben mehr den administrativen Aufwand gescheut, der bei einer individuellen Steuerberechnung erforderlich wäre in einer anderen Organisationsform, als wir sie gewählt haben. Die Genossenschaftsform erscheint für uns verwaltungstechnisch handhabbar. Das war also nicht der Hauptgrund.

Aus Infobroschüre „Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung eG“, Juli 2013, S. 7:

- *steht vielen Interessenten offen*
- *Haftung der einzelnen Mitglieder ist auf die erworbenen Geschäftsanteile begrenzt*
- *Jedes Mitglied hat nur eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der erworbenen Anteile*
- *Durch Beitritt zum Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband ist eine laufende Überprüfung der Geschäfte durch eine dritte Aufsichtsinstanz sichergestellt*

3.4. Welche (positiven und negativen) Erfahrungen haben Sie seit der Gesellschaftsgründung mit dieser Rechtsform gemacht?

Positiv ist, dass die Absicherung über ein Prüfungsorgan gegeben ist. Das erleben die Leute als sehr, sehr positiv, weil sie ein Vertrauen darin sehen, dass man unabhängig geprüft wird. Was auf der anderen Seite aber einen doch hohen und immer höher werdenden Aufwand bedeutet. Durch die Größe unserer Genossenschaft sind wir jetzt auch so eingestuft, dass wir jährliche Prüfungen machen müssen über den Genossenschaftsverband und eigentlich fast vergleichbar wie mit einer Bank betrachtet werden, was aber auch mit hohen Prüfungsaufwendungen und letzten Endes auch mit Kosten einher geht. Was nicht einfach ist, also das muss man schon sagen.

3.5. Wie beurteilen Sie die Einflussmöglichkeiten der finanziell beteiligten Bürger auf die Beteiligungsgesellschaft im Allgemeinen und auf die Geschäftsführung im Speziellen?

Ich glaube, das ist ein ganz guter Kompromiss. Durch die Struktur der Aufsichtsräte fühlen die Mitglieder sich durchaus repräsentativ berücksichtigt und haben großes Vertrauen in die Arbeit der Vorstände, die dann auch – sind zwei Vorstände, die über ein Vier-Augen-Prinzip fungieren und durch das Prüfungsgremium des Aufsichtsrates eigentlich in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, glaube ich, gelebt sind. Und die Mitglieder selber, wenn sie sich beteiligen wollen, durchaus die Chance sehen, das in dem Gremium dann auch wahrzunehmen, auf der anderen Seite gar nicht so viel Aufwand investieren wollen, sich so zu beteiligen, sodass sie sich eigentlich ganz wohl fühlen in so einer Konstellation, wo sie ihr Geld dafür geben, gut informiert sind, aber selber den administrativen Teil anderen überlassen, die da sich für engagieren.

3.6. Gab oder gibt es neben der finanziellen Beteiligung auch noch andere Möglichkeiten für die Bürger, sich an Planungs-, Bau- und Betriebsphase der Anlage zu beteiligen? (z. B. Umfragen, Bürgergutachten)

Ja, also es sind unterschiedliche Aktivitäten, wo wir auch Beteiligung anbieten. Zum Beispiel die Betreuung unserer Ausgleichsflächen. Wir haben Streuobstwiesen gepachtet für Naturschutz, wir haben Bäume gemeinsam gepflanzt, das ist in einer Aktion gewesen. Es gibt so ein paar Technik-Kleinprojekte, die wir dann auch aufteilen. Sind Ansätze, die dann doch einen Kristallisierungspunkt bieten, um weitere Aktivitäten damit zu verknüpfen. Wir sind aber stark – das muss man schon sagen – momentan auf das Einzelprojekt fokussiert, könnten aber durchaus daran anknüpfen. Aber ist ausbaufähig.

Anhang V – Protokoll Hohenlohe/Kirchberg

Interview mit Gerhard Borchers am 20.08.2015

1. FRAGEN ZU BETEILIGTEN AKTEUREN

- 1.1. Wer hat die Implementierung der Windenergieanlage initiiert? Welche Interessengruppen/Institutionen waren bzw. sind maßgeblich an der Planung, Bau und Betrieb beteiligt?

Also bei uns war es so, dass es zwei Initiativen gab, die sich zusammen gefunden haben und das gemeinsam dann realisiert haben. Das eine war ich persönlich, weil es nach dem Regierungswechsel 2011 hieß, jetzt kommt Windenergie verstärkt in Baden-Württemberg, und ich wollte vermeiden - weil wir schon mal eine Investorengruppe hatten, die dort drei Windräder aufgebaut hat und es gab dort enorme Probleme – dann hab ich die Initiative entwickelt „Komm, wir müssen das in regionaler Hand haben“. Es darf nicht nochmal passieren, dass wir dort auswärtige Investoren haben, dass der Betriebsführer auswärts sitzt und alles nach außen fließt und wir haben den Ärger, weil die Feldwege nicht gerichtet sind. Nur als Beispiel. Dann bin ich zur Stadt gegangen, habe mit dem Bürgermeister gesprochen, habe mit den Fraktionen der einzelnen Kommunen gesprochen, gesagt: „Leute, wir machen da ein Modell, meine Idee ist ein Modell der Bürgerbeteiligung und alles regional“. Und das hat denen zunächst mal imponiert. Dann hab ich gesagt, jawohl, wenn da was passiert bei uns, dann ist es vernünftig, dieses Konzept zu fahren.

Zweitens gab es eine Projektentwicklergruppe, die bis zu diesem Zeitpunkt nur Solarprojekte, PV-Projekte entwickelt hatte, und die kamen auf die Idee „Wir machen ein Windenergieprojekt in Kirchberg, wenn die Rahmenbedingungen so laufen.“ Und mit denen bin ich dann zusammen gekommen, weil ich aus der Gruppe einen persönlich ganz gut kannte, und da kamen wir dann halt zusammen und haben gesagt „Komm, lass uns das gemeinsam machen“. Dann haben wir eine Firma gegründet, das war die Projektierungsfirma, die hat dann quasi drei Gesellschafter. Die eine Gesellschaftergruppe ist der bisherige Solarentwickler, die zweite Gesellschaftergruppe bin ich mit Borchers Consulting, und die dritte Gesellschaftergruppe ist die reencon. Die reencon haben wir dazu genommen, weil das sind unsere Windkraftexperten. Also wir haben jemanden gebraucht, der Windkraftentwicklung schon gemacht hat. Weil die einen haben nur PV gemacht, ich komm von der Bank-Seite, von der Finanzierungsseite und dann war halt die Frage „Jetzt brauchen wir noch Windkraftexperten“, dann haben wir die ins Boot geholt.

Jetzt haben wir eine Projektierungsgesellschaft gegründet aus drei verschiedenen Unternehmen und die hat dann begonnen, das Projekt zu planen, zu entwickeln und zu realisieren.

(Vanessa Ruder) Das war dann die Windpark Kirchberg GmbH & Co. KG?

(Borchers) Genau. Das ist die Firma, die projektiert, entwickelt und die ganze Planung macht. Und dann am Ende, wenn der Windpark fertig gestellt ist, wird's verkauft an die jeweiligen Betreibergesellschaften. Dann hat sich das so ergeben, dass im Zuge der Ausweisung von neuen Windvorranggebieten natürlich viele interessiert waren. Es gibt ja viele große und kleinere Projektentwickler, die das gerne machen. Wir hatten halt die gute Konstellation, dass die Stadt dann immer gesagt hat „Ne, bei uns ist das sozusagen ein Bürgerprojekt und das machen die Kollegen aus unserem Ort und wenn ihr was wollt, müsst ihr euch mit denen auseinandersetzen. Da hat dann keiner richtig angefangen zu projektieren, weil die gewusst haben, wir sind vor Ort, wir kennen alle Grundstückseigentümer und dadurch haben wir einen Startvorteil gehabt. Und dann gabs keine große Wettbewerbssituation. Manche Flächen sind ja so, da sind dann fünf Projektentwickler drauf und versuchen dort händelnd was zu kriegen. Bei uns war das nicht so. Da gabs einen weiteren, aber mit dem haben wir uns dann geeinigt, das hat dann gepasst.

<http://windpark-kirchberg.de/windpark-an-der-a6-buerger-steigen-mit-10-millionen-euro-ein/>:

- Projektentwickler „Windpark Kirchberg GmbH & Co. KG“,
- deren 100%ige Tochtergesellschaft und Komplementärin der Betreibergesellschaft „Windenergie Kirchberg/Jagst Verwaltungs GmbH“
- Gründungskommanditist „Sonnenberg Kirchberg GmbH“
- Daraus entstand die Betreibergesellschaft „Windenergie Kirchberg/Jagst GmbH & Co. KG“

1.2. Wie haben Sie die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Windenergieanlage vor und nach der Inbetriebnahme wahrgenommen? Wie äußerte sich dies?

Wir haben die Bürger ja regelmäßig informiert in Veranstaltungen und haben gesagt, was wir planen, wo es hin soll und dann gab's natürlich wieder Veränderungen in der Planung und da haben wir regelmäßig informiert. Und ab einem gewissen Zeitpunkt gab es eine Gruppe von Leuten, die sich massiv dagegen ausgesprochen haben. Ursprünglich war das aus einem Siedlungsgebiet, das am nächsten ist von allen Siedlungsgebieten zu diesem Windpark und zu einzelnen Windrädern. Und aus diesem Bereich heraus gab es dann eine Initiative, die haben dann Unterschriften gesammelt gegen den Windpark und die haben dann schließlich über 400 Unterschriften gesammelt. Und die haben sie dann beim Bürgermeister abgegeben und haben protestiert, wie schlimm das alles wäre und sie würden enteignet, ihre Häuser wären nix mehr wert sein, der Schall, der Schattenwurf, irgendwie würde nix mehr wachsen und was weiß ich alles. Diesen ganzen Käse auf Deutsch gesagt. Und dann war das natürlich eine große Anzahl von Leuten, die da auf dem Papier standen. Ich weiß aber, ich hab mit vielen gesprochen, die drauf stehen, ich kenn die ja alle – als ich gefragt hab „Warum seid ihr drauf?“, haben die gesagt „Die haben uns erzählt, mein Garten wird verschattet.“ „Dann hab ich gesagt „Das stimmt nicht, wer sagt euch das?“ „Der und der“. „Ich kann aber sagen, ich hab ein Schattenwurfgutachten, es kommt nichts auf dein Grundstück.“ Dann haben die mir alle gesagt „Wie komm ich von der Liste wieder runter?“ Aber das hilft ja nix, die war da. Und diese haben dann viele Leserbriefe geschrieben, der führende Kopf dieser Initiative hat sich bei den Kommunalwahlen aufstellen lassen, ist dann genau wegen dem Thema auch reingekommen – muss man sehen, sonst wäre der aus meiner Sicht nicht reingekommen. Bisschen pikant war, dass ich auch zum ersten Mal auf einer Gemeinderatsliste war, bin auch gewählt worden und musste im Kommunalgremium dann immer gehen, wenn es um Windkraft ging, ist klar. Auf jeden Fall hat es eine gewisse Bedeutung und derjenige hat dann dadurch im Gemeinderat weiter gemacht. Der hat dann immer Anträge gestellt und das Gebiet muss weg und da muss man dagegen vorgehen und so geht's nicht... das ging dann stetig weiter. Insgesamt aber von der Bevölkerung her hat sich's total beruhigt, also es hat sich dann immer weiter reduziert, dieses Thema der Proteste. Ich erinnere mich, dann gab's gegen unseren Bauantrag – der wird ja öffentlich verhandelt – 70 Einsprüche, die waren aber dann, das hab ich schon gemerkt, die waren alle abgeschrieben. Da hat der führende Kopf ein Template gemacht, hat zehn verschiedene Einspruchsmöglichkeiten vorgelegt und dann haben die Bürger sich das wie so Textbausteine zusammenstellen lassen. Ich find Schall doof und ich find Infraschall doof und ich find das doof... dann kam halt der Bausteintext zusammen und dann hat der unterschrieben und abgeliefert. Also inhaltlich waren das keine 70 Einsprüche, inhaltlich waren es de facto drei, weil einer hat für 68 formuliert und zwei haben selbstständig formuliert. Die haben wenigstens noch was dabei gedacht und gesagt „Komm, das mach ich dann selber“. Und dann kam die Erörterungsveranstaltung, da werden diese Einsprüche ja dann öffentlich verhandelt. Da kam das Landratsamt mit vielen Menschen, die Genehmigungsbehörde, und wir als Entwickler mit vielen Gutachtern – der Tag kostet 15.000 Euro. Anwesend, von den 70, die Einspruch erhoben haben: fünf, tippe ich mal. Drei haben gesprochen. Dann waren noch 30 Zuhörer da, die waren nur neugierig – „Das Spektakel wollen wir mal erleben“. Das ging dann von mittags um 2 bis nachts um halb 10 und dann waren alle Einsprüche behandelt und dann wurden

die alle abgewiesen. Und nach dieser Veranstaltung hat es sich total beruhigt. Im Grunde genommen ist es nur noch der eine, der das alles begonnen hat, der jetzt im Gemeinderat sitzt. Der Gemeinderat hat dann alle seine Versuche abgelehnt, das zu verhindern, auf Planungsebene, auf Genehmigungsebene, auf Flächennutzungsplanebene, alles. Jetzt wollte er noch den Gemeinderat dazu zwingen, eine Klage gegen unseren Genehmigungsbescheid vorzunehmen. Dann hat der Gemeinderat aber auch das abgelehnt und jetzt ist Ruhe. Das war eine Welle am Anfang und jetzt ist das abgeebbt. Da gibt's noch eine Frau, die ab und zu mal in der Zeitung was schreibt. Am Anfang bin ich da persönlich ziemlich stark angegangen worden im Ort, das hat sich aber auch alles beruhigt. Wenn die Dinger stehen – jetzt bauen wir sie grade – in einem halben Jahr ist alles vorbei, weil dann weiß jeder, ich hab keinen Schattenwurf, ich hör sie nicht, ich gewöhn mich dran, wie sie aussehen und so schlimm sehen sie ja gar nicht aus. So wird das laufen. Ich hab ja andere Fälle. In Schwäbisch Hall, der Windpark, da ist wahnsinnig der Teufel los, mit Klagen, Verwaltungsgerichtshof. Das ist bei uns nicht dazu gekommen. Das ist einfach eine Initiative gewesen, Unterschriften, dann noch beim Gemeinderat und jetzt ist es durch und jetzt ist es vorbei.

1.3. Wie hoch war die Nachfrage der Bürger nach Beteiligungsanteilen?

Da gibt's ne interessante Entwicklung. Dass es so extrem ist, wusste ich nicht. Wir haben ja Beitritte gehabt, wir haben die Genossenschaft 2012 gegründet und haben da Schritt für Schritt neue Mitglieder gewonnen. Und das hat sich so hingezogen, dann war mal eine Weile gar nichts, dann haben wir wieder eine Informationsveranstaltung gemacht, dann kam wieder was. Und dann kamen die ersten Hinweise in der Zeitung, dass das Ding genehmigt wird, dann kamen schon mehr. Dann hieß es „Ihr kriegt das alles hin – dann bin ich dabei“. Und dann am die Pressemitteilung von uns „Es ist genehmigt und wir machen nochmal eine letzte Informationsveranstaltung, weil jetzt ist dann bald Ende“. Und dann haben sie uns überschüttet. Dann kam der große Run. Und so haben wir quasi unsere Mitgliederzahl und unser Kapital innerhalb von acht Wochen verdoppelt und sind jetzt aktuell bei 180 Genossenschaftsmitgliedern mit insgesamt 2,1 Millionen Euro Kapital. Vor einem halben Jahr hätte ich mir das nicht träumen lassen, dass wir das zusammen kriegen.

(Bei Nachfrageüberhang: Gab es bestimmte Kriterien, nach denen die Beteiligten ausgewählt wurden?)

Wer zuerst kommt, mahlt zuerst, wobei wir immer kommuniziert haben „Wir haben einen Bürgerwindpark und regionalisiert, Hohenlohe. Wir haben jetzt im Ergebnis, dass von unseren Genossenschaftsmitgliedern 80 Prozent aus dem Landkreis Schwäbisch Hall sind, also genau dort, wo ich es haben will. Und dann sind viele noch aus den Nachbarlandkreisen. Aber ich glaube, außerhalb der Nachbarlandkreise ist es eine Handvoll und die Fünf, die sind dann irgendwie hier geboren und aufgewachsen und wohnen jetzt woanders, die gesagt haben „Komm, das machen wir, weil wir Verbundenheit haben“. Aber das hat sich dadurch rausgeschaped. Die Kampagne hat gewirkt. Wir haben immer gesagt, wir wollen Leute aus der Region, aus Hohenlohe und so lief es dann auch.

1.4. Wie viele Personen sind an der Anlage beteiligt? Sind auch juristische Personen beteiligt? Wenn ja, welche?

Wir müssen da ja nochmal differenzieren. Wir brauchen insgesamt 11,2 Millionen Eigenkapital für die gesamte Anlage und davon zeichnen wir von der Genossenschaft 2,1 Millionen. Das wird vielleicht ein bisschen mehr noch, 2,2 Millionen. Und die restlichen 9 Millionen, die werden im Wesentlichen, fast alle, von Kommanditisten gezeichnet. Dort haben wir 120 oder 130 Kommanditisten, sodass wir insgesamt ca. 300 Anteilseigner haben. Auch die Kommanditisten kommen fast alle aus der Region, Privatpersonen. Und wir haben folgende Konstellation, wir haben nur drei juristische Personen: Erstens die

Stadtwerke Crailsheim, die haben 500.000 gezeichnet, das zweite ist eine Tochtergesellschaft, der Direktvermarkter ecoSWITCH heißen die, die haben 50.000 gezeichnet – die haben den Auftrag von uns, den Strom direkt zu vermarkten – und dann haben wir noch eine weitere Genossenschaft, die heißt Energie und Umwelt, die kommt aus dem Neckar-Odenwald-Bereich, die hat auch nochmal 500.000 gezeichnet. Neckar-Odenwald ist eG, die haben auch nur Bürger. Von 11,2 Millionen kommen 500.000 von einer juristischen Person, alle anderen kommen von Bürgern. An dem müssen sich alle messen in Sachen Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung wird ja oft erwähnt – da ist ja auch jemand, da sind ein paar Bürger dabei – das macht die EnBW oder irgend ein Stadtwerk, die haben das ein bisschen geöffnet. Bei uns ist es andersrum. Unser Park ist 95 Prozent in Bürgerhand. Ich meine, das ist der größte Bürgerwindpark in Süddeutschland. Ich kenn keinen, der acht Räder stellt und 95 Prozent dieser Räder gehören der Bevölkerung. Wir haben 7,5 Räder in Bürgerhand. Kenn ich bisher keinen. Insofern sind wir schon ein bisschen stolz drauf, weil wir ja keine Windkraftentwickler waren. Ich bin der, der aus dem Finanzbereich kommt, die anderen, okay, PV. Wir haben dann Windspezialisten hinzugenommen, haben gesagt „Komm, helf und, damit wir das hinkriegen.“ Aber für das erste Projekt und dann 10.5 Millionen einsammeln... ich find das nicht schlecht.

<http://windpark-kirchberg.de/windpark-an-der-a6-buerger-steigen-mit-10-millionen-euro-ein/>:

- 100 Kommanditisten und 160 Genossenschaftsmitglieder

<http://www.hohenlohewind.de/index.php/news?new=25&picCurrent=3>:

- An der Hohenlohe Wind eG sind über 170 Personen beteiligt.

2. FRAGEN ZUR FINANZIERUNG

2.1. Wie hoch war die Investitionssumme für die Windenergieanlage?

43,6 Millionen für den gesamten Park.

2.1.1. Zusatzfrage: Ist Hohenlohe Wind eG an einer bestimmten Anlage beteiligt oder am gesamten Park?

Der gesamte Park von 8 Anlagen wird von drei verschiedenen Betreibergesellschaften betrieben. Eine Betreibergesellschaft hat fünf Anlagen, das ist die Windenergie Kirchberg/Jagst GmbH & Co. KG. Die hat fünf Anlagen, an der wird sich die Hohenlohe Wind eG beteiligen. Die Windenergie Kirchberg II GmbH & Co. KG, die hat zwei Anlagen, und dann gibt's noch den Bürgerwindpark Hohenlohe, das sind die anderen Kollegen, die auch mit projektieren wollten und dann haben wir gesagt: „Lass und projektieren und ihr nehmt uns am Schluss eine Anlage ab.“ Die haben auch nochmal eine Anlage, also es ist das Verhältnis 5:2:1. Wobei wichtig ist: nur juristische Trennung, wirtschaftlich ist es eine Einheit, das heißt, wir haben einen Anschluss, einen Stromzähler, es ist völlig Wurst, an welcher Betreibergesellschaft ich beteiligt bin. Jeder hat das gleiche Ergebnis. Der Windertrag wird durch acht geteilt, die Kosten werden durch acht geteilt, wir haben einen Wartungsvertrag, also man nennt das „Kosten- und Ertragspooling“. Das ist nur eine juristische Trennung. Die Kollegen in Niedernhall wollten halt ein eigenes Windrad, weil ihre Stammkommanditisten sagen: „Wir haben wieder ein Windrad.“ Und die zweite Gesellschaft hat nur einen steuerlichen Grund, die schreibt anders ab.

Aus Prospekt „Windpark Kirchberg“, S. 10:

- Für den gesamten Windpark waren 42.750.000 € geplant.

<http://windpark-kirchberg.de/windpark-an-der-a6-buerger-steigen-mit-10-millionen-euro-ein/>:

- Gesamtkosten 43.600.000 Euro für 8 Windenergieanlagen des Typs Vestas 126.

2.2. Welcher Anteil an der Gesamtinvestition wird durch finanzielle Bürgerbeteiligung (Genossenschaftsmitglieder bzw. Kommanditisten) abgedeckt? Wie viel ist fremdfinanziert?

(Vanessa Ruder) 2,1 Millionen macht Ihre Genossenschaft...

(Borchers) Genau.

(Vanessa Ruder) Dann sind aber trotzdem noch die anderen 9,1 Millionen auch über Bürgerbeteiligung...

(Borchers) Absolut, das sind halt Kommanditanteile.

(Vanessa Ruder) Genau. Und das heißt, es ist ja ungefähr ein Viertel von der Gesamtinvestitionssumme, die dann über Eigenkapital finanziert wird.

(Borchers) Ja, 25 Prozent. 75 geht über eine Bankfinanzierung.

<http://windpark-kirchberg.de/windpark-an-der-a6-buerger-steigen-mit-10-millionen-euro-ein/>:

- 32.400.000 Euro fremdfinanziert. Eigenmittel rund 11.200.000 Euro, davon ca. 10.000.000 Euro aus Bürgerhand. Bürger kommen zu 70 % aus dem Landkreis Schwäbisch Hall und benachbarten Kreisen.

<http://www.hohenlohewind.de/index.php/news?new=25&picCurrent=3>

- Die 170 Mitglieder der Hohenlohe Wind eG bringt insgesamt 2,1 Millionen Euro als Kommanditistenbeteiligung in die Betreibergesellschaft „Windenergie Kirchberg/Jagst GmbH & Co. KG“ ein.

2.3. Wie hoch ist der Mindest- bzw. Maximalbeteiligungsbetrag pro Person? Weshalb wurden gerade diese Beträge festgesetzt?

In der Genossenschaft haben wir eine Beteiligungsmöglichkeit ab 2.500 Euro, ein Genossenschaftsanteil hat zwei-fünf, und eine einzelne Person kann nicht mehr als 20 Genossenschaftsanteile halten. Das bedeutet, eine Person kann nicht mehr als 50.000 Euro investieren in die Hohenlohe Wind eG. Jeder, der mehr als 50.000 Euro investieren will, der muss eben Kommanditist werden und dort ist die Begrenzung nach oben... gibt's keine. Die ist natürlich begrenzt, denn wir haben keine Privatpersonen, die da Millionen reinsteckt, sondern ich glaube, die höchste Einzelbeteiligung ist bei 200.000.

Und warum haben wir die Genossenschaft begrenzt? Das hat einen einfachen Grund. Sie müssen ja die Genossenschaft so konstruieren, dass man einen Anteil kündigen kann. Wenn jemand kündigt, dann will er natürlich sein Kapital zurück. Wenn ich aber das Kapital investiert habe im Windpark, dann hab ich keine Liquidität in der Genossenschaft. Und wenn jetzt jemand 200.000 Euro Anteile hätte und kündigt, dann hab ich ein Problem. Wenn einer mit 10.000 kündigt, dann krieg ich das irgendwie hin. Dann muss er halt vielleicht mal zwei Jahre warten, dann hab ich die Liquidität. Deshalb haben wir das begrenzt und gesagt „Leute – mehr als 50.000 – das Risiko können wir gar nicht eingehen.“ Dass einer mit nem riesen Betrag kündigt und ich hab die Liquidität nicht und muss den enttäuschen und sagen „Du kannst zwar kündigen, aber du kriegst kein Geld.“

(Vanessa Ruder) Ist nicht sogar gesetzlich festgelegt, dass ein Mitglied seinen Anteil erst dann zurück bekommt wenn – wenn ein Stammkapital festgelegt ist bei der Genossenschaft, dass dann die Rückzahlung nicht das Stammkapital angreifen darf?

(Borchers) Ja, das hängt damit zusammen. Die KG kann ausschütten an die Kommanditisten. Und wir sind Kommanditist als eG. Wenn die KG ausschüttet, nicht aus Gewinnen, sondern nur aus Liquidität, dann reduziert sie ja quasi den Kommanditanteil. Weil sie hat ja keinen Gewinn, sie muss aus dem Kapital bedienen, halt Liquidität. Und das würde bedeuten, auch unsere Beteiligung schrumpft buchhalterisch, buchmäßig, im Buchwert und das würde natürlich auch die Geschäftsanteile der Einzelmitglieder

senken. Und dann dürfte ich nicht ausschütten. Aber wenn die KG oben Gewinn macht, dann bleibt ja – solange die Gewinn macht – bleibt immer mein Geschäftsanteil, das Stammkapital der Genossenschaft, investiert in einen Buchwert bei der KG, der nicht angegriffen wird, weil er nicht ausgeschüttet wird. Insofern ist das schon möglich, auszuschütten, aber Sie haben Recht, es gibt Grenzen in der Ausschüttung für die Genossenschaft. Die müssen auch zehn Prozent des Gewinns in die gesetzliche Rücklage legen, muss ich auch machen, ich kann nicht einfach beliebig ausschütten. Das muss man beachten bei der Genossenschaft. Die KG kann ausschütten, wie sie will.

<http://www.hohenlohewind.de/index.php/wir-ueber-uns/satzung?picCurrent=4>:

- *Mindestbeteiligung innerhalb der Genossenschaft: 2.500 Euro = 1 Anteil – Satzung § 3 I*
- *Maximalbeteiligung: 50.000 Euro = 20 Anteile – Satzung § 3 II*

Aus Prospekt „Windpark Kirchberg“, S. 141:

- *Mindestbetrag pro Kommanditist liegt bei 50.000 Euro, Maximalbetrag bei 3.750.000 Euro. Haftsumme der Kommanditisten liegt bei 10 % ihrer Pflichteinlage, die im Handelsregister eingetragen ist.*

3. FRAGEN ZUR BÜRGERBETEILIGUNG

3.1. Wie kam es zu der Idee, die Möglichkeit der finanziellen Bürgerbeteiligung zu schaffen? (z. B. Nachfrage, Aktivität einer Bürgerinitiative, etc.)

Der Grundgedanke war eben die vollständige Regionalisierung der Wertschöpfung. Also die Eigentümer, die sind schon mal da, die sind regional, die kriegen die Pacht. Dann brauch ich möglichst das Eigenkapital aus der Region, ich will die Baufirma aus der Region haben – Turbinenfirma krieg ich nicht aus der Region, das geht nicht, aber zumindest die, die den Bau ausführt – dann war die ursprüngliche Planung, wenn es irgendwie geht, auch die Bank aus der Region zu bekommen, das haben wir leider nicht geschafft. Aber wir wollten auch den Direktvermarkter aus der Region, wir wollten alle Anteilseigner aus der Region und wir werden – das ist auch das Ziel – diesen Strom regional vermarkten. Das heißt, es wird einen extra Ökostromtarif Hohenlohe Wind geben, den werden wir in Partnerschaft, wahrscheinlich mit den Stadtwerken Crailsheim initiieren und den Bürgern in der Region anbieten. Dass diejenigen sagen können – Sie wissen, das ist nur virtuell, weil das physisch nicht geht. Das lässt das EEG nicht zu, dass ich den Strom dort irgendwo verkaufe, der Windpark verkauft an die Stadtwerke und die Stadtwerke an die Bürger, das ist nur virtuell – aber die werden einen Ökostrom anbieten, der attraktiv ist von den Preisen her, wo Mitglieder der Genossenschaft eine kleine Vergünstigung kriegen und die anderen KG-Mitglieder, die Kommanditisten, kriegen dann an diesem Ökostrom vielleicht eine kleinere Grundgebühr – statt 6 Euro im Monat sind es dann 5,80 oder 5,50 – was weiß ich, muss man sehen. Aber es soll doch irgendwo ein Zeichen sein, die, die Mitglied sind, die haben einen Vorteil. Der Rest der Bevölkerung kann diesen Ökostrom auch kaufen als Haushaltsstrom. Das war das Ansinnen, die Regionalisierung entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Das war das Ziel.

Und ein großer Block ist natürlich das Eigenkapital und dann haben wir uns überlegt: Wie stelle ich das Eigenkapital auf? Wir wollen eine breite Bürgerbeteiligung, also muss ich die Einstiegsgröße niedrig setzen. Ich kann nicht 10, 20, 30.000 Euro Anteile verkaufen und sagen „Ich habe eine breite Bürgerbeteiligung“. Ich muss runter. Aber zu tief runter wollte ich nicht, kann ich Ihnen ganz frei sagen. Ich kann natürlich Genossenschaftsanteile mit 100 oder 200 Euro abgeben. Aber das mache ich ehrenamtlich, die Genossenschaft, mit meinem Büro zusammen. Wenn ich da 100er-Anteile angenommen hätte, ich wär verrückt geworden. Ich bin jetzt schon fast... in den letzten Wochen hab ich jeden Antrag eingetippt in eine Exceltabelle und hab die Abbuchungen vorgenommen. Das mach ich ja alles nebenher. Und dann hab ich gesagt „Leute, irgendwo hat es eine Grenze. Wir machen zweieinhalb Tausend. Ich will auch ein commitment vom Bürger, dass der sagt, ich bin dabei, und zweieinhalb Tausend können sich hoffentlich viele Leute leisten.“ Und so ist es dann auch passiert, dass wir eine breite

Bürgerbeteiligung haben. Und dann haben wir aber gesehen, rein aus Genossenschaftsanteilen kann ich ja niemals 11 Millionen einsammeln. Geht ja gar nicht. Und dann kam die Idee, wir machen eine Mischung, wir machen als Betreibergesellschaft eine KG und die Hohenlohe Wind beteiligt sind dann daran.

Das ist fast noch zu einem ganz schwierigen Kapitel geworden, weil das KAGB hat uns da fast einen Streich gespielt. Deshalb haben viele Genossenschaften jetzt zwei Jahre lang beschlossen, sie investieren nicht in KGs, weil sie sonst KGB-pflichtig wären.

(Vanessa Ruder) Prospektpflichtig?

(Borchers) Prospektpflicht ist nochmal was anderes. Prospekt ist Vermögensanlagegesetz. Kapitalanlagegesetzbuch heißt, in dem Moment, wo Sie Geld einsammeln, sind Sie ein alternativer Investmentfond. Und ein alternativer Investmentfond muss vom BaFin genehmigt werden. Dort gibt es Ausnahmen für Genossenschaften, wo es einfacher wird, aber allein dieser Registrierungsprozess, dieser einfache Prozess, sich genehmigen zu lassen beim BaFin, hat bis ins Frühjahr hinein eine einzige Genossenschaft in Deutschland durchgezogen. Eine. Wir wären die zweite gewesen. Der Prozess lief, wir haben schon Anträge gestellt. Da müssen Sie die Professionalität der Geschäftsführung nachweisen. Das ist oft für viele Energiegenossenschaften schwierig. Bei mir wäre es gegangen, weil ich früher eine Managementfunktion bei einer großen deutschen Bank hatte, der Kollege war Genossenschaftsvorstand von einer Elektrizitätsgenossenschaft... Es wäre gegangen, wir hätten es durchgekriegt. Und ich hab sogar die Satzung ändern lassen auf Hinweis vom BaFin, dafür, für den Registrierungsantrag. Und am Tag, nachdem ich die außerordentliche Generalversammlung hatte und die Satzung habe ändern lassen, kommt ein Anwendungsschreiben vom BaFin: „Erledigt, auf politischen Druck hin sind die Genossenschaften ausgenommen, sind grundsätzlich nicht KAGB-pflichtig, ihr könnt euch wieder beteiligen.“ Jetzt habe ich die Satzungsänderung ruhen lassen, weil das kostet ja auch immer Geld und bei der nächsten Versammlung lasse ich die wieder aufheben. Wir haben den Prozess abgebrochen, die BaFin hat unsere Bewerbungsunterlagen für den Registrierungsprozess KGB zurückgeschickt: „Ne, braucht ihr nicht, alles okay.“ Für viele Genossenschaften war das ein riesen Problem. Viele Genossenschaftsverbände haben auch ihren Genossenschaften empfohlen, die Registrierung nicht zu machen. Wir haben das mit BaFin-Experten von Wirtschaftsprüfungskanzleien gemacht, die haben gesagt: „Das ziehen wir durch.“ Hätten wir auch gemacht, aber zum Glück war es am Schluss nicht notwendig. Sonst wären wir die zweite Genossenschaft in Deutschland gewesen, die sich für das KAGB registrieren konnte.

Was sie trotzdem brauchen für die KG ist ein Prospekt. Die KG ist deshalb nicht KAGB-pflichtig, weil sie operativen Charakter hat. Die KG betreibt den Windpark selber, macht die Betriebsführung und so weiter, das ist ein operativer Charakter. Dann bin ich sofort wieder nicht unter KAGB. Aber ich muss trotzdem das VermAnlG, Vermögensanlagegesetz, beachten, das heißt, ich hab dort Prospektpflicht. Und diesen Prospekt haben wir erstellt, der ist auch im Internet. Verkaufsprospekt. Das ist dieser dicke, der hat uns 70.000 Euro gekostet, allein Anwaltskosten und Steuerberaterkosten. Mit Druckkosten vielleicht ein bisschen mehr. Das haben wir gemacht, der ist dann relativ schnell genehmigt gewesen. Dann haben wir diese gesetzlichen Themen alle abgedeckt.

3.2. Welche Ziele wurden mit der finanziellen Bürgerbeteiligung verfolgt?

Die Grundthese war, durch eine Bürgerbeteiligung schaffe ich mir Akzeptanz. Das ist aber Unsinn.

(Vanessa Ruder) Weil die, die dagegen sind, sind immer dagegen?

(Borchers) Genau. Weil die sagen Ihnen noch: „Wie kann man den eigenen Bürger in so ein finanzielles Desaster laufen lassen, weil Windparks sind ja grundsätzlich unrentabel in Süddeutschland. Und das ist Pseudobürgerbeteiligung, das ist sogar noch eine Schweinerei, was ihr hier macht.“

Die Bürgerbeteiligung schafft Ihnen politische Akzeptanz. In den politischen Gremien wird das gerne gesehen, dass der Park den Bürgern gehört. Bei den Bürgern haben Sie eben die Befürworter, die investieren, dann haben Sie die Neutralen, die sagen: „Ach Gott, ist mir eh egal“ und dann haben Sie die Gegner, die sagen: „Schweinerei, da sind Bürger beteiligt.“ Bürgerbeteiligung auf finanzieller Ebene – sage ich – schafft nicht mehr Akzeptanz. Auf politischer Ebene ja, auch Bürgerseite würde ich das kritisch sehen. Bürgerbeteiligung im Sinne von Transparenz und stetige Information und wissen, was läuft. Das schafft Ihnen schon mehr Akzeptanz. Das haben wir ja extrem betrieben. Was wir an Veranstaltungen gemacht haben und immer von Anfang an Bürgerinformationsveranstaltungen. Wir haben in den Stadtteilen von Kirchberg zwei große gemacht. Wir haben bei uns im Wasserschloss, wo wir das Büro haben, nochmal drei große gemacht. Dann von der Kommune veranlasst gab es eine große dort in dem Teilort, wo es die Proteste gab. Da ging's richtig zur Sache, das war dann ein richtig heißer Abend. Haben wir auch gemacht. Wir haben in einem Teilort, in dem es auch Proteste gab, angeboten, eine Veranstaltung zu machen. Zuerst hat die Ortsvorsteherin gesagt: „Toll, wenn ihr kommt.“ Und dann haben sie rumgefragt. Ne, wir sollen nicht kommen, sie befürchten, wir würden da zu einseitig berichten. Aber wir haben stetige Presseinformationen, große Presseartikel, stetig immer alle informiert, was wir machen, wie der Status ist, was wir vorhaben, wie groß die Anlagen werden und so weiter. Das hilft! Natürlich auch wieder nicht bei den Gegnern. Das ist mir aber Wurst. Aber bei allen anderen, die sagen: „Die sind transparent, da weiß ich, was passiert, ich weiß, wo die bauen...“ Die Baustelleneinrichtung. Wir haben große Informationen gegeben, welche Straßen betroffen sind, wie wir es machen. Ich melde allen immer, wenn nächste Woche wieder ein Gemeindeverbindungsweg gesperrt ist. Immer Vollgas. Das hilft. Aber finanziell – das hilft politisch.

[http://www.hohenlohewind.de/index.php/wir-ueber-uns?picCurrent=1:](http://www.hohenlohewind.de/index.php/wir-ueber-uns?picCurrent=1)

- Wertschöpfung des Windparks in der Region halten

3.3. Welche Gründe sprachen dafür, die Beteiligungsgesellschaft in der von Ihnen gewählten Rechtsform (Genossenschaft/GmbH & Co. KG) zu organisieren? Gab es auch Gründe, die gegen die Rechtsform sprachen?

Es gibt einen klaren Vorteil der Genossenschaft. Ich kann kleinere Mitgliedsanteile besser verwalten. Insbesondere in der doppelstöckigen Struktur – oben die KG und darunter die Genossenschaft. Wenn ich zweieinhalbtausender-KG-Anteile habe, dann kann ich für die Gesellschafterversammlung eine Halle buchen. Und dann wird's ganz kritisch, weil da hat jeder seine Themen. Und da haben wir gesagt: „Ne, wir machen das doppelstöckig, damit wir nicht zu viele Gesellschafter haben. Und dann haben wir darunter die Genossenschaft.“ Und der große Vorteil ist eben im ländlichen Sektor, da lebt jeder mit der Genossenschaft. Die Hälfte ist eh bei der Volksbank oder Raiffeisenbank Genosse. Das ist ein gelebtes Prinzip, dieses Prinzip One-man-one-vote. Egal, wieviel ich hab, ich zähl genauso viel. Ob ich 50.000 in der Genossenschaft habe oder zweieinhalb Tausend. Diese besondere Aufsicht durch den Genossenschaftsverband. Die passen auf, dass da alles sauber läuft. Ich hab da nochmal ein Gremium, eine Aufsicht, die mir hilft. Dann diese geringe Insolvenzgefahr bei der Genossenschaft, rein statistisch gesehen. Das sind alles Gründe, die dafür gesprochen haben, dass eine Genossenschaft eine breite Akzeptanz findet. Weil wenn Sie nur eine KG machen, dann ist immer gleich der Ruf da, dass das nur ein paar wenige machen, die da viel Geld reinstecken und Steuerersparnis machen und dann hat sich das. Und dann schreibt man drüber „Bürgerbeteiligung“. Wenn wir es breit machen wollen, ist die Genossenschaft genau das richtige. Kleinere Anteile, jeder hat eine Stimme, jeder ist es gewohnt, geht auch zur Raiffeisenbank.

(Vanessa Ruder) Aber auch bei einer Genossenschaft gibt es Generalversammlungen.

(Borchers) Ja, aber in dem Fall, in der Doppelstöckigkeit, rede ich nicht mehr über den Windpark. In meiner Gesellschafterversammlung rede ich nur noch darüber, dass ich

einen Kommanditanteil bei der KG habe, die haben mir so viel ausgeschüttet, wie viel sollen wir denn weitergeben. Und dann sage ich noch, der Jahresabschluss hat das gekostet, meine Vorstandsvergütung ist bei Null, da könnt ihr alle happy sein und wie sollen wir es machen? Wenn ich aber in der KG bin, dann heißt es „Das Windrad hat da gestanden, da habt ihr in den Betriebsführung Mist gemacht, wieso zahlt ihr die Zinsen und was habt ihr da gemacht und was da...“ Das mache ich ungern mit 400 Leuten. Das ist schwierig zu handeln. Ich als Vorstand bin Vertreter der Genossenschaft bei der KG, krieg da alles mit, berichte dann den Genossen, mache eine Jahresversammlung und sage „Leute, es ist gut gelaufen oder schlecht, das haben wir gekriegt, wie gehen wir intern um mit der Ausschüttung?“

Der Nachteil der Genossenschaft ist einfach das deutsche Steuerrecht. Das deutsche Steuerrecht sagt ja dem Kommanditisten: „Lieber Kommanditist, die GmbH & Co. KG ist ja eine Personengesellschaft, also keine Körperschaftsteuer. Dann wurde Gewerbesteuer bezahlt, du kriegst deine Ausschüttung und darunter musst du halt versteuern. Das ist Einkommen von dir. Und auf das, worauf du die Einkommensteuer zahlst, wird die schon gezahlte Gewerbesteuer angerechnet.“ Ganz einfach. Der zahlt seinen persönlichen Steuersatz. Bei uns ist es anders. Oben wird die Gewerbesteuer bezahlt, unten muss ich aber in der eG Körperschaftsteuer bezahlen, da ich ja eine juristische Person bin. Die Gewerbesteuer, die ich dort bezahle, die wird verrechnet mit der, die oben schon bezahlt ist, nicht doppelt. Aber das Thema ist, dann schüttele ich aus, der Genosse bekommt Kapitalerträge und auf diese Kapitalerträge kann er dann die bezahlte Gewerbesteuer der Genossenschaft – im Gegensatz zum Kommanditisten – nicht anrechnen. Kapitalertragsteuer: er zahlt Abgeltung plus Soli plus Kirchensteuer. Dann ist er irgendwie bei 28 Prozent, egal, welchen Steuersatz er hat und ich hab vorher aber die Gewerbesteuer weg. Und im anderen Fall zahlt er seinen persönlichen Steuersatz, kann aber die Gewerbesteuer drauf anrechnen. Das heißt, angenommen er hätte einen Steuersatz von 30 Prozent und zieht die Gewerbesteuer ab, dann kommt er halt auf 20 und ist bessergestellt als der Kommanditist. Wenn er einen Grenzsteuersatz von 45 hat, weil er reich ist, dann macht das nix aus, weil dann wird zwar die Körperschaftsteuer angerechnet, aber er versteuert trotzdem 40 oder 35. Ist schlechter als der Genosse. Aber die Mehrzahl der Leute hat einen Steuersatz, wo sie... die Rendite nach Steuersatz als Kommanditist ist besser als die der Genossen. Das ärgert mich ein bisschen, aber das hilft mir nichts, das ist der Nachteil, warum auch viele keine Genossenschaft machen. Das ist genau der Punkt. Weil die Nachsteuerrendite schlechter ist. Ein Wirtschaftsprüfer hat mir gesagt, er tippt bei einem normalen Bürger mit einem Steuersatz von 30 Prozent oder so auf ein halbes Prozent Gesamtrenditeverlust. Das sind dann fünf, oder viereinhalb oder vier-sieben. Das macht schon was aus.

Und meine Verwaltung ist ein bisschen komplizierter. Einen KG-Anteil, einen Gewinnanteil auszuschütten, ist ganz einfach. Da müssen Sie gar nichts machen, da schütten Sie einfach aus. Wenn ich ausschüttele als eG, dann muss ich den ganzen Kladderadatsch – Abgeltungsteuer, Soli plus die komplizierte Kirchensteueranrechnung – machen. Weil, bevor ich das ausschüttele, muss ich das organisieren. Das heißt, ich muss jetzt eine Software kaufen, die mir das automatisiert, ich muss Freistellungsaufträge der Bürger holen... ich bin jetzt wie eine Bank. Und das ist der Hammer. Das ist ja auch vom Aufwand her... ich muss für 180 Leute so eine Erklärung abgeben, muss die abführen ans Finanzamt, muss den Genossen wieder erklären, was da passiert ist. Und denen muss ich wieder sagen: „Gib mir deine Kirchensteuermerkmale, die muss ich einpflegen, damit die richtig rechnet, die Software.“ Die Software kostet ein paar Tausend Euro. Und das mache ich nebenher. Das mache ich aber nicht mehr, das kann ich Ihnen sagen. Jetzt bisher habe ich das nicht einmal mit Aufwandsentschädigung gemacht. Wenn ich Post verschickt habe an alle Mitglieder, habe ich das aus meiner Firma heraus gemacht. Das geht ja nicht mehr anders. Eine kleine Aufwandsentschädigung werden wir einführen und ich werde diese Verwaltungstätigkeit, Mitgliederpflege wahrscheinlich auch abgeben. Vielleicht werden wir das sogar... die kaufmännische Betriebsführung der KG machen wir drüben im Schloss bei der ingenia, bei den Projektentwicklern Photovoltaik. Die werden das wahrscheinlich nebenher mitmachen, aber da müssen wir halt ein bisschen

Aufwandsentschädigung geben. Ich werde weiterhin kein Gehalt als Vorstand beziehen, aber ein bisschen Aufwandsentschädigung brauche ich schon.

<http://www.hohenlohewind.de/index.php/wir-ueber-uns/vorteile?picCurrent=1>

- *Breite Bürgerbeteiligung mit geringen Mindest-Zeichnungssummen*
- *Demokratischste Rechtsform*
- *Geringstes Insolvenzrisiko: interne Kontrolle durch Mitglieder und externe Kontrolle durch Prüfungsverband*

3.4. Welche (positiven und negativen) Erfahrungen haben Sie seit der Gesellschaftsgründung mit dieser Rechtsform gemacht?

Nochmal zusammenfassend sehr schwierige Erfahrungen in Bezug auf das Kapitalanlagegesetzbuch KAGB. Das war sehr schwierig und hat uns auch sehr viel Zeit, Nerven und Geld gekostet, weil wir mussten Anträge bezahlen und alles Mögliche. Das hätte auch schief gehen können, muss ich ehrlich sagen. Wenn es dumm läuft, dann werden wir nicht registriert und die Genossenschaft kann sich nicht beteiligen, dann müssen wir wieder alles auflösen. Jetzt haben wir da Glück gehabt.

Aber insgesamt, was einfach positiv ist, ist die Resonanz. Wenn Sie da ein neues Mitglied nach dem anderen aufnehmen und Informationsveranstaltungen oder Generalversammlungen machen und alle freuen sich: „Mensch, ihr habt das hingekriegt“ und so viele... „Was jetzt haben wir über zwei Millionen, das gibt's ja nicht“. Wenn's dann funktioniert, ist die Genossenschaft schon was Besonderes. Ich hab die Satzung entwickelt gemeinsam mit dem Genossenschaftsverband, all diese Themen. Und jetzt am Schluss funktioniert es und wir haben über zwei Millionen. Uns gehört mehr als ein Windrad in dem Park – allein der Genossenschaft. Ein Windrad hat 1,4 Millionen Eigenkapital, wir haben 2,1, das heißt, eineinhalb Windräder gehören uns – fiktiv. Und ich weiß noch, bei der allerersten Versammlung 2012, bei der Gründung oder kurz danach, da hab ich gesagt: „Leute, wenn wir am Schluss ein Windrad zusammenkriegen, was für ein Wahnsinn.“ Und jetzt haben wir eineinhalb. Das sind so die schönen und positiven Erfahrungen. Dass trotz der negativen Erfahrungen, der Leserbriefschlachten, die Leute trotzdem gesagt haben: „Ich mach mit.“ Super. Das ist dann schön.

3.5. Wie beurteilen Sie die Einflussmöglichkeiten der finanziell beteiligten Bürger auf die Beteiligungsgesellschaft im Allgemeinen und auf die Geschäftsführung im Speziellen?

Wenn ich ehrlich bin: Die ist nahe Null. Die können auf mich Einfluss nehmen, dass ich da bestimmte Themen vertrete, weil wir sind der größte Kommanditist, wir sind größter Investor. Ich hab schon was zu sagen, weil ich quasi – es sind fünf Windräder, in der Gesellschaft sind also 7,5 Millionen Eigenkapital. Ich hab fast 30 Prozent der Stimmrechte da drin. Also gegen uns muss erst mal jemand ankommen. Insofern kann ich die Mitglieder vertreten und deren Interessen vertreten und wir haben Macht da drin. Aber der Einzelgenosse hat keine. Die Genossenschaft an sich hat, aber der Einzelgenosse nicht.

(*Vanessa Ruder*) Das heißt, Sie fühlen sich Ihren Mitgliedern gegenüber verpflichtet, die zu vertreten, aber wenn Sie das nicht täten aus irgendwelchen Gründen, dann...

(*Borchers*) Können sie mich abschießen als Vorstand und einen anderen Vorstand wählen, null Problem. Aber diese spezielle Entscheidung zu beeinflussen, das können sie nicht. Sie können falsche Entscheidungen... und die können zu Konsequenzen führen. Die können wir abschießen. Können jedes Jahr sagen: „Das war's.“

Aus Prospekt „Windpark Kirchberg“, S. 142f:


- *Kommanditisten sind von der Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen*

- *Kommanditisten können die Informations- und Kontrollrechte nach §§ 164, 166 HGB auf eigene Kosten persönlich ausüben (-> auf Genossenschaftskosten durch Vorstand)*
- *Die Stimmen der Kommanditisten in der Gesellschafterversammlung richten sich nach der Höhe der eingezahlten Pflichteinlagen. Eine Stimme entspricht 10.000 Euro (-> Hohenlohe Wind eG verfügt über 210 Stimmen)*

3.6. Gab oder gibt es neben der finanziellen Beteiligung auch noch andere Möglichkeiten für die Bürger, sich an Planungs-, Bau- und Betriebsphase der Anlage zu beteiligen? (z. B. Umfragen, Bürgergutachten)

Ne. Also in der Planungsphase sowieso nicht, wir haben da... es gab immer wieder Hinweise, wir sollen bestimmte Standorte verlegen und das haben wir dann geprüft. Ja, solche Fragen gab's mal, aber das kam nicht von Genossen, sondern von Anwohnern und Bürgern insgesamt und dann ging's meistens nichts aus irgendwelchen Gründen. Und ansonsten gibt's da ehrlicherweise keine weiteren Beteiligungsmöglichkeiten oder Einflussmöglichkeiten. Es ist indirekt ja, wie ich gerade beschrieben hab, in deiner KG-Versammlung schießt du bitte den Geschäftsführer der KG ab, weil die Murks machen. So könnten die mich beauftragen. Ob ich's dann schaffe oder mache, das ist was anderes. Sonst gibt's da keine Möglichkeiten.

Anhang VI – Zitierte Homepages



URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17998/partizipation>

Pfad: Nachschlagen | Lexika | Das Politiklexikon | P | Partizipation

Partizipation

[lat.: Teilhabe] Allg.: P. bezeichnet die aktive Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen bei der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten bzw. der Mitglieder einer Organisation, einer Gruppe, eines Vereins etc. an den gemeinsamen Angelegenheiten.

Spez.: 1) P. bezeichnet die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Willensbildungsprozessen, insbesondere an Wahlen und Referenden.

2) In einem rechtlichen Sinne bezeichnet P. die Teilhabe der Bevölkerung an Verwaltungsentscheidungen.

Siehe auch:
[Demokratie](#)
[Wahlen](#)

Quelle: Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 5., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2011.

Zitiert als: Bundeszentrale für politische Bildung, 2015.



Sie befinden sich hier: [Über uns](#) - [hertenfonds](#)

hertenfonds



Im Jahr 2002 entwickelten die Hertener Stadtwerke mit dem "hertenfonds" ein innovatives Anlage- und Investitionsmodell, das bundesweit Furore machte.

Bereits dreimal haben Kunden der Hertener Stadtwerke zu einem festen Zinssatz in Inhaber-Schuldverschreibungen investiert und so verschiedene Projekte mit ermöglicht:

hertenfonds "classic"

Jahr	2002
Volumen	10 Mio. Euro
Investoren	1.100
Projekte	Umgestaltung der Saunawelt im Copa Ca Backum; Neubau der Wellnesswelt "Copa Oase"

hertenfonds "natürlich"

Jahr	2008
Volumen	7,5 Mio. Euro
Investoren	600
Projekte	Beteiligung am Offshore-Windpark Borkum West

hertenfonds "energie+"

Jahr	2012
Volumen	10 Mio. Euro
Investoren	1.000
Projekte	Ausbau regenerativer Energien

Download



Formulare für hertenfonds-Anteilseigner: Freistellungsauftrag für Kapitalerträge ab 2012; Antrag auf Einbehaltung der Kirchensteuer; Änderungsantrag

Freistellungsauftrag

Einbehaltung Kirchensteuer

Änderungsantrag

Zitiert als Hertener Stadtwerke, 2015.



ES MITMACHEN

Die Energiegenossenschaft Starkenburg steht grundsätzlich allen offen, die sich konstruktiv an einem Ausbau der regenerativen Energien in der Region Starkenburg beteiligen wollen.

MENSCHEN VOR ORT IM MITTELPUNKT

An Klimaschutzinvestitionen vor Ort sollen auch die Menschen vor Ort verdienen - saubere Investitionen mit sauberen Zinsen. Wir sind daher bestrebt, zunächst immer die Bürger einzubinden, die in unmittelbarer Nähe zu den Projektorten wohnen. Nach unserer Auffassung ist das der Weg zu einer höheren regionalen Wertschöpfung. Das Geld bleibt somit im Wirtschaftskreislauf des Ortes.

Zusätzlich schafft dies mehr gesellschaftliche Akzeptanz für den Ausbau der regenerativen Energien. Auch bei der Umsetzung der Projekte sollen bevorzugt die Firmen der Region zum Zuge kommen.

EINSTIEG AB 2.000 € MÖGLICH

Genossenschaftsmitglied wird man durch den Erwerb von 2 Geschäftsanteilen (à 100 €). Für ein bestimmtes Energieprojekt stellt das Mitglied der Genossenschaft zusätzlich ein nachrangiges Darlehen in Höhe von 1.800 € zur Verfügung. Der Zinssatz der Darlehen wird für jedes Projekt gesondert kalkuliert. Dabei bleiben wir grundsätzlich auf der sicheren Seite und versprechen lieber weniger, das wir auch guten Gewissens langfristig halten können, als die Menschen mit überhöhten kurzfristigen Renditeerwartungen zu ködern.

Entscheidend ist vielmehr, dass das, was wir solide erwirtschaften, auch an alle Genossenschaftsmitglieder wieder verteilt wird.

... UND WO IST DER HAKEN?

Jeder, der sich wirtschaftlich betätigt, geht immer gewisse Risiken ein. Wichtig ist es, das „Für und Wider“ abzuwägen und danach seine persönliche Entscheidung zu treffen. Dazu sollte man verstehen, was mit seinem Geld passiert.

Im Gegensatz zu den mitunter undurchsichtigen Finanzspekulationen, deren Folgen die Weltwirtschaft jüngst in ernste Schräglage gebracht hat, ist das Geschäftsmodell der Energiegenossenschaft Starkenburg vergleichsweise einfach und transparent.

Das Geld der Mitglieder fließt in Projekte, die man „anfassen“ kann, zum Beispiel in Photovoltaikdächer oder Windräder. Jede unserer Geldanlagen schafft konkrete Sachwerte und nährt keine Spekulationsblase.

Doch es bestehen natürlich auch Risiken: Das Haftungsrisiko jedes Genossenschaftsmitglieds besteht in Höhe seiner Geschäftsanteile. Gemäß unserer Satzung ist eine Nachschusspflicht (Haftung aus Privatvermögen) allerdings ausgeschlossen.

Bei dem nachrangigen Darlehen hat dieses Darlehen, wie es der Name schon sagt, Nachrangcharakter. Im (unwahrscheinlichen) Falle einer Genossenschaftsinsolvenz, würde dieses Darlehen hinter Forderungen anderer Gläubiger (z. B. Banken) zurückstehen müssen. Allerdings steht die Genossenschaft unter einer ständigen Kontrolle und Aufsicht des Genossenschaftsverbandes.

Zitiert als: Energiegenossenschaft Starkenburg, 2015.



Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Willkommen auf der Seite der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Sie sind hier: [Startseite](#) [Aufsicht](#) [Prospekte](#) [Prospekte für Vermögensanlagen](#) [Verfahren](#)

Die Prospektpflicht und das Verfahren im Überblick

Nach § 6 Vermögensanlagengesetz (VermAnlG) muss der Anbieter, der im Inland Vermögensanlagen öffentlich anbietet einen Verkaufsprospekt nach dem Vermögensanlagengesetz veröffentlichen, sofern nicht bereits nach anderen Vorschriften eine Prospektpflicht besteht oder ein Prospekt nach den Vorschriften des VermAnlG veröffentlicht worden ist.

Auf dieser Seite:

- [Definition von Vermögensanlagen](#)
- [Prüfung durch die BaFin](#)
- [Veröffentlichung](#)

Definition von Vermögensanlagen

Gemäß § 1 Abs. 2 VermAnlG sind Vermögensanlagen definiert als nicht in Wertpapieren im Sinne des Wertpapierprospektgesetzes verbriefte und nicht als Anteile an Investmentvermögen im Sinne des § 1 Absatz 1 des Kapitalanlagegesetzbuchs ausgestaltete Anteile, die eine Beteiligung am Ergebnis eines Unternehmens gewähren, Anteile an einem Vermögen, das der Emittent oder ein Dritter in eigenem Namen für fremde Rechnung hält oder verwaltet (Treuhandvermögen), partiarische Darlehen, Nachrangdarlehen, Genussrechte, Namensschuldverschreibungen und sonstige Anlagen, die entweder einen Anspruch auf Verzinsung und Rückzahlung gewähren oder im Austausch für die zeitweise Überlassung von Geld einen vermögenswerten auf Barausgleich gerichteten Anspruch vermitteln, sofern die Annahme der Gelder jeweils nicht als Einlagengeschäft im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 des Kreditwesengesetzes zu qualifizieren ist.

Zu den Unternehmensanteilen im Sinne des § 1 Abs. 2 VermAnlG gehören beispielsweise Unternehmensbeteiligungen an Personengesellschaften, GmbH-Anteile, GbR-Anteile sowie stille Beteiligungen an den genannten Gesellschaften oder an bestimmten Vermögensmassen solcher Gesellschaften sowie Beteiligungen an ausländischen Unternehmen anderer Rechtsformen. Prospektpflichtig sind somit grundsätzlich auch sämtliche angebotenen GbR-Beteiligungen, insbesondere GbR-Beteiligungen zur Finanzierung von Bürgersolaranlagen und von Aktienclubs.

Ausnahmen von der Pflicht zur Veröffentlichung eines Verkaufsprospekts sind in den §§ 2, 2a, 2b und 2c VermAnlG aufgeführt.

Prüfung durch die BaFin

Der Verkaufsprospekt ist dem zuständigen Referat PRO 3, Marie-Curie-Straße 24-28, 60439 Frankfurt, auf dem normalen Postweg oder über die Melde- und Veröffentlichungsplattform zu übermitteln. Eine Telefaxhinterlegung (Fax-Nummer 0228-4108-63110) reicht lediglich zur Auslösung der Prüfungsfrist aus, wenn innerhalb von drei Werktagen ein originalunterzeichnetes Exemplar des Prospektes bei der BaFin nachgereicht wird.

Um die Bearbeitungszeit zu beschleunigen, sollte der Verkaufsprospekt aus verwaltungstechnischen Gründen in dreifacher Ausfertigung (Original und zwei Kopien) eingereicht werden. Bei Einreichung mittels MVP (Melde- und Veröffentlichungsplattform der BaFin) ist nur einfach einzureichen. Die vor der Billigung einzureichende Endfassung des Prospekts muss mit dem Verkaufsprospekt identisch sein, der den Anlegern überreicht wird.

Zitiert als: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen, 2015.

Springer Gabler

Newsletter | Mobil | About | Kontakt | Hilfe

GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON
Das Wissen der Experten.

>NEU: Digitale Fachbibliothek< Mobil Seminarsuche Projektmanagement-Tipps

Zitierfähige URL | Abkürzungen | Englisch | Drucken | Feedback

Wirtschaftslexikon

Suchbegriff eingeben

Detailsuche

Digitale Fachbibliothek

Leverage-Effekt

in 42.000 Fachbüchern + 300 Fachzeitschriften

ANZEIGE

Stellenmarkt

Baureihenmanager (m/w)
Vor- und Kostenplaner (m/w)
Mitarbeiter Angebotswesen - Informatik (m/w)
Ingenieur After Sales Service (m/w)
Android Software Entwickler (m/w)

autojob.de

in Kooperation mit **ATZ MTZ**

Mehr zur Definition

Bücher (versandkostenfrei von beck-shop.de)

IFRS für kleine und mittelgroße Unternehmen
Internationale Rechnungslegungsstandards, die übereinstimmend angewendet werden, erhöhen die Vergleichbarkeit von Finanzinformationen. Dies ist nicht nur ein Vorteil für Eigen- und ... mehr
Bestellen (portofrei) | Weitere Bücher

Statistik (von statista.com)

Höhe der Kredite an Unternehmen in Deutschland
Höhe der Kredite an Unternehmen und Selbstständige in Deutschland von 1991 bis 2011 (in Milliarden Euro)

(Kostenpflichtige Statistik)

Statista: hochwertige Statistiken, Umfragen und Studien aus über 10.000 Quellen

Akademische Arbeiten (von grin.com)

Zum Thema eine Diplomarbeit, Masterarbeit,

Leverage-Effekt

Definition
Literaturhinweise/Links

Sachgebiete

Vollansicht Mindmap

Geprüftes Wissen

Prof. Dr. Claudia Breuer
Professorin
Alle Autoren des Stichworts

GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON
Über 150 Experten aus Wissenschaft und Praxis.
Mehr als 25.000 Stichwörter kostenlos Online.

ANZEIGE

Definition

Hebelwirkung der Kapitalstruktur, Hebelwirkung des Verschuldungsgrades, Hebelwirkung des Fremdkapitals; Änderung der erwarteten Eigenkapitalrendite aufgrund der Substitution von Eigen- durch Fremdkapital. Es gilt:

$$r_E = r_G + \frac{FK}{EK} \cdot (r_G - r_F)$$

mit r_G = erwartete Rendite auf das eingesetzte Gesamtkapital, r_E = erwartete Rendite auf das eingesetzte Eigenkapital, r_F = Fremdkapitalzinssatz, FK = Fremdkapital, EK = Eigenkapital. Ist die erwartete Gesamtkapitalrendite größer als der Fremdkapitalzinssatz r_F und sind beide unabhängig von der Kapitalstruktur bzw. vom Verschuldungsgrad gegeben, steigt die erwartete Eigenkapitalrendite linear mit dem Verschuldungsgrad. Aus der genannten Gleichung kann gefolgert werden: Je höher der Verschuldungsgrad, desto höher die erwartete Eigenkapitalrendite.

Der Leverage-Effekt gilt jedoch auch in umgekehrter Richtung: Liegt die erwartete Gesamtkapitalrendite unter dem Fremdkapitalzinssatz, sinkt die erwartete Eigenkapitalrendite linear mit dem Verschuldungsgrad.

Zitierfähige URL

Leverage-Effekt

Suche **Springer für Professionals**
Digitale Fachbibliothek. Themen-Scout. Knowledge-Manager.

Sachgebiete

Leverage-Effekt

ist im Gabler Wirtschaftslexikon folgenden Sachgebieten zugeordnet:

BWL

Allgemeine BWL > Finanzwirtschaft > Unternehmensfinanzierung

Informationen zu den Sachgebieten

Versicherungswirtschaft
Die Versicherungswirtschaft ist zum einen ein Wirtschaftszweig von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung und zum anderen eine spezielle Betriebswirtschaftslehre - auch Versicherungsbetriebslehre genannt. Als Wirtschaftszweig mit Dienstleistungscharakter ist die Versicherungswirtschaft mit Aufgaben der Schadensverhütung und -regulierung und der Sammlung von Kapital betraut. ... mehr

Internationale Rechnungslegung
Durch eine internationale Rechnungslegung und damit internationale Harmonisierung der Rechnungslegung soll eine Vergleichbarkeit bzw. Interpretierbarkeit der Jahresabschlüsse international agierender Unternehmen, die ansonsten nach länderspezifischen, unterschiedlichen Rechtsnormen

Zitiert als: Gabler Wirtschaftslexikon, 2015.

Literaturverzeichnis

Agentur für Erneuerbare Energien e.V.: Bürger stehen weiterhin hinter dem Ausbau Erneuerbarer Energien. Die Ergebnisse der AEE-Akzeptanzumfrage 2014, in: *Renews Kompakt*, 2014 (23), S. 1–3.

Agentur für Erneuerbare Energien e.V./DGRV-Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (Hrsg.): Energiegenossenschaften. Bürger, Kommunen und lokale Wirtschaft in guter Gesellschaft, 2. Auflage, 2013.

Arnstein, Sherry R.: A ladder of participation, in: *Journal of the American Planning Association*, 1969 (4), S. 216–224.

Atteslander, Peter: Methoden der empirischen Sozialforschung, 12. Aufl., 2008.

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen: Die Prospektpflicht und das Verfahren im Überblick;
http://www.bafin.de/DE/Aufsicht/Prospekte/ProspekteVermögensanlagen/Verfahren/verfahren_node.html [25.08.2015].

Bundeszentrale für politische Bildung: Partizipation;
<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17998/partizipation> [13.06.2015].

C.A.R.M.E.N. e.V. (Hrsg.): Akzeptanz für erneuerbare Energien. Ein Leitfaden, 3. Aufl., 2014.

Cassell, Catherine/Symon, Gillian (Hrsg.): Essential Guide to Qualitative Methods on Organizational Research, 3. Aufl., 2004.

EnergieAgentur.NRW: Klimaschutz mit Bürgerenergieanlagen, 2014.

Energiegenossenschaft Starkenburg: Mitmachen. Einstieg ab 2.000 € möglich; <http://www.energiestark.de/html/mitmachen.html> [23.05.2015].

Fung, Archon: Varieties of Participation in Complex Governance, in: *Public Administration Review*, 2006 (66), S. 66–75.

Gabler Wirtschaftslexikon: Leverage-Effekt;
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/leverage-effekt.html> [08.09.2015].

Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des UM, MLR, MVI und MFW: Windenergieerlass Baden-Württemberg, 2012.

Geschwandtner, Marcus: Genossenschaftsrecht. Grundlagen, Muster, 1. Aufl., 2007.

Hentschel, Tobias: Windenergie in Bürgerhand. Energie aus der Region für die Region, 2012.

Hertener Stadtwerke: Über uns - hertenfonds; <http://www.hertener-stadtwerke.de/ueber-uns/hertenfonds/index.html> [01.05.2015].

Kaler, Matthias von/Kneuper, Friedrich: Erneuerbare Energien und Bürgerbeteiligung, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, 2012 (13), S. 791–796.

Keller, Erwin: Echte Bürgerwindräder als Chance für den ländlichen Raum, in: *BWGZ - Die Gemeindezeitung*, 2013 (13), S. 559–561.

Kress, Michael/Landwehr, Ina: Akzeptanz Erneuerbarer Energien in EE-Regionen. Ergebnisse einer telefonischen Bevölkerungsbefragung in ausgewählten Landkreisen und Gemeinden, 2012 (Diskussionspapier des IÖW, 66/12).

Lüttringhaus, Maria: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Grundvoraussetzungen für Aktivierung und Partizipation, in: Maria Lüttringhaus/H. Richers (Hrsg.): *Handbuch aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis.*, 2003, S. 66–72.

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg/LUBW (Hrsg.): *Bürger machen Energie. Rechtsformen und Tipps für Bürgerenergieanlagen*, 1. Aufl., 2012.

Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz: *Windenergie und Kommunen. Leitfaden für die kommunale Praxis*, 1. Aufl., 2013.

Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH: Umweltschutz, der sich lohnt, in: Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH (Hrsg.): *rheinSTROM. Das Kundenmagazin der MEGA Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH*, 2010 (3), S. 2.

Nanz, Patricia/Fritsche, Miriam: *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*, 2012.

Pedersen, Eja/van den Berg, Frits/Bakker, Roel/Bouma, Jelte: Response to noise from modern wind farms in The Netherlands, in: *The Journal of Acoustical Society of America*, 2009 (126-2), S. 634–643.

Preißer, Michael/Rönn, Matthias von: *Die KG und die GmbH & Co. KG. Recht, Besteuerung, Gestaltungspraxis*, 3. Aufl., 2013.

Schneck, Ottmar (Hrsg.): *Lexikon der Betriebswirtschaft. 3500 grundlegende und aktuelle Begriffe für Studium und Beruf*, 7. Aufl., 2007.

Schweizer-Ries, Petra: Projektabschlussbericht "Akzeptanz Erneuerbarer Energien und sozialwissenschaftliche Fragen", 2008.

Schweizer-Ries, Petra/Rau, Irina/Zoellner, Jan: Projektabschlussbericht Aktivität und Teilhabe – Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern, 2010.

Wagner, Heidemarie/Rux, Hans Joachim: Die GmbH & Co. KG. Umfassende Erläuterungen, Beispiele und Musterformulare für die Rechtspraxis, 12. Aufl., 2013.

Wolsink, Maarten: Wind power implementation: The nature of public attitudes: Equity and fairness instead of 'backyard motives', in: *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 2007 (6), S. 1188–1207.

Wunderlich, Clemens: Akzeptanz und Bürgerbeteiligung für Erneuerbare Energien. Erkenntnisse aus Akzeptanz- und Partizipationsforschung, 2012 (Renews Spezial, 60).

Zenke, Ines/Dessau, Christian: Bürgerbeteiligungen als Schlüssel einer kommunalen Energiewende, in: *KommJur*, 2013 (8), S. 288–291.

Erklärung des Verfassers

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quellen gekennzeichnet.

Es ist mir bekannt, dass die Arbeit mit einer Plagiatserkennungssoftware auf nicht gekennzeichnete Übernahme fremden geistigen Eigentums überprüft werden kann.

Ort, Datum

Unterschrift